Tschetschenen-Clans auf dem Vormarsch, Seite 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 11 – 16. März 2018

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Sorgte für das erste Aufreger-Thema der neuen Bundesregierung: Bundesgesundheitsminister Jens Spahn Bild: pa

Ein Riss geht durch die CDU

Selbst Parteifreunde kritisieren Jens Spahns Äußerungen zu den Tafeln

Noch stand die neue, mit Schmerzen erwartete Bundesregierung nicht, da hatte sie bereits ihr erstes Aufreger-Thema – unvermutet und von ungewöhnlicher Seite. Angela Merkels Taktik-Besetzung für das Amt des Gesundheitsministers, Jens Spahn, machte eine Bemerkung dahingehend, dass auch ohne die Einrichtung der Tafeln in Deutschland niemand hungern müsste. Und schon gehörten die Schlagzeilen ihm.

Natürlich – das Stichwort „Tafel“ ist seit dem Essener Reglement und der Reaktion der Kanzlerin, die unkundig, aber heftig ausgefallen war, ohnehin gefährlich. Da stand der Fettnapf für Spahn schon bereit zum Hineintreten. Was den neuen Gesundheitsminister auszeichnet, ist, dass er sich mit Politikern aus allen Reihen und Parteien angelegt hat – bei den beiden Unions-Schwestern finden sich solche, die ihm zustimmen und andere, die ihn tadeln. Die Kanzlerin jedenfalls lässt Spahn durch ihre neue Generalsekretärin abbürsten. Die Linke in ihren verschiedenen Schattierungen zeigt Einhelligkeit in der Ablehnung, FDP und AfD sind eher zurückhaltend.

Da tut es not, genauer hinzusehen, wie der inkriminierende Satz heißt: Auch ohne die Tafeln müsste hierzulande niemand hungern – dann der Aufschrei – und was nachfolgte, ging im Getöse unter. Spahn hatte nämlich den Satz mit dem Hinweis beendet, Deutschland verfüge über eines der besten Sozialsysteme der Welt. Und hier wird es interessant: Gilt die schroffe Ablehnung auch für diesen zweiten Teil?

Ein Weiteres kommt hinzu. Die Tafeln sind eine rein private Einrichtung. Allein dieser Umstand hätte es verboten, dass sich die Politik, allen voran die Kanzlerin, richtend und rechtend in die Sache einmischt. Wäre mit dem vorübergehenden Ausschluss einzelner Bevölkerungsgruppen ein Straftatbestand erfüllt gewesen, was nicht der Fall war, so hätte das die Staatsanwaltschaft interessieren müssen, nicht das Bundeskanzleramt. War der Vorgang rechtens, so geht er niemanden etwas an.

So scheint denn auch die Empörung über die Causa Tafel/Spahn die Kraft ihrer Wut weniger aus sich selbst zu beziehen, sondern aus einem lange und heftig aufgestauten Missvergnügen während des halben Jahres der Verhandlungen, Streitereien, schmerzlichen Kompromisse und Enttäuschungen. Dafür, dass die kommende Zeit von politischer Stabilität geprägt sein könnte, ist das kein Zeichen. Darauf weist auch eine Äußerung von SPD-Seite hin, die so etwas wie grundsätzlichen Charakter trägt: Die Aussage Spahns, so hieß es, zeige den Unterschied zwischen der SPD und den Unionsparteien.

Nur – das ist nicht ganz richtig. Das Pro und Kontra, das sich am Thema Tafel manifestiert und sich an einem beliebig anderen Gegenstand ebenso hätte entzünden können, trennt weniger SPD und Unionsparteien als vielmehr diejenigen in der CDU, die es mehr mit der Linken halten von den anderen, den bürgerlichen. Dass sich dieser Zwist nun personalisiert hat, kann ebenso wenig verwundern wie die Berufung zum innerparteilichen Widerstand, als die Spahn in sich zu fühlen scheint.

Merkel tritt also ihre vierte Amtszeit als Kanzlerin mit einer in sich brüchigen CDU an. Das wird ihre Neigung stärken, gegenüber der SPD grundsätzlich willfährig zu sein, zumal die CSU es eher mit den CDUlern halten dürfte, die das bürgerliche Lager vertreten. In Großbritannien würden in einer solchen Lage zahlreiche und hohe Wetten abgeschlossen, ob die neue Regierung vier Jahre durchhalten wird oder nicht. Und die Quoten wären haushoch für „Nein“, denn der Außenseiter ist ohne Frage die Kanzlerin. *Florian Stumfall*

Jan Heitmann:

Tiefflieger

Die Milliarden für die Integration wurden in diesem Land erwirtschaftet und wurden niemandem weggenommen.“ Von demjenigen, der so etwas von sich gibt, darf man mit Fug und Recht annehmen, dass er von sehr schlichtem Gemüte ist. Deshalb kursierte dieses Zitat auch unter der Überschrift „Geistiger Tiefflug der Woche“ im Internet. Der geistige Tiefflieger, von dem hier die Rede ist, ist Heiko Maas (SPD), der sich anschickt, Bundesaußenminister zu werden.

Dabei gibt es nichts, was ihn dazu qualifiziert, unser Land auf der Weltbühne zu repräsentieren. Ganz im Gegenteil. Frei nach dem Motto „vom Kreißsaal in den Hörsaal und weiter in den Plenarsaal“ versteht er von dem, was Otto Normalverbraucher unter dem richtigen Leben und ehrlicher Arbeit versteht, so viel wie ein Blinder von der Farbe. Dabei haftet dem saarländischen Provinzpolitiker auch noch der Makel des Dauerversagers an: Dreimal ist er als Spitzenkandidat bei Landtagswahlen angetreten und dreimal haben die Wähler ihm eine Klatsche verpasst.

2013 kam dann die Erlösung, als sein Parteichef Sigmar Gabriel dem Gescheiterten den Wechsel in das Bundesjustizministerium ermöglichte. Hier tat sich Maas nicht durch Leistung, sondern als unseliger Beförderer einer Gesinnungsdiktatur hervor. So ist es kein Wunder, dass die designierte SPD-Chefin Andrea Nahles bei der Vorstellung der SPD-Ministerkandidaten zu jedem viele Worte hinsichtlich fachlicher Leistung und Erfahrung fand, ihr zu Maas aber nicht mehr einfiel, als dass er im Kampf gegen den Rechtsextremismus Standfestigkeit bewiesen habe und als Saarländer wisse, was ein starkes Europa für Deutschland bedeute. Da wünscht man sich fast schon einen Guido Westerwelle zurück.

Die europäische Rechte hat eine neue Lichtgestalt

Italiens alte Eliten sind abgewählt – Matteo Salvini, der Chef der Lega Nord, will die kommende Regierung Italiens anführen

Wenige Tage nach den italienischen Parlamentswahlen vom vergangenen Sonntag reagieren die Finanzmärkte nervös. Und die Vertreter der Europäischen Union in Brüssel und Straßburg sind es nicht minder. Das liegt einerseits daran, dass die Regierungsbildung im südeuropäischen Krisenland äußerst schwierig sein wird, andererseits aber auch daran, dass diese neue Regierung von einem Rechtspopulisten angeführt werden könnte. Der heißt Matteo Salvini und hat gar keine Probleme damit, so bezeichnet zu werden. „Ich werde immer ein Populist bleiben“, erklärte der Chef der zuwanderungskritischen Lega Nord.

Der 45-Jährige hat Beachtliches geleistet. Jahrelang war seine Partei eine rechts-separatistische Truppe, die lediglich im Norden kandidierte und in den 90er Jahren gar die Parole „Los von Rom“ ausgab. In eben jener Hauptstadt kam die Lega nun auf mehr als zehn Prozent. Landesweit waren es 17 Prozent. Damit übernahm Salvini die Führung des Rechtsbündnisses des ehemaligen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi, der mit seiner Forza Italia bei 14 Prozent hängen blieb. Aus der Regionalpartei Lega Nord ist die landesweit drittstärkste Kraft geworden. Im Norden kam die Lega teilweise auf weit über die Hälfte der Stimmen.

Im Süden übernahm diesen Part die eher links zu verortende, aber ebenfalls Establishment-kritische Fünf-Sterne-Bewegung (M5S), die landesweit mit mehr als 32 Prozent die stärkste Einzelpartei wurde. Die M5S. Auch deren Spitzenkandidat Luigi di Maio meldete Ansprüche auf den Chefsessel in Rom an, doch niemand will bislang mit ihm koalieren. Sowohl die Reste der Christdemokraten als auch die

> Allerdings fehlt auch Salvini eine absolute Mehrheit, sodass es auf ein überparteiliches Expertenkabinett hinauslaufen könnte

Zwar verfügt die Listenverbindung von Salvini und Berlusconi sowie weiteren Unterstützern in beiden Kammern über die relative Mehrheit der Sitze, aber die absolute Mehrheit hat sie ebenso wenig wie vernichtend geschlagenen Sozialdemokraten um Ministerpräsident Paolo Gentiloni und seinen Vorgänger Matteo Renzi wollen sich erklärtermaßen in der Opposition regenerieren. Die Hoffnung der EU-Vertreter, Berlusconi könne mit den Sozialdemokraten eine Große Koalition bilden, erfüllte sich nicht. Ein derartiges Bündnis wäre weit entfernt von einer Mehrheit.

So steht die drittgrößte Volkswirtschaft des Euro-Raums vor unklaren Zukunftsaussichten. Das etablierte Parteiensystem existiert nicht mehr. Am Ende könnte Staatspräsident Giorgio Napolitano einen überparteilichen Kandidaten mit der Bildung einer technischen Regierung beauftragen. Diese müsste sich dann aber wieder Neuwahlen stellen, bei denen vermutlich die Protestparteien noch stärker werden würden.

Denn selbst rechts von der Lega gibt es mittlerweile wieder Spielraum. Wie in keinem Wahlkampf zuvor spielte die Person des früheren faschistischen Machthabers Benito Mussolini eine Rolle. Familienmitglieder des Duce kandidierten auf verschiedenen rechten Listen. Zwar waren jene, die sich in der Tradition der faschistischen Sozialbewegung sehen, relativ weit weg von einem Parlamentseinzug, zusammengerechnet erhielten neofaschistische Listen wie Casa Pound, Forza Nuova oder Fiamma Tricolore aber mehr als eine halbe Million Stimmen. Die linke Tageszeitung „Repubblica“ stellte bereits fest, „dass in Italien nichts mehr ist, wie es war. Und die Rechten spielen in der Zukunft eine zentrale Rolle.“ *Peter Entinger*

Meinungsfreiheit gegen Political Correctness

Ingo von Münchs Plädoyer gegen die Erosion grundgesetzlich garantierter Freiheitsrechte – Teil 2

Wenn es etwas gibt, das die Meinungs-, Presse- und Wissenschaftsfreiheit ernsthaft bedroht, dann ist es die sogenannte Political Correctness. Laut Duden handelt es sich dabei um die „von einer bestimmten Öffentlichkeit als richtig eingestufte Gesinnung, Haltung, die zum Ziel hat, alles zu vermeiden, was andere als diskriminierend empfinden könnten". Diese Definition bagatellisiert jedoch, was sich aus diesem anfänglich noch nachvollziehbaren und vergleichsweise harmlosen Phänomen im Laufe weniger Jahre entwickelt hat: eine von selbsternannten Denk- und Sprachhütern ausgeübte Gesinnungsdiktatur, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens beherrscht und zur gnadenlosen Ächtung eines jeden führt, der sich ihr nicht unterwirft. Der Verfassungsrechtler und liberale Politiker Ingo von Münch plädiert in seinem neuesten Buch engagiert gegen diese Erosion grundgesetzlich garantierter Freiheitsrechte:



Von den sogenannten Leitmedien tagelang totgeschwiegen: Ausschreitungen und sexuelle Übergriffe durch Asylsucher in Köln zu Silvester 2015/16 Bild: pa

Die Zange der Political Correctness kneift nicht nur das Grundrecht der Informationsfreiheit, sondern auch das der Meinungsfreiheit. Zum Verhältnis beider zueinander hier nur dies: Meinungen fallen nicht vom Himmel, sondern sie bilden sich als rationale Urteile oder als emotionale Gefühle aufgrund von Informationen. Daraus folgt: Wer aus Gründen der Political Correctness die Informationsfreiheit einschränkt, schränkt somit auch die Meinungsfreiheit ein. Ein schlimmes, inzwischen gut bekanntes Beispiel für einen Mangel an Information bot die Berichterstattung – besser gesagt, der Mangel an zeitnaher Berichterstattung – über die Ereignisse in Köln rund um den Dom in der Silvesternacht 2015/16.

Nur zur Erinnerung: In jener Nacht kam es auf der Domplatte nahe dem Hauptbahnhof – also mitten in Köln – zu zahlreichen kriminellen Taten in Form von Diebstählen und sexuellen Belästigungen. Nach Berichten von Augenzeugen und Opfern waren die Täter überwiegend Männer nordafrikanischer und arabischer Herkunft. Mehr als 1000 Anzeigen, darunter 471 wegen sexueller Belästigung, gingen bei der Polizei ein. Die Polizei selbst wurde scharf kritisiert, weil sie die Übergriffe nicht verhindert hatte. Der Kölner Polizeipräsident wurde vom Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen seines Amtes enthoben.

Die Geschehnisse in jener Kölner Silvesternacht fanden nicht nur bundesweite Beachtung in Deutschland, sondern wurden auch im Ausland zur Kenntnis genommen und intensiv kommentiert. In der „Neuen Zürcher Zeitung" war zu lesen: „Die Domstadt ist weit über Deutschland hinaus zum Synonym geworden für eine gescheiterte Flüchtlingspolitik und steigende Ausländerkriminalität." Und die niederländische Zeitung „De Volkskrant" schrieb: „Köln ist der Wendepunkt." In der deutschen Presse brachte der „Spiegel" auf seiner Titelseite die Überschrift: „Auf der Kippe. Wie die Silvesternacht Deutschland verändert."

Die Ereignisse der Kölner Silvesternacht waren ein international beachtetes, die Nation bewegendes Ereignis – wie haben die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten als wichtige Informationsquelle darauf reagiert? Die Antwort kann nur lauten: in einer katastrophalen Weise. Während Kölner Zeitungen bereits über die Übergriffe berichtet hatten und bei Facebook über massenhafte sexuelle Belästigungen informiert wurde, herrschte bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten tagelang das versammelte Schweigen. Noch am 4. Januar war „WDR aktuell 2016" keine Information zu den Übergriffen in der Silvesternacht zu entnehmen. Am 5. Januar machte der NDR sich lächerlich, indem ein Redakteur behauptete, es sei nicht klar, was genau in der Silvesternacht geschehen sei. Ebenfalls erst am 5. Januar versuchte die ARD, ihre zögerliche Berichterstattung unter Hinweis darauf zu rechtfertigen, am Neujahrstag habe die Polizei – was zutrifft – „zunächst von einer ruhigen Silvesternacht gesprochen". Tatsache ist aber, dass die Pressestelle der Kölner Polizei diese ihre erste Einschätzung in der Folgezeit revidiert hat. Das ZDF gestand immerhin ein, dass es ein „Versäumnis" gewesen sei, in den „heute"-Nachrichten vom 4. Januar noch nicht über die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln berichtet zu haben. Dazu der stellvertretende Chefredakteur des ZDF, Elmar Theveßen: „Die Nachrichtenlage war klar genug. Es war ein Versäumnis, dass die 19-Uhr-heute-Sendung die Vorfälle nicht wenigstens gemeldet hat." Claus Kleber, Moderator des heute-journals im ZDF, spricht in seinem Buch „Rettet die Wahrheit" immerhin in Bezug auf Silvester in Köln von dem „offensichtlichsten Fehler": „Wir haben die Anzeichen nicht rechtzeitig erkannt und falschen Erklärungen der Polizei zunächst vertraut. Die Aufarbeitung dieses Versagens in unseren Redaktionen war schonungslos. Wir konnten selbst nicht fassen, dass uns das passiert ist."

Die tagelange Schweigsamkeit der sogenannten Leitmedien nach der Kölner Silvesternacht ist im Ausland mit Erstaunen und kritisch registriert worden. Hierzu als Beispiel ein Kommentar der Schweizer Zeitschrift „Die Weltwoche": „Nachdem in der Kölner Silvesternacht Hunderte von Frauen sexuell genötigt und beraubt worden waren, ging es drei Tage, bis die offiziellen Leitmedien zu berichten begannen ... Im Internet hatten sich die Ereignisse schon längstens rasend schnell verbreitet, und es war wohl der Druck dieser digitalen Debatte, der Politik, Polizei und die etablierten Medien (am schwersten taten sich die öffentlichen Anstalten ARD und ZDF) zwang, diese Übergriffe durch vornehmlich junge arabische Männer überhaupt zu thematisieren. Die herrschende politische Korrektheit zeigte ihre feige Fratze."

Zu glauben, dass die öffentlich-rechtlichen Anstalten aus ihrem Versagen gelernt hätten, ist leider ein Irrtum: Die Ermordung der 15-jährigen Mia V. in Kandel im Rheinland durch den abgelehnten aber geduldeten Asylbewerber Abdul D. war der „Tagesschau" am Tag des Verbrechens keine Nachricht wert; die absurde Begründung für das Verschweigen: Es habe sich um eine „Beziehungstat" gehandelt unter „Jugendlichen", die „einen besonderen Schutz genießen", wobei man wissen muss, dass die Frage des Alters des Täters noch durchaus unklar ist.

> **Pressekodex Ziffer 12 – Diskriminierungen**
>
> Niemand darf wegen seines Geschlechts, einer Behinderung oder seiner Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen, sozialen oder nationalen Gruppe diskriminiert werden.
>
> **Richtlinie 12.1 – Berichterstattung über Straftaten**
> (gültig seit 22.03.2017)
>
> In der Berichterstattung über Straftaten ist darauf zu achten, dass die Erwähnung der Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu ethnischen, religiösen oder anderen Minderheiten nicht zu einer diskriminierenden Verallgemeinerung individuellen Fehlverhaltens führt. Die Zugehörigkeit soll in der Regel nicht erwähnt werden, es sei denn, es besteht ein begründetes öffentliches Interesse. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.
>
> **Praxis-Leitsätze Richtlinie 12.1**
>
> Ziffer 12 und die zugehörige Richtlinie 12.1 enthalten kein Verbot, die Zugehörigkeit von Straftätern und Verdächtigen zu Minderheiten zu erwähnen. Sie verpflichten die Redaktion jedoch, in jedem einzelnen Fall verantwortungsbewusst zu entscheiden, ob für die Nennung einer Gruppenzugehörigkeit ein begründetes öffentliches Interesse vorliegt oder die Gefahr der diskriminierenden Verallgemeinerung überwiegt.
>
> Reine Neugier – egal ob angenommen oder tatsächlich vorhanden, egal, ob individuell oder kollektiv – ist kein geeigneter Maßstab für presseethisch verantwortliche Abwägungsentscheidungen. Auch die Nennung einer Gruppenzugehörigkeit durch Quellen, etwa durch Behörden, entbindet die Redaktionen nicht von ihrer eigenständigen presseethischen Verantwortung.
>
> ...

Zum Beschweigen der Vorfälle in der Kölner Silvesternacht drängt sich selbst einem unvoreingenommenen Betrachter die Vermutung auf, dass jenes Beschweigen mit der Herkunft der Täter zu tun hatte. Wie erinnerlich, hatte der Kölner Polizeipräsident davon gesprochen, dass die Tatverdächtigen „dem Aussehen nach aus dem arabischen und dem nordafrikanischen Raum stammen". Der Laie fragt sich, warum nicht im Wege einer einfachen Personalfeststellung durch Ausweiskontrolle die Herkunft der Tatverdächtigen genauer ermittelt werden konnte. Kein Geringerer als der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, hat in einer Fernsehsendung offengelegt, jeder Polizeibeamte wisse, dass er eine bestimmte politische Erwartungshaltung zu erfüllen habe. Ein namentlich nicht genannter leitender Polizeibeamter wird mit der Aussage zitiert, es sei der Eindruck entstanden, dass Politik und Behörden Tatsachen unterdrückten, weil sie „politisch heikel" seien. Bekannt geworden ist: Die Pressemitteilungen der Berliner Polizeipressestelle verschweigen bis zum heutigen Tag systematisch die Herkunft von Tätern.

Eine gesetzliche Anordnung des Verschweigens der Herkunft von Straftätern existiert nicht, wohl aber eine sogenannte Selbstverpflichtung der Presse in einer Richtlinie des Pressekodex des Deutschen Presserates. In ihrer neuen Fassung vom März vergangenen Jahres schreibt die Richtlinie vor, dass die Zugehörigkeit eines Straftäters zu einer ethnischen, religiösen oder anderen Minderheit „in der Regel nicht erwähnt werden soll, es sei denn, es besteht ein begründetes öffentliches Interesse". Aber was ist ein „begründetes öffentliches Interesse" daran? Besteht dies nicht immer bei schweren Straftaten? Der Maulkorb des Pressekodex führt in vielen Presseberichten zu Verschlüsslungen, die Neugier wekken, aber ein Informationsbedürfnis nicht befriedigen. Was soll man von Presseberichten halten, in denen die Herkunft der Täter verschwiegen wird, und nur deren Vornamen genannt werden? Beispiele: Ayhan K., Candan A., Eren T., Firat M. Erkan F., Marvin N., Hamdi H., Shaban S., Imad M. Besonders anschaulich und „informativ" war der Bericht über einen Mord aus Eifersucht: Mustafa G. erstach einen Mustafa T.

Eine neuere Entwicklung zeigt allerdings, dass die vom Pressekodex verordnete Schweigemauer immer mehr bröckelt. Bei Attentaten mit terroristischem Hintergrund wird die Herkunft der Täter ohnehin minutiös aufgearbeitet. Aber auch in Bezug auf andere – jedenfalls schwere – Straftaten ist die Aufweichung der Richtlinie, vor allem durch uneinheitliche Handhabung, unverkennbar.

Man muss wohl kein Prophet sein, um anzunehmen, dass die Bürger – und keinesfalls nur die sogenannten Wutbürger – sich Informationssperren in den sogenannten Qualitätsmedien in Zukunft nicht mehr gefallen lassen werden. Zu loben ist die „Sächsische Zeitung", die nach einer Abonnentenbefragung angekündigt hat, die Herkunft von Straftätern künftig grundsätzlich zu benennen, unabhängig davon, ob es sich um Ausländer oder Deutsche handelt. Schließlich ist die Herkunft ausländischer Straftäter schon deshalb von Informationswert, weil festgestellt werden muss, ob er aus einem der sogenannten sicheren Herkunftsländer stammt und ob dieses Land zur Rücknahme aus Deutschland abgeschobener Straftäter bereit ist.

Ingo von Münch
Wird fortgesetzt

Ingo von Münch: „Meinungsfreiheit gegen Political Correctness", Duncker & Humblot, Berlin 2017, 165 Seiten, 19,90 Euro

Tschetschenen-Clans auf Vormarsch

Symposium des Bundeskriminalamts in Berlin zur organisierten Kriminalität

Mit der organisierten Kriminalität (OK) hat sich ein Symposium des Bundeskriminalamts (BKA) in Berlin befasst. Gewaltbereite tschetschenische Clans sind in Deutschland auf dem Vormarsch. Auch kriminelle Araber-Clans standen im Fokus der Tagung.

Hauptkommissar Jan Engels vom BKA beschrieb den Vormarsch krimineller tschetschenischer Banden in Deutschland. Der Großteil der Tschetschenen kam als Asylbewerber. 2013 stieg ihre Zahl sprunghaft an. Die aufenthaltsrechtliche Schutzquote liegt seit Jahren unter zehn Prozent, aktuell bei 7,6 Prozent. Etwa 50000 Tschetschenen sind inzwischen in Deutschland. „Wir sprechen hier von einer vergleichsweise geringen Gruppe, die aber enorme Probleme verursacht", erklärte Engels. Aus dem Nordkaukasus kommen Dagestaner, Inguschen und weitere Ethnien dazu.

Neben dem Bekenntnis zum Islam ist ihre Clan-Struktur kennzeichnend. „Wir haben sehr flache Hierarchien in diesen clan-basierten Strukturen. Das ist ein deutlicher Unterschied zu anderen Ethnien und Gruppierungen der eurasischen OK", so Engels. Bei anderen dieser Gruppierungen gebe es normalerweise hochrangige kriminelle Autoritäten, wie bei den sogenannten Dieben im Gesetz. Für Tschetschenen hätten solche Strukturen keine „Bindungswirkung" oder träten hinter die Regeln des Clans zurück.

Die tschetschenische Diaspora sei stark vernetzt, auch in ihre Heimat. Dadurch gebe es ein „außerordentlich hohes Mobilisierungspotenzial". Tschetschenen seien in der Lage, „in sehr kurzer Zeit viele Kräfte zusammenzuziehen". Die Loyalität unter tschetschenischen Landsleuten sei sehr stark ausgeprägt. Entsprechend stark sei auch die Abschottung gegenüber anderen Ethnien. Die „Ehre" des Einzelnen und die Ehre der Familie hätten einen besonders hohen Stellenwert. „Persönliche Ehrverdienste, aber auch persönliche Schande übertragen sich automatisch auf die Familie", so Engels. Und: „Wir begegnen einem sehr archaischen Männlichkeitsideal. Es gibt noch wie vor Fälle von Blutrache."

Die Tschetschenen kommen aus einer besonders gewaltgeprägten Region des postsowjetischen Raumes. „Wir stellen in der Regel bei den Tschetschenen eine überschießende Gewaltbereitschaft fest", erklärte der Hauptkommissar. Mehrere Faktoren kämen zusammen: „Zum einen die kulturelle Bedeutung von Gewalt, die sich in der Affinität zum Kampfsport ausdrückt. Kampfsportarten sind in Tschetschenien Nationalsport. Hinzu kommen Gewalterfahrungen aus den Tschetschenien-Kriegen, bei einigen Personen aktuell auch aus Kampfeinsätzen in der Ukraine, in Syrien und dem Irak."

Die „profunden Kenntnisse" im Kampfsport prädestinierten Tschetschenen in Deutschland für die Tätigkeit im Sicherheitsgewerbe. Dort und in der Türsteherszene seien sie stark präsent, ebenso beim Wachschutz in Asylsucherunterkünften. Bei kriminellen Aktivitäten zeige sich die Gewaltbereitschaft von Tschetschenen vor allem bei Schutzgelderpressungen, Körperverletzungsdelikten und gewaltsamer Übernahme krimineller Geschäftsfelder wie dem Rauschgifthandel in mehreren deutschen Städten.

„Tschetschenische OK-Gruppen dringen massiv in von anderen OK-Gruppen besetzte Geschäftsfelder vor. Wir beobachten insgesamt eine Entwicklung vom Dienstleister für andere kriminelle Gruppierungen hin zum Aufbau eigener Strukturen und eigener Vormachtstellung", erklärte Engels. Es gebe auch „personelle Überschneidungen zwischen OK-Tätern und dem islamistischen Spektrum". Man stelle Personen fest, die „gewissermaßen zwischen beiden Phänomenbereichen hin und her wechseln. Personen, die sich radikalisieren und die allein oder mit anderen gemäßigte Muslime unter Druck setzen". Vereinzelt habe man auch die Ausspähung und Verfolgung von Kritikern des Regimes von Tschetschenien-Präsident Ramsan Kadyrow registriert.

„Wir sehen insgesamt ein wachsendes Rekrutierungspotenzial für Kriminelle und islamistische Kreise", erklärte der BKA-Fachmann. Von einer „strukturellen Verbindung" zwischen organisierter Kriminalität und Terrorismus oder einer systematischen Unterstützung von Terrorismus durch OK-Strukturen könne „momentan" noch nicht gesprochen werden.



Mathias Rohe: „Der Staat muss klare Kante zeigen" Bild: Leh

Der Professor Mathias Rohe, Jurist und Islam-Experte von der Universität Erlangen, sprach über die Strukturen krimineller Araber-Clans. 2015 hatte er eine Studie über „Paralleljustiz" im Auftrag des damaligen Berliner Justizsenators Thomas Heilmann (CDU) vorgelegt. „Wir haben auch", sagte Rohe, „einen kleinen, schmächtigen Herrn Anfang 70 interviewt, der aber Oberhaupt eines großen Familienstranges ist." Wenn er eine interne Entscheidung fälle, wie setze er sie eigentlich durch, habe man ihn gefragt. „Da sagte der ganz offenherzig", erklärte Rohe, „wissen Sie, ich habe eine Armee hinter mir stehen." Mit einem Smartphone könne der Clan-Chef „in 20 Minuten" an „irgendeinem Ort in Berlin 60 bis 70 gewaltbereite junge Männer" beisammen rufen.

Diese seien dann auch „wirklich bereit", Aufträge auszuführen. Das könne auch „Kleinigkeiten" betreffen: „Da hat jemand ein Knöllchen erhalten oder von der Verkehrspolizei den Hinweis bekommen, nicht an einer bestimmten Stelle zu parken. Und schon hat man da einen Volksauflauf in Moabit oder sonst irgendwo." Das gebe es nicht nur in Berlin, sondern auch in Nordrhein-Westfalen oder woanders.

„Diese Leute", betonte Rohe, „haben keinerlei Respekt vor dem Staat." „Versuchen Sie mal", fügte er hinzu, „einem Afghanen beizubringen, was die Bedeutung einer Freiheitsstrafe auf Bewährung ist. Das ist praktisch nicht zu vermitteln." Der Staat dürfe keine rechtsfreien Räume zulassen. Wenn der Staat an einer Stelle Freiräume lasse, „nehmen sie die anderen."

Michael Leh

MELDUNGEN

Studie zum Landarztmangel

Berlin – Eine Auswertung der im Bundesarztregister hinterlegten Adressdaten der Hausarztpraxen durch die Kassenärztliche Bundesvereinigung hat ergeben, dass auf einer Fläche von rund 10000 Quadratkilometern insgesamt rund 173000 Einwohner mehr als zehn Kilometer vom nächsten Hausarzt entfernt wohnen. Davon betroffen sind neben der Inselbevölkerung vor allem dünn besiedelte Gebiete in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen sowie im Grenzgebiet zu Luxemburg und Österreich. Das zeigt, dass die in den vergangenen Jahren von der Politik ergriffenen Initiativen zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung in ländlichen und strukturschwachen Regionen noch keine nennenswerte Verbesserung gebracht haben. *J.H.*

Zahlen zu Asylsuchern

Berlin – Ende 2017 lebten in Deutschland knapp 42000 asylberechtigte Ausländer. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der Linkspartei hervor. Die drei Hauptstaatsangehörigkeiten entfielen demnach auf die Türkei mit knapp 11000 Asylberechtigten, Syrien mit rund 6700 Betroffenen und auf den Iran mit knapp 5800 Personen. Die Zahl der Menschen mit Flüchtlingsschutz betrug gut 600000. Hauptstaatsangehörigkeit war in diesen Fällen Syrien mit 326000 Personen vor dem Irak mit 100000 und Afghanistan mit 40500. Zudem waren zum Stichtag 31. Dezember 2017 über 192000 Menschen mit Anspruch auf subsidiären Schutz erfasst. Hauptstaatsangehörigkeiten waren hier Syrien mit knapp 133000 Fällen sowie Irak mit knapp 18500 und Afghanistan mit über 12000 Fällen. In den Genuss eines Abschiebeverbots kamen über 73000 Personen, 166000 lebten hier mit einer Duldung. *J.H.*

Schweiger und Plapperer

Studie zum Kommunikationsverhalten der Bundesministerien

Wie kommunikativ sind eigentlich die deutschen Bundesministerien? Dieser Frage ist die Berliner Kommunikationsagentur Tonka Communications nachgegangen. Für ihre Analyse hat sie die die Veröffentlichungs-Frequenz von Pressemitteilungen der deutschen Bundesministerien im Jahr 2017 ermittelt. Pressemitteilungen sind das meistgenutzte Instrument der Öffentlichkeitsarbeit und das entscheidende Bindeglied zwischen Informationsanbietern und Informationsverwertern. Sie vermitteln kurz und prägnant die wesentlichen Fakten und Erklärungen zu einem bestimmten aktuellen Ereignis und enthalten eine verständliche Kernbotschaft sowie angemessene vertiefende Informationen. Gibt es indes keinen aktuellen Anlass für eine Pressemitteilung, sollte sie unterbleiben.

Für die Analyse wurde die Pressemitteilung als Untersuchungsgegenstand gewählt, weil sie das einzige Format unter allen Veröffentlichungen ist, das von sämtlichen Bundesministerien eingesetzt wird. Nicht berücksichtigt wurde bei der Analyse der Pressebereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, da er nur bis Juni des letzten Jahres gepflegt wurde.

Der Studie zufolge hat das Bundesministerium für Umwelt, Natur, Bau und Reaktorschutz im letzten Jahr die meisten Pressemitteilungen aller deutschen Ministerien veröffentlicht. Mit insgesamt 391 Pressemitteilungen stellte es der Öffentlichkeit 25 Pressemitteilungen mehr zur Verfügung als das zweitplatzierte Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

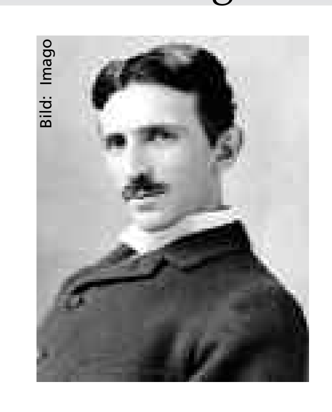
Das Auswärtige Amt veröffentlichte 2017 mit nur zwei Pressemitteilungen zwar die wenigsten aller Ministerien, allerdings lag der Fokus im Pressebereich des Auswärtigen Amtes wohl eher auf Artikeln, Interviews und Reden, die allesamt vergleichsweise häufig publiziert wurden. Ähnlich niedrig fiel die Frequenz der Veröffentlichung von Pressemitteilungen des Bundesministeriums der Verteidigung aus: Nur 14 Pressemitteilungen, in unterschiedlichen Formaten, publizierte es im letzten Jahr. Das bildet den zweitniedrigsten Wert der Analyse.

Das Umweltministerium veröffentlichte nicht nur die meisten Pressemitteilungen, sondern in der Summe sogar mehr als die Ministerien für Arbeit und Soziales, Gesundheit, Verteidigung, Inneres, Justiz und Verbraucherschutz, Finanzen sowie das Auswärtige Amt zusammen. Im Mittelfeld des Rankings landen die Bundesministerien für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit 138 Pressemitteilungen, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit 139 sowie das Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur mit169 Pressemitteilungen.

Während der tendenziell nachrichtenärmeren Zeit zwischen Ende Mai und Anfang September erhöhten die Ministerien ihre Presse-Frequenz sogar anstatt sie zu verringern: Im Juni publizierten alle Ministerien mit insgesamt 233 Pressemitteilungen mehr als in jedem anderen Monat. Im Juli und August – also während der parlamentarischen Sommerpause – sank die Frequenz zwar auf 141 beziehungsweise 115 Pressemitteilungen pro Monat, allerdings veröffentlichten die Ministerien immer noch mehr als im Oktober, November oder Dezember.

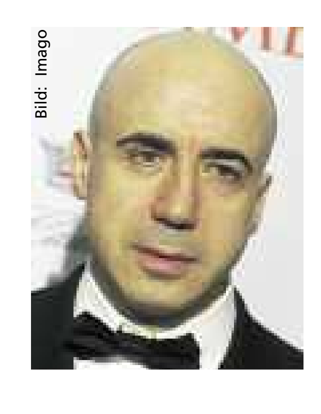
Als beliebtesten Wochentag für die Veröffentlichung einer Pressemitteilung wählten die Bundesministerien den Mittwoch mit 420 Pressemitteilungen, gefolgt von Freitag mit 337 und Donnerstag mit 316 Pressemitteilungen. Am seltensten hingegen publizierten die Ministerien Meldungen an einem Sonnabend (25 Pressemitteilungen) oder Sonntag (zehn Pressemitteilungen). *PM/J.H.*

Zeitzeugen



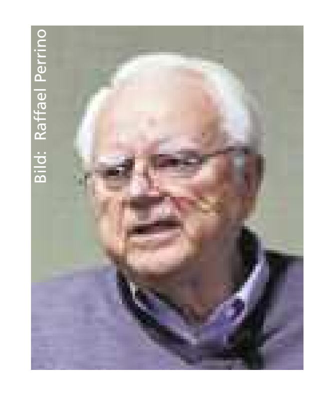
Nikola Tesla – Im Sommer 1899 will der serbisch-amerikanische Erfinder in seinem Labor bei Colorado Springs durch Zufall Funksignale vom Mars aufgefangen haben. Wie Kenneth und James Corum 1996 nachweisen konnten, entstanden die elektromagnetischen Wellen allerdings auf natürlichem Wege beim Umlauf des Jupitermondes Io um den Mutterplaneten.

Susan Jocelyn Bell Burnell – Nach ihrer sensationellen Entdeckung des ersten Pulsars, dessen Radiosignale man zunächst fälschlicherweise einer außerirdischen Zivilisation zuschrieb, wurde die junge Irin bei der Vergabe des Physik-Nobelpreises übergangen. Den erhielten nur ihre Kollegen Antony Hewish und Martin Ryle, was als einer der größten Skandale in der Geschichte der prestigeträchtigen Auszeichnung gilt.



Juri Milner – Um die Finanzierung des Projekts Breakthrough Listen (Durchbruch beim Lauschen) für die nächsten zehn Jahre zu sichern, stellte der russische Milliardär, der mit Internetinvestitionen reich geworden ist, im Juli 2015 aus seinem Privatvermögen 100 Millionen US-Dollar zur Verfügung. Für die gleiche Summe will er um 2036 einen Erkundungssatelliten zum nächstgelegenen Sternensystem Alpha Centauri schicken.

Tabetha Boyajian – Am 14. Oktober 2015 entdeckte die Astronomin von der Yale University, dass die Helligkeit des sonnenähnlichen Sterns KIC 8462852 im Sternbild Schwan um bis zu 22 Prozent schwankt – und zwar in unregelmäßigen Abständen, was extrem ungewöhnlich ist. Deshalb wurde vermutet, eine technologisch weit fortgeschrittene außerirdische Zivilisation versuche, eine isolierende Sphäre um „Tabby's“ Stern zu errichten, um ihre Energieausbeute zu erhöhen. Allerdings deuten jüngere Daten von Ende 2017 eher auf kosmische Staubwolken hin, die KIC 8462852 gelegentlich verdunkeln.



Frank Drake – Der SETI-Pionier entwickelte 1961 eine Gleichung zur Abschätzung der Anzahl der hochentwickelten Zivilisationen in unserer Galaxis. Aufgrund vieler Unsicherheiten differiert das mögliche rechnerische Ergebnis freilich zwischen eins (das wären dann die Erdenbewohner) und vier Millionen.

Gibt es Außerirdische?

Klarheit bringt vielleicht das neue chinesische Riesenteleskop FAST

Gibt es Außerirdische oder nicht? Bei der Suche nach Antworten auf diese Frage empfingen Radioastronomen mehrmals seltsame Signale aus dem Weltall.

Seit April 1960 wird im Rahmen des Projektes SETI (Search for Extraterrestrial Intelligence) systematisch nach außerirdischen Zivilisationen gesucht. Dabei glaubten die beteiligten Wissenschaftler bereits mehrmals, fündig geworden zu sein und Funkbotschaften von anderen bewohnten Welten erhalten zu haben. Der erste diesbezügliche vermeintliche Treffer gelang dem US-Amerikaner Frank Drake beim Lauschen in Richtung der relativ erdnahen Sternsysteme Tau Ceti und Epsilon Eridani. Er hörte ein starkes und ganz regelmäßig wechselndes Signal. Jedoch stammte dieses von dem Spionageflugzeug Lockheed U-2 „Dragon Lady“ der CIA, das in 20 Kilometern Höhe über dem Observatorium kreiste.

Der nächste blinde Alarm kam aus der damaligen Sowjetunion. Dort versuchte der Astrophysiker Nikolai Kardaschow, interstellare Nachrichten zu empfangen, und erhielt dann auch eine solche vom Objekt CTA-102 im Sternbild Pegasus – zumindest meldete das die Moskauer Nachrichtenagentur TASS am 12. April 1965, dem vierten Jahrestag des Weltraumfluges von Juri Gagarin. In diesem Falle hatte man aber nur die rhythmisch wechselnde Strahlung eines Quasars, also des Kerns einer weit entfernten Galaxis, geortet.

Seltsame Signale aus dem Weltall

Zwei Jahre später war es wieder soweit, als Susan Jocelyn Bell Burnell im Juli 1967 ein ungewöhnliches Signal bemerkte, das aus aufeinander folgenden Impulsen bestand, die sich exakt alle 1,337 Sekunden wiederholten. Doch auch im Falle der Strahlungsquelle PSR B1919+21 im Sternbild Fuchs gab es natürliche Ursachen. Die junge irische Doktorandin war von einem Pulsar, wie schnell rotierende Neutronensterne seitdem heißen, genarrt worden.

Anschließend hielten sich die SETI-Forscher sehr zurück, was weitere Sensationsmeldungen betraf – bis dann am 15. August 1977 das „Big Ear“-Radioteleskop in Columbus (Ohio) eine auffallend starke und schmalbandige Emission aus dem Sternbild Schütze registrierte, das sogenannte „Wow!“-Signal. Dessen Herkunft ist bis heute ungeklärt – jedoch lieferte Antonio Paris vom St. Petersburg College in Florida vor Kurzem Indizien dafür, dass es möglicherweise von der Wasserstoffwolke herrührt, die den 2006 entdeckten Kometen 266P/Christensen umgibt.

Ähnlich offen bleiben die Befunde auch im Falle des „Weird“ (Seltsam)-Signals, das am 12. Mai 2017 mit dem riesigen Radioteleskop von Arecibo auf Puerto Rico aufgefangen wurde und aus der Richtung des nur knapp elf Lichtjahre entfernten Zwergsterns Ross 128 kam, was insofern bemerkenswert ist, als dieser mindestens einen erdähnlichen Planeten besitzt, wie die Astronomen im September vorigen Jahres herausfanden. Hier streiten die Experten nun darüber, ob das Signal tatsächlich aus den Tiefen des Alls kam oder seine Quelle nicht vielleicht doch im geostationären Erdorbit lag, wo viele ausgediente Satelliten kreisen. Immerhin haben vom Menschen gemachte Objekte noch niemals eine ähnliche Radiostrahlung emittiert. Vielleicht bringt hier das neue chinesische Riesenteleskop FAST (Five-hundred-meter Aperture Spherical radio Telescope) mit seinen 520 Metern Durchmessern Klarheit, wenn es im Jahre 2019 auf Ross 128 ausgerichtet werden kann. *Wolfgang Kaufmann*




Mit 520 Metern Durchmesser hat sein Hauptspiegel die weltweit größte Fläche: Das chinesische Radioteleskop FAST Bild: pa

Suche nach außerirdischer Intelligenz

Derzeit wird im Rahmen der Projekte SETI@home, BETA, ATA, Sazanka, Dorothy und Breakthrough-Listen mit Radioteleskopen nach Hinweisen auf außerirdische Intelligenzen gesucht. Bis 2025 will man eine Million erdnahe Sternsysteme, die 100 nächsten Galaxien und das durch kosmische Staubwolken verdunkelte Zentrum der Milchstraße durchforsten. Außerdem gibt es noch sogenannte OSETI-, also Optical Search for Extraterrestrial Intelligence-Programme, deren Zweck darin besteht, nach den Lichtemissionen von anderen technischen Zivilisationen im All wie Laserstrahlen zu fahnden.

Was ist Wissenschaft, was nicht?

Doch damit nicht genug. Neuerdings werden auch zwei innovative Methoden angewandt, welche die Namen SETA (Search for Extraterrestrial Artifacts) und SETV (Search for Extraterrestrial Visitation) tragen. Bei SETA geht es um die Suche nach außerirdischen Hinterlassenschaften im Sonnensystem und auf dessen Planeten oder Monden sowie in den weiteren Tiefen des Kosmos. Das können Raumsonden und vergleichbare technische Geräte oder Spuren von Bergbau und ähnlichen Aktivitäten sein.

Bei SETV gilt die Aufmerksamkeit der Wissenschaftler auch den möglichen Spuren von „Alien“-Aktivitäten auf der Erde. Hier verschwimmen dann allerdings die Grenzen zur Prä-Astronautik beziehungsweise Paläo-SETI und Ufologie – zwei Forschungsrichtungen, die gemeinhin als unwissenschaftlich gelten. *W.K.*

Liebe Abonnenten der *PAZ*,
die *PAZ* hat eine neue Bankverbindung. Von der HSH Nordbank haben wir uns wegen des Verkaufes der Bank trennen müssen. Ab sofort verwenden Sie bitte bei Zahlungsverkehr mit der Vertriebs- oder Anzeigenabteilung der *PAZ* folgende Bankverbindung:
Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX.
Das Konto bei der Postbank Hamburg behält seine Gültigkeit. Lastschriften werden automatisch umgestellt. Dauerauftragszahler persönlich angeschrieben.

Das Oumuamua-Rätsel

Einzigartiger kosmischer Besucher vergangenes Jahr

Neben dem mysteriösen „Weird“-Signal (siehe oben) erregte vergangenes Jahr auch ein einzigartiger kosmischer Besucher die Aufmerksamkeit der SETI-Experten. Hierbei handelte es sich um den Asteroiden 1I/2017 U 1, der am 19. Oktober 2017 mit Hilfe des Pan-STARRS-Teleskops auf Hawaii entdeckt worden war und dann bald den Beinamen „Oumuamua“ erhielt. Dies ist das hawaiianische Wort für „zuerst erreichen“. Damit trugen die Forscher der Tatsache Rechnung, dass der Himmelskörper, der mit bis zu 87 Kilometern pro Sekunde an der Sonne vorbeiraste, als das allererste interstellare Objekt gilt, das in unserem Planetensystem beobachtet werden konnte. Vermutlich kam der Gesteins- oder Metallbrocken aus einem rund 80 Lichtjahre entfernten Sektor des Weltalls.

Aber nicht dieser an sich schon sensationelle Umstand sorgte für das größte Aufsehen, sondern die Tatsache, dass „Oumuamua“ einer Zigarre ähnelt. Bei 400 Metern Länge beträgt der Durchmesser nur um die 40 Meter. Das und sein unregelmäßiges Taumeln um die eigene Achse nährte die Vermutung, man habe ein außerirdisches Raumschiff mit defektem Antrieb geortet.

War Oumuamua mehr als ein merkwürdig geformter Asteroid?

Zur Klärung des Ganzen wurde in der Nacht vom 13. zum 14. Dezember 2017 das Radioteleskop von Green Bank im US-Bundesstaat Virginia auf das kosmische Objekt gerichtet, um mögliche Signale künstlichen Ursprungs zu empfangen. Allerdings blieb „Oumuamua“ während der gesamten zehnstündigen Beobachtungsperiode stumm, obwohl das Teleskop sogar ein Handy auf dem Himmelskörper hätte aufspüren können. Dies gilt nun gemeinhin als Beleg, dass hier kein havarierter Sendbote einer anderen Zivilisation durch unser Sonnensystem jagte. Dabei hörten die Forscher vom SETI-Programm Breakthrough Listen, an dem auch der populäre Astrophysiker Stephen Hawking mitwirkt, aber lediglich vier Frequenzbänder ab. Deshalb lässt sich nicht mit letzter Sicherheit sagen, ob „Oumuamua“ tatsächlich nur ein merkwürdig geformter Asteroid war oder mehr. Inzwischen ist er jedenfalls auf Nimmerwiedersehen in den Weiten des Alls verschwunden. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Hohe Nachfrage trotz Sanktionen

Deutsche und russische Wirtschaftsvertreter zogen in Berlin eine positive Bilanz



Sie diskutierten über positive und negative Tendenzen der gegenseitigen Geschäftsbeziehungen: Deutsche und russische Politiker und Unternehmer waren der Einladung der AHK zur Konferenz „Neues Wachstum, neue Chancen?“ in Berlin gefolgt

Bild: J.T.

Anfang März richtete die Deutsch-Russische Außenhandelskammer (AHK) ihre große jährliche Konferenz zur Verbesserung des Investitions-Images Russlands in Deutschland aus. Sie fand im Sitz des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) in Berlin statt.

Die Konferenz der AHK trug den Titel „Neues Wachstum, neue Chancen? – Russlands Rolle in der globalen Wertschöpfung“. Hauptthema der Diskussion war Russlands Bedeutung in den globalen Wertschöpfungsprozessen. Ein anderes Thema, das die insgesamt etwa 500 Teilnehmer der Konferenz beschäftigte, war die Digitalisierung von Herstellungsprozessen – die Industrie 4.0 – und inwieweit russische Unternehmen und Spezialisten dafür bereit stehen. Vertreter der Wirtschaft, der Ministerien und der Handelskammern der beiden Länder hatten die Gelegenheit, die Hauptrichtungen der russischen Industriepolitik kennenzulernen sowie die Trends zu diskutieren, die sich im Jahr 2017 gezeigt hatten.

Unter den Gästen waren der stellvertretende russische Minister für Industrie und Handel Alexander Morosow, der stellvertretende Minister für wirtschaftliche Entwicklung Alexej Grusdew, die deutsche Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries, der Leiter der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) Martin Wansleben sowie der russische Botschafter in Deutschland, Sergej Natschajew. Die Unternehmerschaft wurde durch die Leiter führender deutscher Unternehmen vertreten, die auf dem russischen Markt tätig sind wie Commerzbank, Volkswagen, SAP, Bayer und die Robert Bosch GmbH.

Bekanntlich haben die Sanktionen viele russische Unternehmen dazu veranlasst, die Prozesse zur Modernisierung der Produktionsanlagen zu intensivieren, um unabhängiger zu werden. Das hat zu einer größeren Nachfrage nach neuer Ausrüstung geführt, welche auf dem russischen Binnenmarkt nicht erhältlich ist, die aber aus Deutschland nach Russland geliefert werden kann. Auf diese Weise stellte eine Reihe deutscher Unternehmen eine erhöhte Nachfrage nach ihren Produkten fest. Ihr Umsatz mit russischen Partnern ist sogar gestiegen, was Wolfgang Büchele, dem Vertreter des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, zu der Aussage veranlasste: „Die russischen Investitionen in neue Produktionsstätten kommen der deutschen Wirtschaft zugute.“

DIHK-Chef Wansleben bemerkte: „Wir sind gut beraten, pragmatisch die Kontakte zu nutzen, gerade auf der Ebene der Wirtschaft, um nach wie vor miteinander zu reden und miteinander eine gute Lösung zu finden.“

Wirtschaftsministerin Zypries sagte nichts Neues oder besonders Hoffnungserweckendes für die Wirtschaftsvertreter. Sie wiederholte lediglich, dass ein Wegfall der Sanktionen von Schritten der russischen Seite zur Normalisierung der Lage in der Ostukraine abhängig sei.

> Nach zwei Jahren Rückgang: Russische Wirtschaft wächst

Die deutschen Unternehmer verbinden ihre positiven Erwartungen mit dem Faktum, dass die russische Wirtschaft 2017 nach einem zwei Jahre anhaltenden Rückgang wieder leicht gewachsen ist. Da alle davon ausgehen, dass die Aufhebung von Sanktionen nicht bald erfolgen wird, arrangieren sich viele Unternehmer mit dem Gedanken, längerfristig unter erschwerten Bedingungen zu kooperieren und zu profitieren. Nach Angaben der russischen staatlichen Steuerbehörde ist die Zahl der Unternehmen mit deutscher Beteiligung im Jahr 2017 um fünf Prozent zurückgegangen. Die Steuerbehörde ordnet deutschen Unternehmen alle Firmen zu, deren Gründer oder Mitbegründer deutsche Staatsbürger oder Organisationen sind. Ende 2017 waren auf dem russischen Markt 4965 solcher Unternehmen registriert. Damit setzt sich der 2013 erstmals festgestellte negative Trend fort. Jedoch hat sich das Tempo des Rückgangs deutscher Unternehmen in Russland spürbar verlangsamt.

Laut Angaben des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft und der AHK konnten rund 60 Prozent der deutschen Unternehmen, die am russischen Markt aktiv sind, im vergangenen Jahr ihren Umsatz wesentlich erhöhen, und jedes dritte Unternehmen mit deutscher Beteiligung plant im Laufe des Jahres neue Investitionen. Als Hauptstörfaktoren, die wirtschaftliche Aktivitäten auf dem russischen Markt bremsen, nennen die deutschen Unternehmen bürokratische Hindernisse, die Voreingenommenheit der Steuerbehörden sowie den Kaufkraftverlust der Bevölkerung. Einen weiteren Hinderungsgrund sehen sie im staatlichen Protektionismus, der russische Unternehmen bevorzugt. Diese Politik erklärt sich in vielerlei Hinsicht mit dem Versuch der russischen Regierung, Importprodukte durch heimische Erzeugnisse zu ersetzen. Das ist spürbar bei öffentlichen Ausschreibungen, in deren Rahmen deutsche Unternehmen gegenüber russischen immer mehr benachteiligt werden.

Wenn man jedoch die Neuerungen berücksichtigt, die die US-Regierung jetzt ausländischen Exporteuren angekündigt hat, sind die protektionistischen Maßnahmen Russlands geradezu harmlose Abweichungen vom Prinzip des Freihandels.

Jurij Tschernyschew

Deutschland einig Messerland

Von Vera Lengsfeld

Nur 14 Tage nachdem in Berlin eine Demonstration gegen die Gewalt gegen Frauen blockiert wurde und eine Woche nachdem der Innensenator von Berlin Andreas Geisel (SPD) öffentlich eingestehen musste, dass die Hauptstadt ein erhebliches Problem mit hochaggressiven Männern mit Migrationshintergrund hat, erschüttert ein fürchterliches Verbrechen die Metropole.

In der ehemaligen Stasihochburg Hohenschönhausen wurde ein 14-jähriges Mädchen in seinem Kinderzimmer mit 20 Messerstichen niedergestreckt. Die Mutter fand ihre tödlich verletzte Tochter, aber die herbeigerufene Hilfe kam zu spät. Eine Stunde kämpfte der Medizinische Notdienst um das Leben des Mädchens, ohne Erfolg.

Als kürzlich in Lünen der ebenfalls 14-jährige Leon von einem 15-jährigen Mitschüler erstochen wurde, sagte Ministerpräsident Laschet, dass es das Schlimmste sei, wenn ein Kind morgens aus dem Haus gehe und nicht wiederkomme.

Berlin zeigt, dass es noch schlimmer geht. Das Mädchen starb in den Armen seiner Mutter. Eine Äußerung von Bürgermeister Müller ist bis heute nicht bekannt.

Von Anfang an wurde versucht, den Fall so tief zu hängen wie nur möglich. Obwohl die Mobiltelefonauswertung des Opfers ziemlich schnell ein Foto des Täters zutage förderte, hörte man erst einmal nichts. Auch über die Aussage der Nachbarn, man hätte lauten Streit mit Türenknallen gehört und einen arabisch aussehenden Mann die Wohnung verlassen sehen, wurde nur zögerlich berichtet. Nur dass der Täter, der in der Wohnung seiner Eltern verhaftet wurde, deutscher Staatsbürger sei, wurde umgehend mitgeteilt. Das erinnert an das Vorgehen in Lünen, wo ebenfalls betont wurde, dass der kasachischstämmige Täter einen deutschen Pass besaß.

Welchen Pass der Mörder von Keira, so hieß das Mädchen, außerdem besitzt, ist noch nicht bekannt. Man kann nur sicher sein, dass die Abstammung des jungen Mannes in den Hintergrund gerückt wird. Aber hunderte Menschen versammelten sich vor dem Wohnhaus von Keira, um ihrer Trauer und ihrem Entsetzen Ausdruck zu geben.

Was in Berlin geschah, ist nur die Spitze des Eisbergs. Seit das Jahr begonnen hat, findet jeden Tag eine Messerattacke statt. Die meisten werden nur in den Lokalnachrichten gemeldet. Stattdessen wird uns eingeredet, Deutschland wäre nie sicherer gewesen.

Mia, Leon, Keira.

Wer ist das nächste Opfer?

MELDUNG

Kirchenrückgabe gegen Demut

Ankara – Seit einigen Wochen geht das türkische Militär gegen die kurdische YPG im Norden Syriens vor, weil diese von Erdogan zu Terroristen erklärt wurden. Überraschenderweise bekommt er dafür die Unterstützung des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, Bartholomaios. In seinem Solidaritätsbrief an den türkischen Präsidenten schrieb das für seine pazifistischen und ökologischen Einstellungen bekannte Ehrenoberhaupt der orthodoxen Christen: „Wir bitten Gott darum, dass die türkischen Streitkräfte ihr Ziel erreichen.“ Angesichts der weltweiten Verurteilung des völkerrechtswidrigen Aktes in Afrin muss der Druck auf den Patriarchen enorm gewesen sein. Ihm blieb keine andere Wahl, als Erdogans Politik öffentlich zu unterstützen. Im Gegenzug hat die türkische Regierung per Dekret die Rückgabe von kirchlichen Vermögenswerten an die syrisch-orthodoxe Kirche angeordnet, die im Jahr 2017 unter die Kontrolle staatlicher Behörden gestellt worden waren. Das Dekret sieht die vollständige Rückgabe von 30 kirchlichen Gütern an Stiftungen und Organisationen der syrisch-orthodoxen Kirche und damit an die früheren Besitzer vor. Zu den Vermögenswerten, die definitiv an die syrisch-orthodoxe Kirche zurückgegeben werden sollen, gehören auch die drei historisch bedeutsamen Klöster Mor Melki, Mor Yakup und Mor Dimet im Südosten der Türkei, die alle seit Jahrzehnten infolge des Verfolgungsdruckes, unter dem die Christen in der Türkei auch nach dem Genozid gegen die Christen während des Ersten Weltkrieges leiden, aufgegeben worden waren. Da Kirchen selbst in der Türkei keine juristischen Rechtspersonen sind, braucht es das Konstrukt von Stiftungen, um Liegenschaften besitzen zu können. *B.B.*

Machtkampf um Ungarn

Wie Orbán sein Land vor Soros und der von diesem geförderten Masseneinwanderung zu schützen sucht

Am 8. April stellt sich Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán zum dritten Mal dem Votum der ungarischen Bürger. Nach derzeitiger Lage dürfte er die Wahl wieder mit absoluter Mehrheit gewinnen. Er hat in der Entscheidung, ob er und seine Partei Fidesz das Schicksal Ungarns leiten sollen, oder ob man das George Soros überlassen will, die besseren Aussichten.

Im Zentrum Ungarns, mehr nach Westen zu, im sogenannten Mitteltransdanubien, liegt die schöne Stadt Stuhlweißenburg, welche die Magyaren „Székesfehérvár“ nennen. Sie hat in der Geschichte des Landes eine bedeutende Rolle gespielt und war neben Ofen und Pressburg sogar eine Zeitlang die Stadt, in der die ungarischen Könige gekrönt wurden. Da sie auch eine erstaunlich wertvolle Bausubstanz aufweist, gedachte die ungarische Regierung, Stuhlweißenburg ins Rennen zu schicken um den Titel einer europäischen Kulturhauptstadt.

In Budapest hatte man offensichtlich geglaubt, eine stolze Historie, verbunden mit Tradition und erfüllt vom Geist des Abendlandes, gebe gute Grundlagen für die Bewerbung. Also schickte man einen Videofilm an den Rat der Europäischen Union, in dem die nationalen Kulturminister beziehungsweise deren Beauftragte über derlei Fragen entscheiden. Doch dort stellte sich alsbald heraus, dass die Ungarn einem bösen Missverständnis aufgesessen waren. Ihre Präsentation fiel mit Pauken und Trompeten durch und zwar mit folgender Begründung: „Der Clip ist ein Propagandavideo des weißen, christlichen Europas, jeder darin ist weiß, glücklich und tanzt in den Straßen!“

Weiß und christlich! Damit war Stuhlweißenburg, war Ungarn insgesamt und vor allem Ministerpräsident Viktor Orbán disqualifiziert als Vertreter eines Weltbildes, das zwar europäisch sein mag, aber in der EU nichts zu suchen hat.

Dieser Vorfall, in Deutschland nicht zu den Ehren der Druckerschwärze gelangt, ist nicht unwichtig, wenn man die Einwanderungspolitik des ungarischen Ministerpräsidenten verstehen will. Er ist Regierungschef in einem Land, in dem sich vor rund 300 Jahren die Kraftprobe zwischen dem Osmanischen Reich und dem christlichen Europa entschieden hat und in dem die Erinnerung daran immer noch wach ist. In Ungarn fühlt man sich durch die Politik hauptsächlich der deutschen Kanzlerin Angela Merkel an jene Zeit erinnert, mit dem fatalen Unterschied, dass sich heute die Deutschen nicht mehr so wie einst als die Retter, sondern als die Verbündeten der fremden Flut erweisen.

Orbáns Weigerung, Immigranten aufzunehmen, ist daher mehr als die Ablehnung von Mühe und Kosten, sie hat einen historischen Charakter und damit verbunden ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein vor der Geschichte des Alten Kontinents.

In diesen Zusammenhang gehört auch ein Gesetzespaket, das eine 25-prozentige Steuer auf alle Gelder vorsieht, die ausländische Nichtregierungsorganisationen (NRO) erhalten. Ebenso werden sie einem Genehmigungsverfahren durch das Innenministerium unterworfen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass diese Regelung hauptsächlich auf die verschiedenen Machenschaften des internationalen Finanziers George Soros zielen, der, und auch das ist ein offenes Geheimnis, die Zuwanderung nicht nur nach Ungarn, sondern überhaupt nach Europa in großem Umfang finanziert.

Dieser Zwist, der sich zwischen dem Ministerpräsidenten Orbán und dem Milliardär Soros personalisiert hat, wird auch in der „New York Times“ zur Kenntnis genommen: „Ungarn hat am 13. Februar 2018 dem Parlament ein Antiimmigrationsgesetz, das ‚Stopp-Soros-Gesetz‘ vorgelegt. Das Gesetz wird den Innenminister ermächtigen, Nichtregierungsorganisationen, welche die Migration unterstützen, zu verbieten. Das Gesetz ist für Ministerpräsident Orbán der Hauptbestandteil seiner Antiimmigrationskampagne gegen den US-Finanzier George Soros, der sein Programm der offenen Grenzen auch in der östlichen EU durchsetzen will.“

Orbán äußerte sich denn auch sehr kritisch über ein Dokument der Vereinten Nationen zur Immigration, von dem er sagte, es sehe aus, „als sei es aus dem Soros-Plan kopiert worden“. Die UNO rate ihren Mitgliedsländern, die Regeln für illegale Einwanderung zu lokkern. Zudem weist das UN-Papier den NRO eigene Zuständigkeiten bei der Behandlung des Problems zu. Orbán dazu: „Ungarn hat schlechte Erfahrungen mit NRO gemacht. Die ... sich mit Migration beschäftigen, fressen aus der Hand des US-Finanziers George Soros.“ Das Dokument der UN, so Orbán weiter, stelle eine Bedrohung für eine Reihe von Ländern dar. Demgegenüber hob er die „harte Migrationspolitik“ von Ländern wie Australien, Neuseeland oder Japan hervor, denen die Sorge der UN offenbar nicht gilt.

Sein jüngster Besuch in Österreich veranlasste Orbán dazu, die Beziehungen zur dortigen neuen Regierung unter Kanzler Sebastian Kurz zu loben. In den vergangenen Jahren sei die – sozialdemokratisch geführte – österreichische Regierung antiungarisch gewesen, jetzt sei die neue Regierung „fair, ehrenwert und proungarisch“. Den Blick über Österreich hinaus weiter nach Westen gerichtet fügte der ungarische Regierungschef im Zusammenhang mit der Immigration hinzu: „Dunkle Wolken liegen wegen der Einwanderung über Europa. Nationen werden aufhören zu existieren, der Westen wird fallen, während Europa nicht einmal merken wird, dass es überrannt wurde.“ *Florian Stumfall*



Plakat in Budapest: „Lassen wir nicht zu, dass Soros als Letzter lacht!“

Bild: Imago

Rollentausch in Afrika

Südafrika setzt auf mehr Diskriminierung, Simbabwe auf weniger

Am 27. Februar beschloss das von Schwarzen dominierte Parlament in Südafrika die entschädigungslose Enteignung der rund 30 000 weißen Farmer im Lande. Dem vorausgegangen war ein entsprechender Antrag der linksextremen und rassistischen Oppositionspartei Economic Freedom Fighters (EFF), für den am Ende auch die Abgeordneten des regierenden African National Congress (ANC) stimmten. Damit folgte man dem Beispiel von Simbabwe, dem früheren Rhodesien. Dort hatte der Langzeitdiktator Robert Mugabe im Jahre 2000 damit begonnen, landwirtschaftliche Betriebe von Weißen mit Gewalt zu konfiszieren, um angebliches Unrecht aus der Kolonialzeit zu sühnen. Hierdurch verloren fast alle der 4500 europäischstämmigen Farmer ihr Eigentum – und einige Dutzend von ihnen wurden sogar ermordet. Nutznießer der Aktion sollten 300 000 schwarze Kleinbauern sein. Tatsächlich jedoch gingen die elf Millionen Hektar Ackerfläche vorwiegend an Verwandte oder Parteigänger von Mugabe wie den Bischof Trevor Manhanga, die über keinerlei landwirtschaftliche Erfahrungen verfügten.

Das zeitigte verheerende Folgen: Aus der einstigen Kornkammer des südlichen Afrika wurde ein Armenhaus, dessen Bevölkerung nur durch Nahrungsmittellieferungen aus dem Ausland überleben konnte. Letztlich ging die Wirtschaftsleistung des Agrarstaates Simbabwe bis 2008 um 50 Prozent zurück, was zu einer Hyperinflation von 231 Millionen Prozent führte. So kostete ein Stück Butter am Ende mehrere Hundert Trillionen Simbabwe-Dollar. Den ökonomischen Schaden infolge des Landraubes bezifferten Volkswirte heute auf 20 Milliarden Euro.

In beiden Republiken wechselte vorher der Präsident

Angesichts dieser Misere ist es nur zu verständlich, dass Emmerson Mnangagwa, der nach dem Militärputsch gegen Mugabe im November 2017 zu dessen Nachfolger avancierte, jetzt umzusteuern versucht. So ordnete er am 7. Dezember 2017 an, widerrechtlich beschlagnahmtes Land an die früheren weißen Eigentümer zurückzugeben oder sie zu entschädigen. Denn diese seien „Opfer von Rassendiskriminierung, Gier und Machtmissbrauch geworden“, wie Mnangagwas Berater Christopher Mutsvangva mitteilte. Und tatsächlich konnte inzwischen schon ein erster Betroffener, der Farmer Robert Smart, von den Wiedergutmachungsbemühungen profitieren. Anderen Weißen wiederum versprechen die neuen Machthaber in Harare nun generöse Pachtverträge mit Laufzeiten von 99 Jahren.

Damit soll Simbabwe aus dem wirtschaftlichen Jammertal herausgeführt werden. Dass das gelingt, ist fraglich, denn nach den ethnischen Säuberungen unter Mugabe weilen lediglich noch knapp 200 weiße Landwirte in dem afrikanischen Staat, wie der Agrarverband Commercial Farmer's Union (CFU) meldet. Außerdem hatten viele derer, die vertrieben wurden und ins Ausland flüchteten, vorher ihr Vieh getötet sowie die zurückgelassene Technik und Infrastruktur zerstört. Insofern dürfte ihnen kaum der Sinn nach einem Neuanfang stehen, womit Mnangagwas Kurswechsel wohl zu spät kommt.

Angesichts all dessen zeugt es von extremer ideologischer Blindheit und ökonomischem Unverstand, dass man in Südafrika jetzt den gleichen selbstmörderischen Kurs einschlägt wie vormals das Mugabe-Regime. *Wolfgang Kaufmann*

Europas Armenhaus

Zehn Jahre Unabhängigkeit haben dem Kosovo wenig gebracht

Während Serbien der Europäischen Union schon 2025 beitreten könnte, dümpelt das Kosovo vor sich hin. Die Kosovaren sind die letzten Menschen in Ex-Jugoslawien, die noch immer nicht visafrei in den Schengenraum reisen dürfen. Dies ist vor allem der fehlenden Kompromissbereitschaft der kosovarischen Regierung zuzuschreiben.

Der ehemalige Rebellenführer Hashim Thaci, von 2008 bis 2014 erster Ministerpräsident der Republik Kosovo und seit 2016 deren Präsident, konnte das Land bislang nicht stabilisieren. Die Arbeitslosenquoten bewegt sich zwischen 40 und 70 Prozent und ist damit die mit Abstand höchste in Europa. Vom wirtschaftlichen Aufschwung in den Nachbarländern Albanien und Serbien kann das Armenhaus Europas nicht profitieren, weil es von unfähigen und korrupten Politikern verwaltet wird. Ohne die Finanzspritzen der Auslandskosovaren wäre der junge Staat noch weniger überlebensfähig.

Hatten zu Zeiten Jugoslawiens das Kosovo noch 30 Prozent der Bevölkerung nichtalbanische Wurzeln, sind es heute keine zehn Prozent mehr. Selbst viele Albaner verlassen das Kosovo Die einzigen Zuwanderer, die das jüngste Land Europas hat, sind salafistische Prediger aus dem Nahen Osten und deren Familienanhänge, die das jahrzehntelang atheistisch regierte Land in rasantem Tempo wieder auf islamischen Vordermann gebracht haben und für das Zurschaustellen von Symbolen des Islams wie volle Bärte und lange Gewänder für Männer sowie Kopftücher und Schleier für Frauen sogar harte Dollars bezahlen. Für die Nato und die EU besteht die reale Gefahr, dass sie den Kosovo von der serbischen Fremdherrschaft mit Waffengewalt befreit haben, um ihn nun an die Saudis und deren Hintermänner aus Ankara zu verlieren. Zurzeit ist nämlich der Islam das Einzige, was im Kosovo wächst. Nicht umsonst war der Täter beim ersten tödlichen islamischen Anschlag in Deutschland, 2011 in Frankfurt auf US-Soldaten verübt, ein Kosovare. Da hilft es wenig, dass die indische Ordensschwester und Missionarin Mutter Teresa albanischer Abstammung war und im vergangenen Jahr eine neue katholische Kathedrale in Pristina eingeweiht wurde.

Verheerendes Wirken von NATO, EU und UNO

Die Unabhängigkeit des Kosovo ist ein Produkt der NATO-Intervention von 1998/99, welche die serbische Vorherrschaft im Kosovo mit Gewalt beendete, ohne eine Perspektive für das Land für die Zeit danach zu bieten. Alle Parteien, die sich unter NATO-Druck bildeten, gingen aus den ehemaligen Kampffraktionen der albanischen UCK (Ushtria Çlirimtare e Kosovës, Befreiungsarmee des Kosovo) hervor. Entsprechend korrupt und sogar verbrecherisch sind die Strukturen bis heute geblieben. Das Kosovo wurde zu einem Protektorat der Vereinten Nationen. Eine UN-Mission begann das Land zu verwalten. Mit der UNO und der NATO kamen Prostitution, Frauenhandel und Drogen ins Land und verstärkten das ohnehin schon vorhandene Gewaltpotenzial. Die UN-Verwaltung selbst hat die Kriminalität im Land mit produziert. Hunderte von Millionen Euro internationaler Hilfsgelder schufen viele der kriminellen Strukturen, die das Land heute immer mehr beherrschen. Das von der NATO und der EU in das Land hineingetragene Projekt eines multikulturellen und multireligiösen Staates hat sich unter den Augen der westlichen Institutionen in Prishtina faktisch aufgelöst. *Bodo Bost*

Zockerei um Deutsche Bank

Riskanter Einsatz eines chinesischen Großaktionärs bringt größtes deutsches Bankhaus ins Straucheln

Ein Investor aus China hat sich in die schwächelnde Deutsche Bank eingekauft. Jetzt steckt dieser Geldgeber selbst in der Bredouille.

Die Deutsche Bank steht schon lange unter Beschuss ihrer inzwischen wesentlich größeren Konkurrenten aus dem westlichen Ausland. Ohne potente Paten in der Politik hatte sie sich bei vermeintlich gewinnträchtigen Spekulationsgeschäften manches Mal verzockt und zugleich durch schlechten Umgang mit ihren Kleinkunden, Selbstbedienungsmentalität ihrer Finanzjongleure sowie Illoyalität gegenüber dem eigenen Volk viele Sympathien eingebüßt – schlechte Voraussetzungen für den globalen Erfolg.

Nachdem sie sich von den angelsächsischen Regierungen bereits mehrfach brutal hatte zur Kasse bitten lassen, wurde es endgültig eng, als Amerikaner und Briten sie 2015 mit Strafzahlungen von mehreren Milliarden Dollar schröpften und der IWF sie 2016 gar zum „risikoreichsten Finanzinstitut des Globus" kürte.

Angesichts der in der Folge knappen Kassen war man 2017 am Main froh über einen Einstieg des chinesischen Großinvestors HNA, der sich mit 3,5 Milliarden Euro über den Wiener Vermögensverwalter C-Quadrat beteiligte, wobei dieser Einstieg größtenteils mit Krediten der schweizerischen UBS bezahlt wurde.

Wem HNA gehört, ist aufgrund der gezielt verschachtelten Besitzverhältnisse und eingesetzter Strohmänner unklar. Das Unternehmen basiert auf der früheren Regionalfluglinie Hainan Airlines und bildet ein komplexes Konglomerat mit einem Hauptportfolio in der Luftfahrt- und Reisebranche. Unter Führung regionaler Parteikader expandierte das seit den 1990er Jahren eng mit dem zwielichtigen Finanzmogul George Soros verbundene Unternehmen gerade in den letzten zwei Jahren weltweit mit Unternehmenseinkäufen für mindestens 50 Milliarden US-Dollar, die freilich fast sämtlich über Kredite finanziert wurden.

2017 gehörte den Chinesen nach mehreren Kaufwellen rund ein Zehntel des traditionsreichen Frankfurter Bankhauses, und sie waren damit dessen größter Teilhaber, knapp vor der katarischen Herrscherfamilie Al-Thani. Mitte 2017 zog dann Pekings KP die Zügel bei Chinas unseriös durch Kredite im Ausland auf Einkaufstour gehenden Großunternehmen stramm und behielt dabei nicht zuletzt die HNA im Auge. Die Kreditblasen der Großunternehmen des Landes und der Abfluss von Devisen aus dem Reich der Mitte hatten damals längst ein auch für die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt bedrohliches Ausmaß angenommen.

Plötzlich flossen für die Südchinesen die in- und ausländischen Kredite nicht mehr wie gewohnt. Die findigen Provinzkader gründeten nur einen Monat später zwei vorgeblich „gemeinnützige" Stiftungen, die das zusammengeraffte Vermögen vor dem Zugriff des chinesischen Staates und der Gläubiger sichern sollten. Inzwischen verfügt eine davon, die in New York ansässige Hainan Cihang Charity Foundation, formal über rund ein Drittel des Gesamtfirmenbesitzes – und seit Beginn des neuen Jahres auch über einen neuen Vorsitzenden. Philipp Rösler, ehemals bundesdeutscher Gesundheitsminister und Vizekanzler, selbst sino-vietnamesischer Herkunft, saß bis dahin im Vorstand des Weltwirtschaftsforums in Davos und setzt nun seine zweifelhafte Karriere von New York aus fort, wo die Stiftung ihren Sitz hat.

Die bestehenden Finanzierungsengpässe bei HNA wuchsen dessen ungeachtet seit Mitte 2017 weiter und verschärften sich durch Maßnahmen der chinesischen ebenso wie der US- und der Schweizer Bankenaufsicht im letzten Quartal 2017 nochmals erheblich, wodurch auch US-Banken die Vergabe weiterer Kredite verweigerten.

Außerdem kündigte der chinesische Kreditkontrollausschuss CBRC im Januar 2018 an, seine Maßnahmen im neuen Jahr nochmals zu verschärfen, wozu er bereits am 25. Januar ein strengeres Prüfverfahren vorlegte. Parallel dazu stuften die US-Ratingagenturen ihre Bewertung von HNA bis in den Februar mehrfach herunter: Mitte des Monats waren es etwa bei S&P nunmehr magere CCC+. Mit einem Wort: HNA ging es finanziell an den Kragen.



Hat als Chef der chinesischen Hainan-Stiftung bei der Deutschen Bank indirekt die Finger mit im Spiel: Ex-Bundesminister und Ex-FDP-Vorsitzender Philipp Rösler

Bild: Imago

Zudem bewiesen auf Drängen der Behörden vorgelegte Daten, dass sich gut die Hälfte der Deutsche-Bank-Aktien nicht wirklich im Besitz der HNA befinden, sondern in einem Verschiebebahnhof mit der UBS in Form einer sogenannten Kragenoption, was eine durchaus zweifelhafte Konstruktion darstellt. Die Finanzakrobaten vom Main waren daher besorgt, dass ein Verkauf ihrer sinisierten Aktien anstehen könnte, um andernorts Löcher zu stopfen.

Zwar sicherte ihnen der Wiener C-Quadrat-Chef Alexander Schütz zu, dass seine vermeintlich sichere „Anker-Beteiligung" auch weiterhin erhalten bleibe, setze man in Asien doch auf „den guten Ruf der Deutschen". Solcherlei Theaternebel verflüchtigte sich angesichts realer Zahlen dann aber doch wieder allzu rasch. HNA selbst bezifferte seine Schulden auf rund 100 Milliarden US-Dollar, behauptet aber über Werte von 190 Milliarden zu verfügen – was wohl beides reichlich optimistisch sein dürfte.

Am 9. Februar verkaufte C-Quadrat schließlich ein knappes Zehntel seines Portfolios und erklärte kaum verhohlen, dass man an weitere Abstoßungen denke, vor allem bei jener größeren Hälfte der kontrollierten Aktien. Nur eine Woche später gab es dann den zweiten größeren Verkauf, sodass bereits Mitte Februar ein gutes Fünftel der HNA-eigenen Anteile der Deutschen Bank den Besitzer gewechselt hatte. Dass es dabei bleibt, mag man den solches beteuernden Verantwortlichen nun freilich nicht mehr so recht glauben.

Während sich die deutschen Medien bei der Berichterstattung äußerst bedeckt hielten, gerieten die dubiosen Chinesen international in die Schlagzeilen. HNA-Mitgründer Wang Jian, der erst vor wenigen Monaten nach Drängen der Bankenaufsichten als Haupteigner seines Imperiums in Erscheinung getreten war, sprach von einem Angriff in- und ausländischer „reaktionärer Kräfte" auf sein Unternehmen und damit auf China insgesamt. Dabei gab er sich in kaum zu überbietender Dreistigkeit als vorgeblicher Verteidiger der Politik von Chinas oberstem Führer Xi Jinping aus, der seit Jahren als Korruptionsbekämpfer auftritt und dem der mafiöse Hainan-Sumpf seine überfällige Austrocknung zu verdanken hat. Dieses spricht für eine enorme Chuzpe oder aber für ein hohes Maß an Verzweiflung des zwielichtigen Wang Jian.

Der auf eine Schädigung der Deutschen Bank lauernden EZB geben solche Scharaden durchaus Mittel an die Hand, nun ihren geplanten Angriff in die Wege zu leiten. Am 26. Februar kündigte die Deutsche Bank vorsorglich die Ausgliederung ihrer Publikumsfondsgesellschaft „DWS Investments" sowie den Verkauf eines Viertels der DWS-Aktien im März an, durch den sie sich Erlöse von zwei Milliarden Euro erhofft. Dass diese Veräußerung eines Gutteils des Tafelsilbers ein Ende der rasanten Talfahrt bedeutet, ist selbst im günstigsten Fall kaum zu erwarten. *Thomas W. Wyrwoll*

MELDUNGEN

Mehr Schlick in die Nordsee

Hamburg – Ab 2019 soll der „Dreck" aus dem Hamburger Hafen nach dem Willen der Hamburger Hafenbehörde weiter draußen in der Nordsee abgepumpt werden. Umwelt- und Fischereiverbände laufen Sturm gegen das Vorhaben. Derzeit wird der Antrag der Hafenbehörde vom Bund geprüft. Seit 2005 verklappt Hamburg ein Drittel seines ausgebaggerten Hafenschlicks in der Nordsee südlich von Helgoland, zuletzt vier Millionen Kubikmeter jährlich. Dafür zahlt Hamburg der Stiftung Nationalpark Wattenmeer zwei Euro pro Kubikmeter. Das Wattenmeer aber droht unter dem verdrifteten, teils hochgradig mit Schadstoffen belasteten Schlamm zu ersticken. *D.J.*

Flixbus geht auf die Schiene

Frankfurt am Main – Der Fernreisebusmarktführer Flixbus bietet unter dem Namen Flixtrain eine Bahnverbindung auf der Strecke Hamburg–Köln an und beerbt damit die Deutsche Bahn. Ein weiterer Ausbau des Schienenangebots ist geplant. So wird ab April auch die tägliche Bahnverbindung Stuttgart–Frankfurt–Berlin angeboten. Als ausführende „technische Partner" hat Flixbus den BahnTouristikExpress und den tschechischen Leo Express gewonnen. *T.W.W.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.972.422.912.908 €

Vorwoche: 1.972.470.110.780 €

Verschuldung pro Kopf:
23.822 €

Vorwoche: 23.822 €

(Dienstag, 13. März 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Streit um neue Gasfunde

Anrainer streiten um Lagerstätten im östlichen Mittelmeer

Die Entdeckung von großen Mengen von Gas im östlichen Mittelmeerraum hat bei den Anrainern große Hoffnungen aufkommen lassen, erzeugt aber auch Spannungen in einer ohnehin explosiven Region. Auch wenn es noch Fragen hinsichtlich des wahren Ausmaßes der Funde gibt, führten die bisherigen Erkenntnisse bereits zu Streitigkeiten über die Rechte und Seegrenzen zwischen den Ländern der Region. Betroffen sind Zypern, Ägypten, Israel und der Libanon. Nur die Türkei, der größte Staat im östlichen Mittelmeerraum, scheint leer auszugehen. Das veranlasst sie dazu sich in Gasangelegenheiten Zyperns einzumischen, als dessen Schutzmacht sie sich versteht.

Nach einer Reihe von Enttäuschungen seit dem Start der Bohrarbeiten vor der Küste Zyperns im Jahr 2011 gaben die französische Gruppe Total und die italienische Gruppe Eni in diesem Monat die Entdeckung wichtiger Reserven im Südwesten vor der Insel bekannt. Als ein paar Tage später ein Eni-Schiff auf einen anderen Offshore-Block zusteuerte, weiter östlich – nahe dem Teil der Insel, der von der türkischen Armee besetzt ist –, um mit der Erkundungsarbeit zu beginnen, wurde es von der türkischen Flotte mit der Begründung blockiert, dass in diesem Bereich Militärmanöver stattfinden würden. Einen Tag später blockierten fünf türkische Kriegsschiffe erneut das Schiff und drohten nach Angaben der zyprischen Behörden mit einer militärischen Aktion. Es war die erste direkte militärische Konfrontation seit der Besetzung des Nordteils der Insel durch die türkische Armee im Jahre 1974.

Dabei waren vor einigen Monaten beide Inselhälften bereits einig, einen weiteren Versuch zur Wiedervereinigung zu machen. Neben der Expansionspolitik des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan gilt die Entdekkung der Gasreserven als das Haupthindernis für die Wiederaufnahme der Gespräche zwischen den beiden Teilen der Insel. Ankara fordert die Aussetzung aller Erkundungen, bis eine Lösung für die Insel gefunden ist. Nicosia hat eine EU-Mediation gefordert, mit der Begründung, die Türkei habe „gegen das Völkerrecht verstoßen", und macht die Wiederaufnahme von Wiedervereinigungsgesprächen von einer Entschärfung der Situation abhängig.

Auch mit Ägypten, das die größten Gasreserven der Welt besitzt, hat Ankara Probleme, weil das arabische Land ein langfristiges Seeverkehrsabkommen mit Zypern geschlossen hat, ohne die Türkei zu konsultieren. Erdogan ist auf Ägypten nicht gut zu sprechen, weil Präsident Abd al-Fattah as-Sisi die ihm politisch nahestehenden Muslimbrüder entmachtet hat.

Weiter östlich hat Israel, das in den letzten Jahren bedeutende Gasreserven entdeckt hat, am 19. Februar einen als historisch gefeierten Vertrag über die Lieferung von Erdgas mit Ägypten abgeschlossen. Ägypten hatte als erstes arabisches Land mit Israel 1979 einen Friedensvertrag geschlossen. Die Unterzeichnung eines ersten libanesischen Offshore-Explorationsvertrags mit einem Konsortium französischer, italienischer und russischer Firmen hat Israel vereitelt. Das Abkommen betrifft zwei Meeresblöcke, von denen einer in einer zwischen Israel und dem Libanon umstrittenen Meereszone liegt. Die südlibanesische Hisbollah, die 2006 letztmals Krieg gegen Israel führte und über Raketen verfügt, welche die israelische Offshore-Infrastruktur erreichen können, erklärte, sie sei bereit, den libanesischen Staat zu verteidigen, um den sogenannten Gaskrieg zu gewinnen. *Bodo Bost*

Umkehr unmöglich

Abbruch von »Stuttgart 21« wäre fast so teuer wie der Weiterbau

Auch nach der Erhöhung des Finanzierungsrahmens für das Bahnprojekt „Stuttgart 21" auf 8,2 Milliarden Euro ist nach Aussage der Bundesregierung die Fortführung des Projekts vor dem Hintergrund des bereits erreichten Projektfortschritts wirtschaftlicher als ein Abbruch. Das geht aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hervor. Darin heißt es, nach Aussage der Deutschen Bahn AG (DB) seien die Projekte „Stuttgart 21" und „Neubaustrecke Wendlingen – Ulm" von Projektbeginn an einer gesamthaften wirtschaftlichen Betrachtung unterzogen worden, da sich die Projekte gegenseitig bedingen würden. Dies gelte auch für das Szenario eines Projektabbruches. In diesem Fall würden Kosten in Höhe von mindestens 7,02 Milliarden Euro anfallen. Darin seien notwendige Ersatzinvestitionen für eine Ertüchtigung der Anlagen zur Sicherung des Weiterbetriebes „nicht berücksichtigt".

Bei einer Einzelbetrachtung von „Stuttgart 21" würden die Kosten nach der Abbruchkostenermittlung der DB 4,81 Milliarden Euro betragen, zuzüglich der Ersatzinvestitionen in Höhe von 1,46 Milliarden Euro und zuzüglich der Zusatzkosten für einen alternativen Anschluss der Neubaustrecke Wendlingen–Ulm. Zu den Ausstiegskosten seien des Weiteren die bisher eingesetzten Mittel hinzuzurechnen. Aus Sicht der von der DB beauftragten Gutachter stellten diese Angaben eine absolute Untergrenze dar. Für eine genaue Kostenermittlung der Ausstiegskosten für „Stuttgart 21" müssten laut Regierungsangaben zunächst entsprechende Planungen, beispielsweise für einen qualifizierten Ausstieg und für einen alternativen Anschluss der „Neubaustrekke Wendlingen–Ulm", erfolgen. Jedoch sei bereits nach überschlägiger Einzelbetrachtung des Ausstiegs „die Fortführung des Projekts wirtschaftlicher als ein Abbruch".

Auf das von Projektgegnern in Auftrag gegebene Gutachten des Münchner Beratungsunternehmens Vieregg-Rössler GmbH, in dem nach Angaben der Grünen die Ausstiegskosten deutlich geringer angesetzt werden als die Kosten für einen Weiterbau, geht die Bundesregierung in der Antwort nicht ein. „Die Bundesregierung nimmt nicht zu Gutachten Dritter Stellung", heißt es weiter.

Als Gründe für den Anstieg der Kostenprognose führt die Regierung unter Bezugnahme auf Angaben der DB neben den Baupreissteigerungen, den deutlich aufwendigeren Verfahren beim Tunnelbau im Anhydrit und der späteren Inbetriebnahme im Jahr 2025 auch „umfangreiche Genehmigungsverfahren" an. Für das Projekt seien unterschiedliche behördliche Genehmigungen im Rahmen von Planfeststellungsverfahren wie auch in nachlaufenden eigenständigen Genehmigungsverfahren einzuholen.

Im Zusammenhang mit Planfeststellungen seien umfangreiche Prüfungen und Stellungnahmen erforderlich. Technische Genehmigungen würden im Rahmen von eigenständigen technischen und sicherheitsbehördlichen Genehmigungsverfahren erteilt. Ebenso seien bodenschutzrechtliche und entsorgungsrechtliche Genehmigungen und Nachweise einzuholen. „Die vielfältigen Veränderungen der Normen und Vorschriften etwa bei Brandschutz, Entrauchung, Entfluchtung, Lärmschutz im Laufe der Planungszeit haben zudem zu erheblichen Umplanungen und Verzögerungen und somit auch zu Mehrkosten geführt", heißt es in der Antwort weiter. *hib*

Nicht privilegiert

Von Bodo Bost

Als der Journalist Deniz Yücel oder der Menschrechtsaktivist Peter Steudtner letztes Jahr in Istanbul verhaftet wurden, unternahm die Bundesregierung innerhalb von 24 Stunden alles, um ihre Freilassung zu erreichen. Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach von einer „Trübung der Beziehung“. Außenminister Sigmar Gabriel ließ den türkischen Botschafter in Berlin einbestellen, um ihm „klare Worte“ mitzuteilen. Als Gabriel von der Verhaftung des Pilgers David Britsch erfuhr, war er im Urlaub, an eine Unterbrechung, wie im Falle Steudtners, dachte er nicht. Selbst in den Gefängnissen Recep Tayyip Erdogans sind nicht alle Bundesbürger gleich.

Für einen „Menschenrechtsaktivisten“ wird die Kanzlerin einbezogen und der Botschafter einbestellt. Und der Bundesaußenminister unterbricht als „Zeichen“ für den Ernst der Lage sogar seinen Urlaub. All das geschah nicht nach der ohne Begründung vorgenommenen Inhaftierung eines unbescholtenen christlichen deutschen Bürgers auf Pilgerreise nach Jerusalem. Britsch war nur einer von angeblich 54 in der Türkei festgehaltenen deutschen Bürgern. Konsularschutz sollte für alle Deutschen im Ausland gelten, nicht nur für „Aktivisten“ oder Journalisten, mit denen man vielleicht im Wahlkampf punkten kann.

Der in Schwerin aufgebrochene Jerusalem-Pilger gehörte zu den zwölf in der Türkei aus politischen oder religiösen Gründen verhafteten Deutschen, die dort als Geiseln festgehalten wurden für die von Präsident Erdogan geforderte Auslieferung türkischer Staatsangehöriger in Deutschland, die er mit dem gescheiterten Putsch von 2016 in Verbindung bringt. Anders jedoch als die zumeist türkischstämmigen Journalisten oder politischen Aktivisten, für die sich die Bundesregierung intensiv und oft auch medienwirksam eingesetzt hat, war über das Schicksal von Britsch kaum etwas bekannt. Auch die Bundesregierung hat sich erst sehr spät für ihn eingesetzt, obwohl er die Landessprache nicht spricht.

Der 55-jährige Pilger war im April in der osttürkischen Stadt Antakya, dem biblischen Antiochia, festgenommen worden und in Abschiebehaft gekommen. Strafrechtliche Vorwürfe gegen ihn wurden nie erhoben. Britsch wollte von seiner Heimatstadt Schwerin zu Fuß, in Tagesmärschen von 40 Kilometern, bis nach Jerusalem pilgern. Für den Pädagogen war das neben einem persönlichen „Gebet mit den Füßen“ auch ein „gelebtes Projekt des Friedens und der Völkerverständigung“. Ganz bewusst wollte der Christ auf die Hilfsbereitschaft seiner Mitmenschen in der Fremde vertrauen. Im November 2016 war er aufgebrochen, Breslau und Auschwitz waren einige seiner ersten Stationen, weil seine Mutter aus einer jüdischen Familie in Breslau stammte. Von dort ging es über den Balkan in die Türkei. Anfang Februar hatte er die Türkei erreicht und sich weiter in Richtung Syrien aufgemacht. Kurz vor der Grenze sei er mehrfach kontrolliert und schließlich festgenommen worden. Statt nach Jerusalem zu kommen, saß er im Abschiebegefängnis in Askale, einem Ort in der türkischen Provinz Erzurum.

Britsch besaß nur einen deutschen Pass. Er war kein Doppelstaatler und auch nicht politisch aktiv. Die Botschaft zögerte bis zum Juli, bevor sie jemanden zu Britsch schickte.

Prüfstein für die Abgeordneten

Von Hermann Paul Winter

Bei der Kanzlerwahl hatten die Abgeordneten aller Parteien Gelegenheit zu zeigen, ob sie für Recht und Gesetz einstehen oder ob sie einer Kanzlerin ihre Stimme geben wollen, die sich nicht nur in der Europa- und der Asylpolitik arrogant und selbstherrlich über Recht und Gesetz hinweggesetzt, sondern unserem Land rundum eine verheerende politische Bilanz beschert hat. Die Kanzlerwahl wurde für die Abgeordneten des Bundestages zum Prüfstein für ihre Fähigkeit und Bereitschaft, ihrem Gewissen zu folgen. Im Volk hat die Große Koalition laut Umfragen längst keine Mehrheit mehr. Und im Parlament hätten nur 44 Abgeordnete der Groko ihrem Gewissen folgen müssen, um die Ära Merkel zu beenden.

Zur Erinnerung: Obwohl im EU-Vertragsrecht festgelegt war, dass kein Land für die Schulden eines anderen Mitgliedsstaates würde haften müssen, stimmte die Kanzlerin in EU-Verhandlungen zum Europäischen Stabilitätsmechanismus eigenmächtig einer Umwandlung der Währungsunion in eine Haftungsunion zu, ohne hierüber im Bundestag abstimmen zu lassen.

Mit ihren Rechtsbrüchen und Alleingängen in der Asylpolitik hat Angela Merkel Deutschland immensen und irreparablen Schaden zugefügt. Selbst der wissenschaftliche Dienst des Bundestages sieht in ihrer radikalen Grenzöffnung von 2015 einen Rechtsverstoß. Hochrangige Verfassungsrechtler haben diese Einschätzung bestätigt: Hans-Jürgen Papier, der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, kritisierte die eigenmächtigen Entscheidungen der Kanzlerin ebenso wie der frühere Verfassungsrichter Udo di Fabio und der Rechtswissenschaftler Ulrich Battis von der Berliner Humboldt-Universität.

Abgesehen von ihren anmaßenden Entscheidungen liest sich die gesamte Bilanz der Amtszeit Merkels wie ein Horrorszenario. Sie trägt die Verantwortung für drei Legislaturperioden, in denen falsch gemacht wurde, was auch nur falsch gemacht werden konnte. Seit ihrem Amtsantritt 2005 ist das Rentenniveau in Deutschland gravierend gesunken. Die Alters- und Kinderarmut ist drastisch gestiegen. Der Anteil von Teilzeit- und Leiharbeit sowie Minijobs liegt inzwischen bei fast 40 Prozent. Die Kriminalität von ausländischen Tatverdächtigen hat eine Steigerung um 44 Prozent erfahren. Die Rüstungsexporte haben um 63 Prozent zugelegt, die Bundeswehr ist kaum mehr wehrfähig. Die Staatsschulden sind um 29 Milliarden Euro gewachsen, die Meinungsfreiheit wurde durch das Maas'sche Zensurgesetz, das selbst die UN-Menschenrechtsorganisation kritisiert, massiv eingeschränkt. Merkel hat das Land gespalten und die innere Sicherheit schwerwiegend beschädigt.

Jegliches Schuldbewusstsein, Verantwortungsempfinden oder wenigstens ein Gespür dafür, dass angesichts dieses Desasters ein Rücktritt geboten wäre, sucht man bei Merkel vergeblich.



Die Kanzlerwahl wurde für ihn zum Prüfstein für seine Fähigkeit und Bereitschaft, seinem Gewissen zu folgen: Der 19. Deutsche Bundestag

Bild: Imago

Gegenwind



Ein Bild von bestürzender Aktualität

Von Florian Stumfall

Fremde Einflüsse bereichern eine Kultur, diese allgemeine Annahme bildet Grundlage und Rechtfertigung aller multikulturellen Träumereien. Die Aussage ist nicht in ihrer Gänze falsch, sondern nur in ihrer apodiktischen Form. Es kommt, wie so oft, auf Maß und Mitte an, wie ein Beispiel aus dem kulinarisch-physikalischen Bereich illustriert.

Es geht um Emulsionen. Bei einer Emulsion wird das Unmögliche möglich gemacht und ein wässriges Medium, das Ei, mit einem fetten, dem Öl, dauerhaft vermischt. Unabhängig davon, wie das im Einzelnen vonstattengehen kann, weiß jeder Kochlehrling: Schüttet er beim Rühren zu schnell zu viel Öl ins Gemisch, so fällt dieses auseinander. Ebenso verhält es sich mit Gesellschaften, die einem Ausmaß an fremden Einflüssen ausgesetzt sind, das sie nicht mehr aufnehmen können.

Dieses Bild ist von bestürzender Aktualität. Dabei ist es nicht einmal nötig, die äußersten Fehlentwicklungen zu betrachten, wie etwa die Machtübernahme durch arabische Sippen in Teilen europäischer Großstädte, die damit verbundene Einrichtung einer islamischen Gerichtsbarkeit, welche die offizielle ersetzt, und den Umstand, dass allzu oft die Polizei nicht mehr einzuschreiten wagt.

Denn bereits die allgemeinste, scheinbar harmloseste Form des unkontrollierten kulturellen Einflusses, das Verbot von Schweinefleisch in Kindergärten und Schulen, das Abhängen von Kreuzen in öffentlichen Räumen oder Mohammedanerinnen, die voll bekleidet in öffentliche Bäder steigen, weisen auf das Problem hin, gewaltlos, aber nicht schmerzfrei.

Dabei ist erheblich, dass sich Schwierigkeiten der angedeuteten Art ausschließlich bei Mohammedanern ergeben. Kein Hindu, kein Shintoist oder Buddhist ist je in vergleichbarer Form aufgefallen. Es tut also not, den mohammedanischen Hintergrund ein wenig auszuleuchten. Hier stößt man sehr bald auf ein vielfach tradiertes Bild der Mohammedaner, nämlich dasjenige der Bringer von Licht und Geistigkeit. Wir rechnen mit arabischen Zahlen, das südspanische Granada hatte zu Zeiten der Kalifen bereits Kanalisierung und Straßenbeleuchtung, und am Hofe Kaiser Friedrichs II. zu Palermo wirkten arabische Gelehrte. Demgegenüber steht der kulturelle Einbruch der arabischen Welt im europäischen Mittelalter, und beide so gegensätzlichen Erscheinungen haben dieselbe Wurzel.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Als nämlich im 7. Jahrhundert die Araber aus ihrer sandigen Halbinsel aufbrachen, um die Welt dem Propheten dienstbar zu machen, war ihre kulturelle Entwicklung nicht weit gediehen, alles was in dieser Weltregion bis dahin an bemerkenswerten Hervorbringungen festzustellen ist, war vorislamischen Ursprungs. Nun eroberten aber die Jünger des Propheten zwei Mächte, die als die kulturell reichsten der damaligen Welt gelten durften: Persien, das teilhatte am üppigen geistigen Erbe Indiens, und Byzanz, den Wahrer der Antike.

Und so erweisen sich die muslimischen, arabischen Eroberer Spaniens – die beiden Eigenschaften sind säuberlich nicht mehr zu trennen – nicht als die Schöpfer, sondern lediglich als die Überbringer der zivilisatorischen Segnungen wie Kanal und Straßenlaterne, die sie selbst in Konstantinopel kennengelernt hatten. Die Zahlen, nach ihnen benannt, stammen aus Indien. Und die Gelehrten am Palermer Hofe waren, wie auch Avicenna und Averroes, sicher die größten Geister des Islam, im eigenen, arabisch-mohammedanischen Kulturkreis verfemt, aber anerkannt bis heute nur in der christlichen Welt.

Und der kulturelle Kollaps im Mittelalter? Sehr einfach. Als die Krieger Allahs Persien und das Oströmische Reich erobert und islamisiert hatten, waren damit zugleich diese geistigen Quellen verschüttet. Die arabische Welt lebte noch einige Zeit aus dem großen Erbe, bis sie sich auf die ursprünglichen Gegebenheiten ihrer sandigen Halbinsel zurückzog.

Dieser Rückblick erlaubt eine Prognose in die mögliche Zukunft. Die Vorhersage darf gewagt werden, dass, unterstellt, die Islamisierung Europas, und im besonderen Deutschlands, schritte fort bis zu ihrer Vollendung, diese westliche Welt noch eine Zeit aus dem hart erarbeiteten Erbe leben könnte, dann aber, vielleicht langsam, aber sicher unerbittlich auf die Stufe zunächst eines Schwellenlandes und endlich eines Staates der Dritten Welt zurückfiele.

Neben dem historischen Rückblick stützen ein paar neuere Zahlen diese Vermutung. Betrachtet man die weltweiten Patent-Anmeldungen des Jahres 2015, so ergibt sich ein aussagekräftiges Bild. Der Vergleich zwischen den Ländern wird mit einem Quotienten angegeben, der sich aus der Bevölkerungszahl und der Menge der Patente ergibt – je höher diese Kennzahl, umso günstiger. Um Verzerrungen zu vermeiden, sind hier nur Mittelwerte aufgeführt. So ist die Kennzahl Islands 257, Belgiens 265, Italiens 201 oder der Niederlande, die damit etwas über dem Durchschnitt liegen, 549. Soweit Daten aus Europa. In der mohammedanischen Welt ergeben sich folgende Werte, wieder Beispiele mit repräsentativem Charakter: Ägypten 8, Algerien 2, Katar und Indonesien 4, und der Irak 9. Lediglich der Iran sticht mit 175 hervor.

Dieser derartig signifikante Unterschied verlangt nach einer Erklärung. Eine verbietet sich grundsätzlich, nämlich die Annahme, es spielten sich hier verschieden kräftige geistige Ressourcen wider. Das wäre rassistisch und daher fällt diese Möglichkeit unter den Tisch. Die zweite Annahme liegt darin, dass hier verschiedene geistige Milieus wirksam sind: das eine, das europäisch-christliche, wäre also der Entfaltung des menschlichen Geistes günstiger, das andere, mohammedanische, weitaus weniger. Der verschiedene Entwicklungsstand der jeweiligen Länder spielt keine Rolle, denn er ist die Folge des Phänomens, nicht die Ursache. Und wie das Beispiel Katar zeigt, das durch die ganzen Golfstaaten ergänzt werden könnte, liegt es auch nicht am Geld.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Wer nun in Europa der Vermischung der Kulturen das Wort redet, sollte auch bedenken, dass es dabei mit zwei oder drei türkisch-arabischen Straßenzügen in den Großstädten, den dazu gehörigen Dönerbuden und einem allfälligen Ehrenmord nicht getan ist. Denn das Entscheidende ist die Denkweise, die mit einer fremden Kultur übernommen wird. Die Grundfrage ist daher nach wie vor: Wie weit soll die Islamisierung gehen?

Diese Frage haben jedenfalls die Jünger des Propheten für sich bereits entschieden. Da es ihr religiöser Auftrag ist, die ganze Welt für Allah zu unterwerfen, kann das Ziel nur die völlige Islamisierung Europas sein. Auf weite Gebiete erheben sie ohnehin historischen Anspruch: Das reicht vom Osten bis Wien und vom Westen bis zu den Pyrenäen. Überall dort haben die Krieger Mohammeds bereits gestanden, und daher seien diese Länder islamisch auf ewig.

Aus dieser Sicht sind auch die Möglichkeiten einer Integration zu betrachten. Sie tendieren gegen Null. Denn der fromme Moslem empfindet sich in Europa als eine Vorhut der Eroberung, sei es durch die kriminellen Clans oder die hohen Kinderraten. Aus ihrer Sicht lohnt es sich zeitlich gar nicht mehr, die westlichen Sitten anzunehmen oder auch nur zu dulden, die abzuschaffen sie nach Europa gekommen sind.

Bestätigt werden sie in diesem Denken durch alle weltfernen, selbstgefälligen grünen oder sonst bunten Illusionen der einheimischen Gutmenschen, denen der islamische Zuzug nicht schnell genug gehen kann. Was die Entwicklung endgültig beschleunigt, sind gewisse Vertreter der Kirchen, die ins selbe Horn stoßen, vor leeren Bänken.

Florian Stumfall

Hübsch hässlich

Steingewordene Brutalität – Frankfurter Architekturmuseum stellt die schrägsten Betonsünden vor

Hässlicher geht es kaum. Oder haben Betonmonster doch ihre schönen Seiten? Eine Ausstellung im Deutschen Architekturmuseum Frankfurt beleuchtet eine umstrittene Architekturmode.

Man kennt sie aus dem Straßenbild: Die grauen Riesen einer klotzigen, überwiegend schäbig gealterten Betonarchitektur, die in den 1950er bis 1970er Jahren in den Städten aus dem Boden schossen, bevorzugt als Rathäuser, Parkhäuser, Ämter, Bibliotheken, Universitäten, Theater und als Kirchen im „konsumkritischen“ Bunkerstil, weniger häufig auch als Wohnhäuser.

Dass diese Kolosse mit dem Charme von Getreidesilos den Bürgern mehrheitlich nicht gefielen, konnte weder ihre Entwerfer beeindrucken noch ihre Produktion bremsen. Zu verführerisch lockte eine neue „brutalistische“ Rhetorik mit ihrer Betonung des rohen Materials und der „exhibitionistischen Inszenierung“ unverkleideter Konstruktionslösung, so der Architekturhistoriker Wolfgang Pehnt.

Dabei gebärdete sich die neue Ehrlichkeit ebenso radikal sozial wie fortschrittlich, und sie distanzierte sich von einem als allzu diszipliniert und rational empfundenen internationalen Stil. Und das Publikum? Es resignierte und fand sich ab mit diesem vermeintlich alternativlosen Grobianismus ebenso wie mit der Tatsache, dass seine Sehnsucht nach Gefälligkeit und Geborgenheit als mangelnde Kennerschaft abgetan wurde.

Stattdessen verbuchte man die ungeliebten Betonmonster in Buchtiteln galgenhumoristisch als „ArchiFlop“ (Alessandro Biamonti) oder als „Kunst der Bausünde“ (Turit Fröbe) und war nach einem halben Jahrhundert Leidenszeit entschlossen, diese intellektuelle Architektenarchitektur im unaufhaltsamen Fortgang der Baugeschichte und befördert vom schwächelnden Wunderwerkstoff Beton, sich selbsttätig erledigen zu lassen, als sich erneut Experten zu Wort meldeten und einen Notruf absetzen.

„SOS Brutalismus – Rettet die Betonmonster!“, tönte ein Aufruf, der die bedrohte Art brutalistischer Architektur nun systematisch sichten, rehabilitieren und die „Betonperlen“ vor dem Abriss sichern will. In der gleichnamigen Ausstellung, die der Architekturkritiker Oliver Elser kuratierte, sind im Deutschen Architekturmuseum Frankfurt nun die Ergebnisse dieser Recherche noch bis zum 2. April zu sehen.



Bild: Bruno Bellec 2008

Monsterkirche: Sainte-Bernadette du Banlay von Parent und Virilio in Nevers, Frankreich

Um es vorweg zu sagen, die Ausstellung ist sehenswert. Zwar spricht sie sicher nicht das letzte Wort. Doch verdient bereits die Fülle des Materials und die dafür geleistete Sisyphos-Arbeit der weltweiten Sichtung Respekt. Präsentiert wird der Betonbrutalismus im Museum durch große Wellpappe-Modelle, angefertigt von Studenten der TU Kaiserslautern. Sie werden ergänzt durch großformatige Schwarz-Weiß-Fotos der realen Gebäude. Dabei werden alle Entwürfe zwölf architektonischen Kulturgroßräumen zugeordnet, von Europa über Asien bis Afrika und Amerika. Atemberaubend skulptural – obgleich wenig typisch – präsentieren sich hier vor allem die Miniatur-Betonabgüsse früher ikonischer Bauten, die an expressionistische Plastik denken lassen.

Vorausgegangen ist der Ausstellung 2012 ein internationales Symposium in Berlin, das vom Karlsruher Institut für Technologie (KIT) ausgerichtet wurde und das den Brutalismus zunächst architekturtheoretisch zu Leibe rückte. Ein Verzeichnis mit den Symposiumsbeiträgen ist dem Ausstellungskatalog beigegeben. Wie schon das Symposium entstand auch die Ausstellung in Zusammenarbeit mit der Wüstenrot-Stiftung und beleuchtet ein brisantes Kapitel Baugeschichte, dessen Sichtung überfällig war, in der Annäherung jedoch überraschend wohlwollend ausfällt: Zum einen erscheinen die brutalistischen Bauten allzu fotogen inszeniert, indem sie fotografiert wie grandiose Großplastiken oder Bühnenrequisiten erscheinen. Dabei gerät die oft erbärmliche und menschenfeindliche Realität der durch Vergrauen und Zerbröseln entstellten Monumentalbauten aus dem Blick.

Ebenso werden die unter dem Begriff Brutalismus versammelten disparaten Stilrichtungen in der Ausstellung über das Material Beton hinaus nicht überzeugend zusammengebunden. Auch ein chronologischer Überblick mit Querverweisen auf parallele gesamtgesellschaftliche Entwicklungen wäre hilfreich gewesen – Stichwort „Entnormativierung“ der 1960er/70er Jahre –, und hätte die Einordnung erleichtert. Die Verschmelzung brutalistischer Bauweise, die schon bald zum Kostendämpfungsinstrument verkommt, mit einem lieblos interpretierten „Internationalen Stil“ wird nicht aufgegriffen.

Dabei förderte diese trostlose Stilmixtur die breite Ablehnung brutalistischer Architektur. Das gilt auch für die Nähe brutalistischer Bauweise zur Architektur von Atomkraftwerken, deren Bau ebenfalls in den 1960er Jahren begann und die dem rohen Beton von nun an die Ausstrahlung des Bedrohlichen und Menschenfeindlichen eingeschrieben hat.

Geradezu irreführend ist der verwendete Begriff „Bunkermentalität“ (Adrian von Buttlar), da es sich durchgängig um eine gewählte und gewollte Ästhetik handelt, wie bei der Kirche Sainte-Bernadette du Banlay von Claude Parent und Paul Virilio in Nevers, Frankreich, die sich darum entsprechender Kritik stellen sollte.

Dass die anfangs noch geforderte neue Ethik des Bauens auch Ziegel, Glas und Holz zum ehrlichen Einsatz bringen wollte, jedoch früh einer Alleinherrschaft des hässlichsten aller Werkstoffe weicht, wird im Vorwort des Katalogs zwar kurz benannt, jedoch nicht weiter verfolgt. Ansätze in dieser Richtung finden sich möglicherweise im 500 Seiten starken Katalog, in der Ausstellung fehlen sie. Ungeachtet dieser Lücken ist die Frankfurter Ausstellung zu empfehlen, schärft sie doch unseren Blick für eine wirkmächtige Architekturmode, die uns Architektur als steingewordenen Fortschritts- und Machbarkeitsoptimismus vor Augen stellt und uns dabei bis heute hautnah angeht. *Lars Keiser*

„SOS Brutalismus – Rettet die Betonmonster!“ im Deutschen Architekturmuseum Frankfurt am Main, Schaumainkai 43, bis 2. April. Geöffnet Dienstag sowie von Donnerstag bis Sonntag von 11 bis 18 Uhr, Mittwoch bis 20 Uhr. Eintritt: 9 Euro. Internet: www.dam-online.de

Hör-Entdeckung aus der Schweiz

Zum 30. Jahrestag bietet das Oster-Festival in der Schweizer Stadt Luzern während neun Tagen wieder viel sakrale und sinfonische Musik. Zur Eröffnung der vom 17. bis 25. März laufenden Festtage präsentiert die russische Sopranistin Julia Leschnewa, die auch zur „Resistenzkünstlerin“ des Festivals ernannt wurde, zusammen mit dem Ensemble La Voce Strumentale unter der Leitung von Dmitrij Sinkowskij in der Hofkirche Werke von Vivaldi und Pergolesi.

Ein Höhepunkt des Festivals bildet am 24. März Beethovens selten aufgeführte C-Dur-Messe mit dem alljährlich in Luzern residierenden Chor und Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks unter dem lettischen Dirigenten Mariss Jansons und den Sängern Julia Kleiter, Gerhild Romberger, Christian Elsner und Florian Boesch. In einer Koproduktion mit dem Luzerner Theater wird am selben Abend noch Schumanns Oratorium „Faust-Szenen“ zwischen dem Theater und der Jesuitenkirche als installatives Oratorium realisiert.

Mit dem Lucerne-Festival-Orchester hat dessen Chefdirigent Riccardo Chailly die Weltersteinspielung von Strawinskys erst 2015 wiederentdeckter Komposition „Chant Funèbre“ auf CD vorgenommen. Das 1908 uraufgeführte, zehnminütige Werk galt nach der Russischen Revolution als verschollen. Bei Renovierungsarbeiten am St. Petersburger Konservatorium wurde ein vollständiger Satz nicht-katalogisierter Orchesterstimmen in einem Hinterzimmer des Archivs entdeckt und identifiziert. Die nun rekonstruierte Fassung mit dem Festivalorchester ist ganz neu bei DECCA erschienen. Auf der CD sind außerdem Strawinskys „Le Sacre du Printemps“, das „Scherzo Fantastique“ op. 3 und „Feu d'artifice“ op. 4 zu hören.

Das vollständige Programm und Karten zum Oster-Festival gibt es unter anderem im Internet unter www.lucernefestival.ch *tws*

Bilder einer Aufführung

Kunsthaus Stade zeigt Werke des »Ballettmalers« Ernst Oppler

Karl Schwarz, einst Direktor des Jüdischen Museums in Berlin und später des Museums Tel Aviv, beschrieb den 1867 in Hannover geborenen Maler Ernst Oppler und seine Arbeiten so: „Er war Junggeselle, ein äußerst fein distinguierter Mensch mit den ausgesuchtesten Weltmanieren. Seine ganze Persönlichkeit und sein Heim strömten eine kultivierte Atmosphäre aus. Er hatte nichts von einem Künstler an sich, war vom Scheitel bis zur Sohle Gentleman, sprach eine gewählte Sprache und war ein geistreicher Plauderer. ... Seine hervorragendsten und ihm eigensten Leistungen sind ... die vielen Darstellungen des russischen Balletts. Den Rhythmus des Tanzes, das leichte Schwingen und den Wirbel der Ekstase, das flimmernde Farbenspiel und die visionären Massenszenen im Glanze des Rampenlichts hat er unnachahmlich wiedergegeben.“

Eine Illustration liefert Opplers „Selbstbildnis hinter der Staffelei“ im Wohnzimmer. Was seine Arbeiten betrifft, war Oppler allem Neuen gegenüber jedoch aufgeschlossen. 1886 wurde er Mitglied der Gruppe der 24 und der Münchner Secession, 1898 eines der Gründungsmitglieder der Berliner Secession und unter dem Einfluss Max Liebermanns ein namhafter Impressionist.

Als vor gut 100 Jahren das klassische Ballett in Deutschland vollkommen aus der Mode war, fand ein Gastspiel des Kaiserlich-Russischen Balletts mit Anna Pawlowa 1908 in Berlin kaum Beachtung. Nur die zufällig anwesende Schauspielerin Tilla Durieux war begeistert und bewirkte, dass die Tournee abgebrochen wurde, um sie im nächsten Jahr gut vorbereitet zu wiederholen. Dazu gab es am 5. Mai 1909 eine exklusive Vorstellung für die Mitglieder der Berliner Secession, Schriftsteller, Kritiker, Journalisten und Schauspieler mit anschließendem Bankett im Hotel Esplanade. Tags darauf wurde die Kasse gestürmt und das Russische Ballett erlebte den Beginn einer Weltkarriere.



Bild: Deutsches Tanzarchiv, Köln

Opplers „Sterbender Schwan“ (1917): Anna Pawlowa

Einer seiner größten Fans wurde Oppler. Bis 1914 fing er – im Zuschauerraum sitzend und mit einem beleuchteten Zeichenstift in der Hand – in zahllosen Skizzen die Bewegungen auf der Bühne ein. Im Mittelpunkt stand Anna Pawlowa. Als die Primaballerina im Januar 1931 im Alter von 49 Jahren in Den Haag starb, veranstaltete die Berliner Staatsoper zusammen mit Berlins Prominenz am 31. März eine Gedächtnisfeier samt Ausstellung mit Werken des zwei Jahre zuvor verstorbenen Opplers. Wenig später sorgte die NS-Herrschaft dafür, dass Opplers Name und Werk von der Bühne verschwanden.

Erst die Dissertation des Kunsthistorikers Jochen Brun sorgte in den 1990er Jahren für die öffentliche Wiederentdeckung des „Tanzmalers“. Zu seinem 150. Geburtstag veranstaltete das Deutsche Tanzarchiv Köln im letzten Jahr die Ausstellung „Berliner Secession & Russisches Ballett“. Bis 1. Mai ist sie im Kunsthaus Stade zu sehen. *Helga Schnehagen*

Kunsthaus, Wasser West 7, 21682 Stade. Geöffnet: Dienstag, Donnerstag und Freitag 10 bis 17 Uhr, Mittwoch bis 19 Uhr, Sonnabend und Sonntag bis 18 Uhr. Eintritt: 8 Euro. www.museen-stade.de

Pinsel-Revoluzzer

Wilhelms II. »Rinnsteinkünstler« im Bröhan

Rau, ruppig und politisch unbequem: Die Berliner Kunst besaß schon zur Kaiserzeit Sprengkraft. Von Wilhelm II. mit dem Verdikt der „Rinnsteinkunst“ belegt, widmeten sich Künstler der Berliner Secession um 1900 erstmals dezidiert sozialen Themen. Sie begründeten eine spezifisch berlinische Tradition des sozialkritischen Realismus, die in der Kunst der Weimarer Republik ihre Fortsetzung fand.

Das Berliner Bröhan-Museum richtet vom 22. März an mit „Berliner Realismus – Von Käthe Kollwitz bis Otto Dix“ einen Ausstellungsblick auf diese besondere Form des künstlerischen Realismus und spannt dabei einen zeitlichen Bogen von den 1890er bis zu den 1930er Jahren.

Die prekären Lebens- und Wohnverhältnisse der durch die Industrialisierung stark angewachsenen Arbeiterschaft sind zentrale Themen bei Künstlern wie der Königsbergerin Käthe Kollwitz, dem Breslauer Hans Baluschek oder dem Berliner „Pinselheinrich“ Zille. Ihre Werke zeigen Armut, Hunger und soziales Elend in einer äußerlich glanzvollen Zeit. Ein drastischer Einschnitt ist der Erste Weltkrieg und die darauf folgende Revolution.

Die zweite Generation – darunter Otto Dix, George Grosz und Otto Nagel – ergreift nicht Partei für den „kleinen Mann“, sondern kritisiert mit zunehmend politischer Stoßrichtung die gesellschaftlichen Missstände der Weimarer Republik. Neue Techniken wie Collage und Fotomontage werden angewendet, um in Text und Bild vor politischen Entwicklungen zu warnen.

Die Ausstellung integriert auch fotografische Positionen und zeigt, wie es der ab 1926 aufkommenden Arbeiterfotografie gelingt, die Lebensumstände der unteren Gesellschaftsschichten aus einer selbst gewählten Perspektive zu dokumentieren. Die Solidarität der Künstler zeigt sich ganz konkret an Werken, die für die „Internationale Arbeiterhilfe“ entstanden. Als Beispiele des proletarischen Films werden „Mutter Krausens Fahrt ins Glück“ und „Kuhle Wampe oder: Wem gehört die Welt?“ zu sehen sein.

Die Schau versammelt fast 200 Gemälde, Grafiken und Fotografien, darunter zahlreiche nationale und internationale Leihgaben von bedeutenden Institutionen, Museen und privaten Sammlungen wie der Steinhardt Collection New York. Ab Herbst 2019 wird die Ausstellung vom Kölner Käthe-Kollwitz-Museum übernommen. *tws/PM*

Die Ausstellung läuft bis 17. Juni. Infos: www.broehan-museum.de

MELDUNGEN

Lenz-Lesung im St.-Pauli-Theater

Hamburg – Ein großes Aufgebot an bekannten Schauspielern bietet das St.-Pauli-Theater am 18. März für eine szenische Lesung aus Siegfried Lenz' Drama „Zeit der Schuldlosen“ auf. Peter Franke, Burghart Klaußner, Konstantin Graudus, Stefan Gwildis, August Zirner sowie sieben Weitere sind neben den Stimmen von Ulrich Tukur und Axel Milberg mit von der Partie, wenn im Stück unbescholtenen Bürgern der Name des Täters eines misslungenen Attentats auf den Gouverneur eines diktatorischen Regimes erpresst werden soll. Zunächst als Hörspiel verfasst, wurde dieses erste Theaterstück von Lenz 1961 im Deutschen Schauspielhaus Hamburg uraufgeführt. Infos im Internet: www.st-pauli-theater.de *tws*

Literaturpreis für Bärfuss

Lübeck – Der in Zürich lebende Schriftsteller Lukas Bärfuss erhält den von der VGH-Stiftung ausgelobten und mit 15 000 Euro dotierten Preis der LiteraTour Nord. Die LiteraTour Nord ist eine Lese-Tournee mit Wettbewerbscharakter, die von der VGH-Versicherung gefördert wird. *tws*

»Jeder, der vor uns wegrennt ...«

Auf der Jagd nach dem Feind beging die US Army vor 50 Jahren das Massaker von My Lai

Das Massaker von My Lai gilt als die schockierendste Einzelepisode des Vietnamkrieges. Das Kriegsverbrechen bewirkte einen drastischen Wandel der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten von Amerika zugunsten der Friedensbewegung. Seine Aufarbeitung durch die US-Militärjustiz geriet zur Farce.

Ende Januar 1968 erlebten die US-Truppen in Südvietnam eine böse Überraschung. Rund 80 000 reguläre Soldaten der Demokratischen Republik Vietnam und Guerilla-Kämpfer der Nationalen Befreiungsfront (FNL), von der US-Propaganda „Vietcong“ genannt, attackierten im Zuge ihrer Tet-Offensive (siehe *PAZ* 4/2018) über 100 strategische Ziele in Südvietnam einschließlich der Hauptstadt Saigon. Da die Offensive für die Angreifer äußerst verlustreich war, beschloss das US-amerikanische Oberkommando unter dem Viersternegeneral William Westmoreland, „den maximalen Vorteil aus der gegenwärtigen Situation zu ziehen und den Feind unnachgiebig unter Druck zu setzen“. Dazu gehörte die Außerkraftsetzung der bisherigen Schutzbestimmungen zugunsten von südvietnamesischen Zivilisten. US-Offiziere konnten nun nach eigenem Gutdünken entscheiden, wann und mit welchen Mitteln sie Ortschaften in besonders stark umkämpften Regionen angriffen.

Ein solches Gebiet war die Provinz Quang Ngai, in der das 48. Bataillon der Befreiungsfront operierte und nach Meldungen des US-amerikanischen Militärgeheimdienstes im Raum um das Dorf Son My Unterschlupf gefunden hatte. Hier sollte eine Einsatzgruppe unter Oberstleutnant Frank Barker die Guerillas eliminieren. Zur sogenannten Task Force Barker gehörte auch die Kompanie Charlie des 1. Bataillons des 20. Infanterie-Regiments innerhalb der 11. Brigade der 23. Infanterie-Division der US-Armee, die unter dem Kommando von Generalmajor Samuel Koster stand. Diese Kompanie wiederum setzte sich aus drei Zügen zusammen, deren Führer die Leutnants William Calley, Stephen Brooks und Jeffrey Lacross waren. Am Tag vor dem Einsatz schwor Kompaniechef Hauptmann Ernest Medina seine Untergebenen auf ein gnadenloses Vorgehen in Son My ein. Auf Rückfragen, wer genau denn dort der Feind sei, antwortete er: „Jeder, der vor uns wegrennt, sich versteckt oder ein Feind zu sein scheint.“ Damit griff Medina die unmissverständlichen Anweisungen Barkers sowie des Kommandeurs der 11. Brigade, Oberst Oran Henderson, auf, aggressiv zu agieren, das heißt, auch alle vermutlichen Unterstützer der Befreiungsfront zu liquidieren. Und tatsächlich fielen Medinas Äußerungen bei den Männern der Charlie-Kompanie auf äußerst fruchtbaren Boden, schließlich hatte die Einheit seit ihrem Eintreffen in Vietnam drei Monate zuvor bereits über 40 Mann durch Landminen oder Sprengfallen der Befreiungsfront verloren. Das ist der Hintergrund von dem, was vor einem halben Jahrhundert geschah.

> »Es ist uns offensichtlich nicht gelungen, das zu lernen, was wir uns angemaßt haben, in Nürnberg zu lehren«



Aufnahme des US-Armeefotografen Ronald L. Haeberle vom 16. März 1968: Opfer des Massakers

Bild: pa

Kaum, dass Transporthubschrauber die Charlie-Kompanie am Morgen des 16. März 1968 unweit der zu Son My gehörenden Weiler Binh Tay und Xom Lang – auf US-Militärkarten fälschlich als „My Lai“ gekennzeichnet – abgesetzt hatten, begannen die GI des 1. Zuges unter Calley auf alles zu schießen, was ihnen vor die Gewehrläufe geriet. Hieraus entwickelte sich in kürzester Zeit ein Massaker an Frauen, Kindern und Greisen, an dem sich Angehörige aller drei Züge beteiligten, ohne dass ein Kämpfer der Befreiungsfront zu sehen gewesen wäre oder gar das Feuer eröffnet hätte. Deshalb wurde auch nur ein einziger GI während der Aktion verwundet. Der Obergefreite Herbert Carter schoss sich selbst in den Fuß.

Dahingegen kamen wohl über 500 südvietnamesische Zivilisten im Alter zwischen einem und 82 Jahren ums Leben, mitgerechnet diejenigen, die im benachbarten Weiler My Hoi – auf den US-Karten „My Khe“ genannt – den Tod fanden. Wahrscheinlich hätte es noch deutlich mehr Opfer gegeben, wenn nicht am späten Vormittag ein Hubschrauber des 123. Heeresflieger-Bataillons in der Szenerie erschienen wäre. Dessen Pilot, Warrant Officer (Fachdienstoffizier) Hugh Thompson, erkannte sofort, was sich hier abspielte und begann mit der Evakuierung der überlebenden Zivilisten. Dabei drohte er, seine Bordschützen, die Specialists (Stabsgefreiten) Glenn Andreotta und Lawrence Colburn, auf die Männer der Charlie-Kompanie feuern zu lassen, wenn diese ihr Tun fortsetzen oder die Rettungsmission behindern würden.

Heute steht fest, dass es zwischen 1967 und 1971 viele ganz ähnliche Massaker an unbeteiligten südvietnamesischen Zivilisten gegeben hat – mit möglicherweise Zehntausenden von Toten. Allerdings wurde kein anderes derart bekannt wie das von My Lai. Das lag zum einen an Augenzeugen wie Thompson, die Meldung erstatteten und darüber hinaus auch Politiker informierten, und zum anderen an den Veröffentlichungen des Enthüllungsjournalisten Seymour Hersh, die wie eine Bombe einschlugen – wonach das „Life-Magazine“ dann noch aufwühlende Fotos des Armeereporters Ronald Haeberle von der Tötungsaktion präsentierte.

Hierdurch konnte das US-Militär, das zunächst behauptet hatte, in My Lai seien lediglich 128 Kämpfer der Befreiungsfront eliminiert worden, die Angelegenheit nicht länger vertuschen. Deshalb musste es 26 Verfahren gegen Tatbeteiligte und die Befehlsgeber bis hinauf zu Generalmajor Koster eröffnen. Allerdings kam es am Ende nur zu 14 Anklagen und einer einzigen Verurteilung. Für den „vorsätzlichen Mord an 22 Menschen“ erhielt William Calley im März 1971 eine lebenslange Haftstrafe. Dieses Urteil wandelte Präsident Richard Nixon indes nur zwei Tage später in Hausarrest um – und im September 1974 verfügte der Heeresstaatssekretär der Vereinigten Staaten, Howard Callaway, dessen Umwandlung auf „Bewährung“.

Dass sämtliche Verfahren gegen einfache GI eingestellt worden waren, begründeten die Militärrichter mit dem Satz: „Ein Soldat sollte auch ungesetzlichen Befehlen eines Offiziers gehorchen, denn er ist ein blinder Vollstrecker der Anordnungen seines Vorgesetzten.“ Dies wiederum kommentierte der US-amerikanische Hauptankläger bei den Nachfolgeprozessen zum Nürnberger Prozess, Brigadegeneral Telford Taylor, mit den Worten: „Es ist uns offensichtlich nicht gelungen, das zu lernen, was wir uns angemaßt haben, in Nürnberg zu lehren.“

Wolfgang Kaufmann

Preußens erster Herzog

Hochmeister Albrecht wandelte den (katholischen) Deutschordensstaat in ein (lutherisches) profanes Fürstentum um

Im Deutschordensstaat wurde wie in Preußen das Leistungsprinzip verfolgt. Statt Protektion und Beziehungen sollte die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft über die Besetzung von Staatsämtern entscheiden. So versuchte der Deutsche Orden denn auch über Generationen, das Mitglied an die Spitze zu wählen, das sich bis dahin am besten im Dienst am Orden bewährt hatte.

Auf Anraten des Hochmeisters Johann von Tiefen kam man von diesem Prinzip jedoch ab. Der Ordensstaat sah sich nicht mehr in der Lage, alleine der polnisch-litauischen Union zu widerstehen, und wählte deshalb fortan Fürstensöhne zu Hochmeistern, in der Hoffnung, dass diese dann ihre verwandtschaftlichen Beziehungen zum Wohle des Ordensstaates spielen lassen würden.

Nach Tiefens Tod im Jahre 1497 war der Wettiner Friedrich von Sachsen der erste der nach diesem neuen Kriterium ausgewählten Hochmeister. Nach dessen Ableben 1510 folgte ihm der Hohenzoller Albrecht von Brandenburg-Ansbach. Väterlicherseits war Albrechts Großvater der Kurfürst von Brandenburg sowie Markgraf von Ansbach und Kulmbach Albrecht Achilles und mütterlicherseits der polnische König Kasimir II. Mit der Wahl Albrechts verband sich so die Hoffnung, Verbündete im Reich zu finden und Polen zu beschwichtigen.

Nachdem Albrecht noch im Todesjahr seines Vorgängers von den Gebietigern zum künftigen Hochmeister gewählt worden war, wurde er im Folgejahr in der Deutschordenspropstei Zschillen bei Chemnitz in den Orden aufgenommen, von den Ordensbevollmächtigten endgültig zum Hochmeister erkoren und mit dieser Würde bekleidet.



Bild: Tygodnik Ilustrowany, 1863

Albrecht von Preußen

Kaum im Amt, sah er sich mit der Forderung seines Onkels König Sigismund I. von Polen konfrontiert, ihm den Treueeid zu schwören. Der polnische König betrachtete sich aufgrund des Zweiten Thorner Friedens von 1466 als Lehnsherr des Ordensgebietes und meinte deshalb, auf diesen Treueeid Anspruch zu haben. Diesen Akt der Unterwerfung und der Anerkennung der Oberhoheit Polens versuchte jedoch der neue Hochmeister wie sein Vorgänger mit allen Mitteln zu vermeiden.

Dieser Machtkampf belastete die ohnehin angespannten Beziehungen zwischen dem Deutschordensstaat und der polnisch-litauischen Union und mündete schließlich 1519 in einen Krieg. In diesem sogenannten Reiterkrieg blieb ein kriegsentscheidendes Aufeinandertreffen der Streitmächte aus. Stattdessen konzentrierten sich die kriegführenden Parteien darauf, mit ihren Reitern im Herrschaftsgebiet des jeweils anderen zu rauben und zu brandschatzen.

1521 vermittelten der römisch-deutsche Kaiser Karl V. und König Ludwig II. von Böhmen und Ungarn aus dem polnischen Herrschergeschlecht der Jagiellonen in Thorn einen auf vier Jahre angesetzten Waffenstillstand. In dieser Zeit sollte ein Schiedsgericht unter der Leitung der beiden Monarchen die Streitfrage der Kriegskontrahenten zur Entscheidung bringen. Dies blieb ein frommer Wunsch.

Albrecht nutzte die Zeit, um im Reich Verbündete zu werben. Hierzu suchte er das Reichsregiment in Nürnberg auf. Während des Reichstages von 1522/23 besuchte er hier auch Predigten Andreas Osianders und kam mit dem Reformator in persönlichen Kontakt. Dem Mitstreiter Martin Luthers gelang es, den Hochmeister für die lutherische Lehre zu gewinnen. Der Deutschordensstaat war seit der Tannenbergschlacht von 1410 zusehends auf dem absteigenden Ast und die katholische Kirche in einer Krise. Als Albrecht eine Mahnung aus Rom erreichte, seinen Orden zu reformieren, suchte der Hochmeister Luther selbst in Wittenberg auf und bat ihn um Rat. Luther riet dann dem Hochmeister, den Ordensstaat in ein weltliches Fürstentum umzuwandeln.

Albrecht befolgte den Rat. Bevor 1525 der Waffenstillstand mit Polen ablief, schlug der Hochmeister dem polnischen König eine Paketlösung vor: Sigismunds Anerkennung der Umwandlung des Ordensstaates in ein erbliches Herzogtum mit Albrecht als Herzog gegen Albrechts Anerkennung der Lehensherrschaft Sigismunds. Die polnische Seite stimmte zu. 1525 schlossen die Kriegsparteien zu Krakau Frieden und besiegelten das Ende des Deutschordensstaates. Albrecht huldigte seinem Onkel und erhielt die Herzogswürde in Preußen verliehen.

Der Deutsche Orden und der Kaiser erkannten die Umwandlung nicht an, aber Albrecht sicherte abgesehen vom Einvernehmen mit dem übermächtigen polnischen Nachbarn die Aktion durch Bündnisse mit anderen protestantischen Herrschern geschickt ab. Zudem hatte die Reformation während seines Aufenthaltes im Reich auch im Deutschordensland viele Freunde und Anhänger gefunden.

> Vor 450 Jahren starb Albrecht auf der Burg Tapiau

Um Pfingsten kehrte Albrecht als Herzog in das Gebiet zurück, das er als Hochmeister verlassen hatte. In der Hauptstadt Königsberg nahm er vom versammelten Landtage in Gegenwart polnischer Botschafter die Huldigung entgegen. Jene wenigen Ordensritter, die den Wechsel nicht mitmachen beziehungsweise nachvollziehen wollten, wurden des Landes verwiesen. So wurde aus dem Deutschordensstaat das Herzogtum Preußen.

Beide unterschied von anderen Staaten, dass sie keine ethnisch homogene Bevölkerung als Staatsvolk hatten. Die fehlende gemeinsame ethnische Herkunft musste durch eine Staatsidee ersetzt werden. Das hatte den interessanten Vorteil, dass sowohl der Deutschordensstaat als auch das weltliche Preußen im Gegensatz zu klassischen Nationalstaaten kluge Köpfe auch außerhalb des Staatsgebietes zur Mitarbeit anregten. Der Deutschordensstaat bekam seine Funktionsträger vor allem in seiner Blütezeit aus dem gesamten Verbreitungsgebiet des Ordens, Preußen seine Reformer nach dem Tilsiter Frieden aus allen Teilen Deutschlands.

Was war nun diese anziehende Staatsidee beim Ordensstaat? Es war die Verbreitung des Christentums, ein wahrlich heiliger Staatszweck. Nun lautet ein deutsches Sprichwort, dass der Zweck die Mittel heilige. Nehmen wir das wörtlich, war also der Deutschordensstaat heilig. Könnte dann als Folge eines nachhängenden Bewusstseins nicht auch das von Albrecht geschaffene weltliche Nachfolgegebilde heilig erschienen sein? Und hätten wir damit schließlich eine Erklärung für die den Preußen so gerne nachgesagte Anbetung, Verherrlichung, Vergötzung und Vergötterung des Staates?

E.B.

Ein letztes großes Aufbäumen an der Westfront

Vor 100 Jahren versuchten die Deutschen, mit einer kriegsentscheidenden Großoffensive die drohende Niederlage abzuwenden

Vor einem Jahrhundert hatte sich den Mittelmächten ein Zeitfenster geöffnet. Dieses kleine Zeitfenster versuchte die Oberste Heeresleitung zu einer den Ersten Weltkrieg entscheidenden Frühjahrsoffensive im Westen zu nutzen.

Das Zeitfenster hatte sich aufgetan durch den Durchbruch am Isonzo, das „Wunder von Karfreit“, das zu einem Debakel von zwei italienischen Armeen und einer großen Entlastung an der Südwestfront geführt hatte, sowie durch die russische Oktoberrevolution, welche die Hoffnung auf einen Friedensschluss mit Russland nährte. Es drohte sich zu schließen, wenn der neue Kriegsgegner USA sein immenses Potenzial in die Waagschale werfen konnte und man selber die Ernährung der eigenen Bevölkerung und den Ersatz für die eigenen Streitkräfte nicht mehr geregelt bekam, was beides absehbar war. Groß war das Zeitfenster für die kriegsentscheidende Großoffensive also nicht.

Als Ansatzpunkt der Großoffensive wählte der Erste Generalquartiermeister, Erich Ludendorff, den schwachen Südflügel des britischen Frontabschnittes bei St. Quentin. Bei der Ausarbeitung des Operationsplanes kam es zu hartnäckigen Kontroversen. Waren die Franzosen oder Briten der Hauptgegner? Wie konnte man ihm eine vernichtende Niederlage bereiten? Sollte man mit einem einzigen Angriff die Entscheidung erzwingen oder ein System von „Teilschlägen“ anwenden? So bot sich ein Angriff in Flandern als erster Teilschlag an, dem der Angriff „Michael“ weiter südlich als „Fangstoß“ folgen mochte.

Ludendorff fasste am 21. Januar 1918 den Entschluss, die Operation „Michael“ als Hauptangriff zu führen. Er wollte die Schwäche des Gegners bei St. Quentin nutzen, die Briten von den Franzosen trennen und dann die vier britischen Armeen auf die Kanalhäfen werfen. Er unterstellte aber die starke 18. Armee nicht der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht, die den Angriff führen sollte, sondern der Nachbar-Heeresgruppe, ein Nachteil. Er hielt außerdem Reserven für eine spätere Offensive in Flandern zurück. Der strategische Sündenfall war aber die Weigerung des österreichischen Kaisers Karl I., keine Truppen für die Schlacht abzustellen. Da er in geheimen Sonderierungen mit Frankreich stand, wollte er keine Beteiligung, und Ludendorff fand sich schwer verärgert damit ab.

Insgesamt wurden 77 Divisionen aufgeboten, wobei aber die Reserven der Obersten Heeresleitung äußerst knapp bemessen waren: ein weiterer Fehler, da nach gelungenem Durchbruch der Angriff genährt werden musste, um die gegnerischen Reserven zu schlagen. Die drei aufmarschierten Armeen waren in einer neuen Angriffstaktik ausgebildet, doch es fehlte an Zugpferden und tauglichen Lastkraftwaren, womit die Beweglichkeit arg eingeschränkt war.

Der am 21. März schwungvoll, mit Siegeszuversicht und einer neuen Taktik begonnene Angriff „Michael“ brachte zunächst erstaunliche Erfolge. Bereits am ersten Tag wurden 21000 Gefangene gemacht, und man drang in drei Tagen bis zu 25 Kilometer vor, besonders auf dem Südflügel, wo die britische 5. Armee zerbrach. Doch obwohl der Operationsplan vorsah, die britische Front in Richtung Nordwesten aufzurollen, setzte Ludendorff der 18. Armee auf dem Südflügel, wo sich Lücken beim Gegner auftaten, weitere Ziele. Damit brachte er zwar die französische Front in schwere Bedrängnis, schaffte es aber nicht, in die Tiefe durchzubrechen. Dennoch hielt Feldmarschall Douglas Haig, der britische Oberbefehlshaber an der Westfront, die Lage für so dramatisch, dass er den Rückzug auf die Kanalhäfen ankündigte und an Friedensschluss dachte.



Unternehmen „Michael“, Kaiserschlacht oder Große Schlacht in Frankreich: Pioniere überbrücken einen Minentrichter im Kampfgelände zwischen St. Quentin und Ham

Bild: akg

Auf dem Höhepunkt der Krise am 26. März einigten sich die Westmächte auf einen gemeinsamen Oberbefehl unter Marschall Ferdinand Foch. Die exzentrisch geführte deutsche Offensive brachte zwar einen Raumgewinn von bis zu 60 Kilometern, doch Nachschub und Artillerie kamen nur schleppend voran, es fehlte an Munition, und die Fliegerangriffe der Alliierten taten das Ihre. Ihre Reserven konnten die Front festigen. Als am 4. April der letzte verzweifelte Sturmlauf 15 Kilometer vor Amiens scheiterte, stand Ludendorff vor einer viel schwierigeren Lage als vor Angriffsbeginn.

Er beschloss, den Angriff an anderer Stelle zu erneuern, da ein Übergang zur Defensive nicht in Frage kam. Nun sollte das Unternehmen „Georgette“ den Sieg an der britischen Front in Flandern erzwingen. Dazu musste man hastig umgruppieren und bereits geschwächte Truppen für den Angriff freimachen, da es zu wenige frische Reserven gab. Das Unternehmen, das am 9. April begann, fügte zwar den Briten sehr schwere Verluste zu, doch französische Verstärkungen verhinderten den Durchbruch. Auch die Erstürmung des heiß umkämpften Kemmelberges bei Ypern brachte nur einen Achtungserfolg.

Nun setzte Ludendorff auf einen Angriff gegen die Franzosen, obwohl bei vielen deutschen Truppenteilen die Kampfmoral bereits gesunken war. Er dachte, dadurch die Briten zu bewegen, Reserven aus Flandern abzuziehen, worauf dort der Schlussangriff stattfinden sollte. Die Offensive vom 27. Mai stieß aus dem Raum nordwestlich von Reims in Richtung Paris vor. Sie überraschte den Gegner, erreichte die Marne wie 1914, und man kam bis 60 Kilometer an die Vororte von Paris heran. Frankreich, England und Italien richteten einen dringenden Appell an US-Präsident Woodrow Wilson um Beschleunigung der Truppenhilfe. Der zeitweilige Beschuss von Paris durch deutsche Ferngeschütze verursachte zwar vorübergehend Panik, doch an der Front trat ein Gleichgewicht der Kräfte ein. Die Alliierten konnten ihre Verluste leichter ersetzen als die Deutschen.

Obwohl die Heeresleitung weitere Angriffe plante, wechselte die Initiative im Juli auf die Gegenseite. Erst in historischer Perspektive trat zutage, wie bedrohlich sich die Lage für die Alliierten gestaltet hatte und wie nahe die Deutschen dem Siege gewesen waren. Offenbar war es ein Fehler, nicht schon beim ersten Angriff im März alle Reserven, die man hätte freimachen können, aufzubieten. Die Ersatzlage, die sich laufend verschlechterte, drängte auf eine rasche Entscheidung, und jeder Zeitverzug nützte dem Gegner.

Es wäre aber unangebracht, Ludendorff zum Alleinschuldigen an dem Misserfolg zu machen. Die Spannungen im Bündnis mit Österreich-Ungarn erwiesen sich als fatal, und seine wichtigsten Berater erwiesen sich als uneins in Anlage und Durchführung der Schlacht. Schließlich bleibt offen, ob ein Sieg über das britische Heer die Alliierten überhaupt friedensbereit gemacht hätte. *Heinz Magenheimer*

Für die Porsches unter den Pferden

Auf dem Wiener Kongress erhielt Preußen Sachsens Hauptgestüt Graditz

Will ein Jüngling aus reichem Hause heutzutage eine holde Maid beeindrucken, fährt er nach Stuttgart-Zuffenhausen und kauft einen Porsche. Früher wäre er nach Graditz gefahren und hätte einen Vollblüter angeschafft. Wäre er dann mit dem bei der Dame seines Herzens vorgeritten, hätte sie gewusst, dass ihr Verehrer nicht nur Geld, sondern auch Geschmack und Mut hat.

Den braucht es nämlich, um sich auf einen Blüter – so heißen die vierbeinigen Schmuckstücke bei ihren Freunden – zu schwingen. Im Gegensatz zu allen anderen Pferderassen, bei denen Menschenfreundlichkeit ein Selektionsmerkmal der Zucht war, waren das Temperament und die Kooperationsbereitschaft bei den Englischen Vollblütern – so heißt die Rasse offiziell – kein Thema. Da galt „Hauptsache schnell“.

Die Entstehung der Rasse ist der Wettleidenschaft der Engländer und drei glücklichen Zufällen zu verdanken. Die Wettleidenschaft sorgte dafür, dass man in England schnelle Pferde züchten wollte; die drei Zufälle führten den Araberhengst Darley Arabian, den Berber Godolphin Barb und den turkmenischen Achal-Tekkiner Byerly Turk auf die Insel. Schon bald zeigte sich, dass die Nachkommen dieser Hengste alle anderen schlugen. Und so beschloss man, dass nur die Nachkommen dieser drei Tiere als „Englische Vollblüter“ gelten sollten. Das Zuchtbuch wurde geschlossen, und tatsächlich – seit 1793 wurden keine Pferde anderer Rasse mehr eingetragen und in der Zucht eingesetzt. Die Konzentration auf Reinzucht führte aber nicht nur dazu, dass die Englischen Vollblüter unglaublich schnell wurden, sondern gebar ganz nebenbei auch noch Eleganz und Härte.

Kommen wir nach dieser Vorrede nun zu Preußen und dem Hauptgestüt Graditz. Reitpferdezucht war im Hohenzollernstaat mit seiner großen Wertschätzung des Militärs ein großes Thema – schließlich musste man die Kavallerie beritten machen. Dafür standen die preußischen Haupt- und Landgestüte Trakehnen und Neustadt an der Dosse zur Verfügung. Bei der Neuordnung Europas nach den napoleonischen Kriegen auf dem Wiener Kongress von 1814/15 kam dann ein drittes Staatsgestüt dazu: Graditz bei Torgau.

Das war 1688 vom „Sächsischen Mars“ , Kurfürst Johann Georg III., gegründet und 1722 von dessen Sohn und mittelbarem Nachfolger August dem Starken prachtvoll – inklusive Schloss – umgebaut worden. 1815 musste es Sachsens erster König, Friedrich August I., der bis zuletzt zu Napoleon gehalten hatte, zusammen mit der späteren preußischen Provinz Sachsen an Preußen abtreten. Zunächst einmal passierte nach dem Besitzerwechsel nichts. Die Preußen brauchten das dritte Staatsgestüt nicht. Und so dümpelte Graditz im Schatten der beiden anderen dahin. Das änderte sich erst, als 1866 Georg Graf Lehndorff, erfolgreicher Rennreiter und Vollblutpferdezüchter, zum Leiter des Gestüts Graditz ernannt wurde. Ein Jahr später wurde er preußischer Oberlandesstallmeister und machte sich an die Neuordnung der Gestüte: Trakehnen blieb das Gestüt für elegante, aber harte Kavalleriepferde; Neustadt an der Dosse sollte einen etwas schwereren Typ züchten, der sowohl als Reit- wie auch als Wagenpferd dienen sollte; und Graditz wurde Vollblutgestüt.

> Kavalleriepferde aus Trakehnen, Reit- und Wagenpferde aus Neustadt an der Dosse sowie Vollblüter aus Graditz

Dahinter stand die Erkenntnis des gräflichen Pferdemannes, dass Englische Vollblüter als Rasse so homogen sind, dass sie ihre Eigenschaften – darunter die positiven wie unbedingter Leistungswille, Härte und Adel – auch dann weitervererbeiten, wenn sie auf einen Partner treffen, der nicht ihrer Rasse angehört. Damit sind sie die idealen Veredler für die Reitpferdezucht.

Wenn man nun bei der Partnerwahl für eine solche Kreuzung noch darauf achtet, dass der Warmblut-Partner „charakterfest“ ist, also ausgeglichen und ruhig, ist davon auszugehen, dass die Nervigkeit und das heftige Temperament des Blüters ausgeglichen werden.

Nun waren aber Vollblüter auch schon damals sehr teuer, und darum befand Lehndorff, dass sie ihr Geld doch selbst verdienen könnten. Er schickte die zweijährigen Pferde auf die Rennbahn – Leistungsprüfung und Werbung fürs Gestüt in einem. Tatsächlich waren die Jokkeys in der schwarz-weiß gestreiften Rennkleidung des Graditzer Gestüts durchaus erfolgreich.

Der ganz große Erfolg kam aber erst im Sommer 1913 unter Lehndorffs Nachfolger. Der kaufte in Irland den Vollbluthengst Dark Ronald – und zahlte dafür die schwindelerregende Summe von 25000 Pfund, was heute ungefähr 2,4 Millionen Euro entspräche. Der dunkelbraune Neu-Graditzer schlug ein wie eine Bombe. Seine Söhne und Enkel beherrschten zwischen den beiden Weltkriegen nicht nur die deutschen, sondern die Rennbahnen in ganz Europa. Dark Ronald war zwischen 1918 und 1922 fünfmal Champion der Vaterpferde in Deutschland. Seine Wirkung schlägt durch bis heute. Es gibt fast kein erfolgreiches in Deutschland gezüchtetes Rennpferd, das den Dark Ronald nicht mindestens einmal im Stammbaum hat.

Doch die Rennpferdezucht war in Graditz immer nur Mittel zum Zweck, nämlich der Veredelung in der Warmblut-Zucht. Dabei ist der Vollblut-Einsatz bei Reitpferden immer eine heikle Sache. Mancher Hengst, der auf der Rennbahn sehr erfolgreich war und sehr gute Vollblut-Fohlen macht, funktioniert nicht mit Warmblut-Stuten.

Bei Dark Ronald war das kein Problem. Dazu war er selbst ein gelassener, nervenstarker Hengst, und er gab das weiter. Seine Kinder waren gescheit und sensibel, aber nicht durchgeknallt und für Menschen immer gut zu handhaben. Dazu erbten sie seine Eleganz, sein Stehvermögen und sein Herz. Sie machten immer mit, sie konnten springen und hatten gute Gänge – genau das, was man von einem Halbblüter will. Und obwohl sie selbst Hybriden waren, was in der Zucht manchmal kritisch ist, vererbten sie sich gut – und das übrigens in hoher Zahl. Sie haben nämlich ihre Spuren nicht nur in der Trakehner-, sondern in der gesamten europäischen Sportpferdezucht hinterlassen. Dafür stehen zum Beispiel die Herren Cor de la Bryére und Furioso II, die Stammväter des Holsteiner Springerfolges und Gründerhengste sind. Noch heute ist kein internationales Springen ohne Nachfahren von ihnen denkbar. Mit diesen Pferden springt auch immer die DNA von Dark Ronald, der über seinen Vollblutsohn Son-in-law in beiden Stammbäumen vertreten ist.

Die Dark-Ronald-DNA wird in der europäischen Sportpferdezucht, aber auch in Dressurlinien erhalten bleiben. Eine davon ist die des „Wunderhengstes“ Totilas, der unter seinem Ausbilder Edward Gal bezaubert hat. In Totilas’ Stammbaum steht Dark Ronald sowohl auf der Mutter- wie auch auf der Vaterseite.

Eigentlich ist es erstaunlich, wie sehr Dark Ronald die europäische Sportpferdezucht beeinflusst hat, denn Graditz verlor zum Ende des Zweiten Weltkrieges praktisch seinen ganzen Pferdebestand. Die Russen schlugen zu und nahmen alles mit, was laufen konnte.

Zu DDR-Zeiten wurde in Graditz eher halbherzig weitergezüchtet. Man versuchte es immer noch mit Vollblütern, schickte die auch auf die Rennbahn, aber allzu viel Engagement stand im Arbeiter- und Bauernstaat nicht dahinter. Und so wurde nach der sogenannten Wende die Graditzer Vollblutzucht privatisiert und das Gestüt kam zum Bundesland Sachsen, wo es neben dem Landgestüt Moritzburg heute Hauptgestüt unter Verwaltung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft ist. *Sibylle Luise Binder*

Moment der Woche

Bild: Colourbox

Nein, ganz leicht ist die Beziehung zwischen Vater und Sohn nicht immer. Liebe ebenso wie Hass, Bewunderung oder Furcht können sie prägen. Dennoch ist sie unermesslich wichtig: Eine Studie der US-amerikanischen Michigan State University belegte jüngst, dass 85 Prozent aller Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten ohne Vater aufwuchsen. Noch schlimmer: 75 Prozent aller Mörder in den USA wurden ohne ihren Erzeuger groß. *FH*

Adolf Hitlers größte Fans ...

.... leben in Indien! Der dortige Kult um den »Führer« ist ebenso skurril wie grenzenlos naiv

Ein Politiker, der mit Vornamen „Adolf Hitler" heißt und damit keinerlei Probleme hat, eine Modeboutique „Hitler" mit Hakenkreuz als i-Punkt im Firmenlogo, eine Kneipe namens „Hitler's Cross", eine Liebesschnulze mit dem Titel „Hero Hitler in Love" (Der verliebte Held Hitler), Friseure, die ihren Kunden frohgemut den markanten Haarschnitt des „Führers" verpassen, Studenten, die auf die Frage nach der verehrungswürdigsten historischen Persönlichkeit mit „Hitler" antworten: Was hierzulande einen orkanartigen Sturm der Entrüstung auslösen würde, gehört in Indien zum normalen Alltag – und andere asiatische Länder ziehen nach.

Ebenso beliebt wie Hitler selbst ist in dem Land zwischen Indus und Ganges sein Werk „Mein Kampf". Das liegt in den Buchhandlungen gleich neben den Schriften des Nationalhelden Mahatma Gandhi und kletterte in der indischen Bestsellerliste von Amazon schon mal auf Platz 15. Statistiken zufolge gehen alleine in Delhi pro Monat 1000 Exemplare über den Ladentisch. Das wirft die Frage auf, wieso Adolf Hitler in Indien eine derartige Popularität genießt.

Hier empfiehlt sich als erstes der Rückblick auf die Geschichte des Subkontinents. Dieser stand bekanntlich bis 1947 unter der Fuchtel der Kolonialmacht Großbritannien. Und gegen genau die hatte Hitler Krieg geführt, was letztlich mit dazu beitrug, dass London Indien in die Unabhängigkeit entlassen musste.

Der zweite Grund für den Hitlerkult in Indien ist der Umstand, dass der „Führer" dort für ein ökonomisches Genie gehalten wird, welches seinem Land nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg und unter den misslichen Bedingungen des Versailler Vertrages aus der Misere herausgeholfen habe. Deshalb betrachten manche indische Wirtschaftsstudenten „Mein Kampf" sogar als Management-Lehrbuch, in dem sich jede Menge Lösungen dafür finden, wie man etwas, was völlig am Boden liegt, wieder auf Erfolgskurs zu bringen vermag.

Die Verbrechen der Nationalsozialisten sind kaum bekannt

Des Weiteren sind Inder von starken Führungspersönlichkeiten fasziniert und sehen in Hitler einen unbestechlichen Staatsmann, der das Heft stets fest in der Hand hielt und seinem Volk zudem auch noch die Selbstachtung zurückgab – also quasi die Qualitäten eines „Gurus" mitbrachte. Gerade unter den Bedingungen des heutigen Indien, in dem schwache und korrupte Politiker hohe und höchste Ämter bekleiden, macht ihn das zum Vorbild: Durchgreifen zu können „wie Hitler" gerät zum Qualitätssiegel für Menschen, die Verantwortung in der Republik Indien tragen.

Zum Vierten wiederum bewundern viele Inder Hitlers vermeintliche militärische Fähigkeiten: Er habe es immerhin mit Großbritannien, Russland und Amerika gleichzeitig aufgenommen und dabei bemerkenswerte Erfolge erzielt.

An der Begeisterung für den „Führer" des Großdeutschen Reiches ändern auch die Verbrechen der Nationalsozialisten nichts. Denn davon weiß man in Indien kaum etwas. So kommen Themen wie die Judenverfolgung in den Schulbüchern des Landes so gut wie überhaupt nicht vor. Und auch die rassistischen Ausfälle Hitlers in „Mein Kampf", welche sich unter anderem gegen die „faulen und trägen" Inder richten, fehlen in den Übersetzungen, die heute den Markt überschwemmen. Daher protestieren vorrangig Ausländer gegen die verschiedenen Erscheinungsformen des Hitlerkultes, während beispielsweise die indischen Juden auffallende Gelassenheit an den Tag legen: „Wir wurden niemals von irgendeiner Kaste oder irgendeinem Glauben verfolgt", meint Solomon Sopher, der Präsident der jüdischen Gemeinde von Mumbai, und fügt hinzu, das Ganze sei wohl ein Fall von Heldenverehrung, wie sie allen großen militärischen Führern der Geschichte entgegengebracht werde.

Bemerkenswerterweise beschränkt sich die Begeisterung für die Person Hitlers sowie den Nationalsozialismus inzwischen nicht mehr nur auf Indien, sondern hat nun auch andere asiatische Staaten erfasst. Einer davon ist Pakistan, wo der Palästina-Konflikt zwischen Israel und den Arabern herhalten muss, um Hitlers antijüdische Politik zu feiern. Deshalb stößt sich dort auch niemand an Autos mit Aufklebern wie „I like Nazi".

Ähnliches kann man neuerdings in China beobachten. Im Reich der Mitte gilt jeder, der es geschafft hat, sein Land groß zu machen, als Vorbild – nach Mao natürlich. Infolgedessen kommen Bekleidungshersteller schon einmal auf die Idee, Kollektionen mit SS-Runen und Hakenkreuzen zu entwerfen.

Ebenso sahen Studenten einer thailändischen Universität Hitler als großen Helden – weswegen sie dann das Plakat, dass sie anlässlich der Verabschiedung der erfolgreichen Absolventen ihrer Alma Mater anfertigten, mit dem Konterfei des „Führers" schmückten.

Und nun hat der NS-Kult sogar die Mongolei erreicht: Dort bekunden die 3000 Mitglieder der rechtsextremen Gruppierung Tsagaan Chass (Weißes Hakenkreuz) öffentlich „Respekt" für Hitler und paradieren dabei in Uniformen im SS-Stil – sofern sie nicht gerade ihrer „Nebenbeschäftigung" als radikale Umweltaktivisten nachgehen.

Wolfgang Kaufmann

Vorherrschaft des Mannes, Verachtung der Frau

Ein unverschleierter Blick: Warum in islamischen Familien Gewalt und Unterdrückung so oft zum Alltag gehören

Der Familiennachzug gilt vielen als Garant für eine schnelle Integration: Wenn Mama, Papa und die Geschwister nachkommen, wird selbst der störrischste und kulturfernste Zuwanderer aus Afghanistan oder Syrien brav und anpassungswillig, heißt es. Tatsächlich ist gerade die islamische Familie oft die Keimzelle von Abschottung, Extremismus und brutalster Gewalt. Das belegt auch eine neue Studie aus Frankreich.

In Mühlacker, einem kleinen Städtchen in Baden-Württemberg, steht ein Mann, dem Blut von der Hand tropft. Er dreht von sich selbst ein 16 Minuten langes Handyvideo. Der Mann ist Abu Marwan, 41. Er kommt aus Syrien, und er hat gerade seine Frau geschächtet. Vor den Augen seiner beiden Kinder. Sein Sohn, 9, ist ebenfalls auf dem Video zu sehen. Der Junge wirkt ruhig und zufrieden, wenn er seinem Vater zuhört. In gutturalem Arabisch hat Marwan eine „Botschaft an alle Frauen". Sein Mordopfer soll als abschreckendes Beispiel dienen. Er warnt: „So endet ihr, wenn ihr euch euren Männern nicht fügt."

Knapp eine Woche früher, auch in Baden-Württemberg, sollte ebenfalls ein islamisches Mädchen sterben. Es war 17; die Männer in ihrer Familie, ihre eigenen Brüder und ihr 37-jähriger „Ehemann", hatten ihren Tod beschlossen, weil sie einen anderen liebte und von ihm schwanger war. Sie überlebte den Mordversuch schwer entstellt, denn als „Zeichen der Schande" hatte ihr Bruder ihr noch zusätzlich beide Mundwinkel aufgeschlitzt (siehe Infokasten). Auch hier filmten die Täter ihre Tat; auch hier sagte einer ihrer Brüder mit Zigarette im Mundwinkel: „Ich genieße es, wie sie stirbt."

Es ist diese nüchterne Rohheit, die so schockiert. Häufig bricht sie auf, wenn Frauen sich der islamischen Familienhierarchie entziehen, weil sie frei im Westen leben wollen. Bereits jetzt sind rund 80 Prozent der Frauen, die in deutsche Frauenhäuser flüchten, Mosleminnen, die sich vor ihren Männern und Familien in Sicherheit bringen. Geht die Entwicklung so weiter wie in England, sind sie nicht einmal dort mehr sicher: Durch die verordnete „Diversität" wurden bei der britischen Polizei vermehrt Moslems eingestellt; Moslems, die Zugang zu den Personendaten haben und häufig den islamischen Familien verraten, wo sich die Frauen verstecken.

Eine Türkin die ausschließlich unter ihrem Decknamen „deelayla" schreibt und mitten in Deutschland vor ihrer Familie geflohen ist, kennt diese Gewaltkultur aus eigener Erfahrung. Sie ist doppelt gefährdet. Sie hat nicht nur mit ihren Angehörigen gebrochen, sondern auch mit dem Koran. Laut Scharia ein todeswürdiges Verbrechen, das manche eingewanderte Familie ebenfalls zu mörderischen Selbstjustiz verleitet.

Für „deelayla" wurde als junge Frau „der Spagat zwischen der türkischen und der deutschen Kultur irgendwann zur Überlebensfrage". Das lag am Kern dessen, wie sich islamische Familien oft verstehen: „Die deutsche Kultur vermittelt ihren Kindern Rücksicht, ermöglicht es ihnen, ihre individuelle Persönlichkeit zu entwickeln, lehrt sie, Verantwortung zu übernehmen und eine gute Position im Leben zu erreichen. In der islamischen Familie ist es wichtig, ein funktionierender Teil der Gemeinschaft zu bleiben und sich strikt an die Regeln zu halten." Das Individuum interessiere hier nicht; Kinder in diesen Familien lernten von Geburt an die Macht des Islams, die Vorherrschaft des Mannes, die Verachtung der Frauen, die selbstverständliche Gewalt kennen; alles außerhalb der Religion gelte als schwach, unterlegen und als legitimes Angriffsziel, berichtet sie.

In solchen Familien – es sind nicht alle, aber zu viele – wächst keine Integration, wächst keine Moderne, wächst kein Verständnis für europäische Kultur und ihre Werte. Es gelang nicht bei der riesigen islamischen Gegengesellschaft in Großbritannien; es gelang nicht in Frankreich, wo regelmäßig Vorstadt-Intifadas ausbrechen. Aus Frankreich stammt auch die erste Studie, die den Zusammenhang zwischen islamischen Familien und islamischer Gewalt herausarbeitet, statt ihn wegzureden. Kurz vor den Präsidentschaftswahlen 2017 veröffentlichten Anne Muxel und Olivier Galland, zwei Soziologen des Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS), am 20. März die Ergebnisse einer Untersuchung, die fast 7000 französische Jugendliche nach ihren Ansichten bezüglich des Verhältnisses zwischen Religion und Gesellschaft befragte. Das Ziel von Muxel und Galland war, die Dynamik der politischen und religiösen Radikalisierung unter jugendlichen Moslems besser zu verstehen.

In Frauenhäusern leben zu 80 Prozent Mosleminnen

Bis jetzt ist es eine der wenigen offiziellen Studien, die auf die Bedeutung von Erziehung und Familie in der Entwicklung eingehen. Sie kommen zu folgendem Schluss: „Der Beginn der Radikalisierung und Abschottung kann zu einem signifikanten Grad in der Familie und in der Erziehung lokalisiert werden. Eine in der Familie übertragene Mentalität der kulturellen Abgrenzung, eine Selbstisolation basierend auf religiösem Konflikt, ist für die moslemischen Parallelgesellschaften Frankreichs verantwortlich."

Die verheerende Wirkung, die islamische Familien auf Kinder haben können, hat der dänische Psychologe Nicolai Sennels bereits 2008 untersucht. Er war Jugendpsychologe in einem Kopenhagener Gefängnis; fast alle seine „Kunden" waren Moslems. Sennels arbeitete fünf große Bereiche heraus, die sich in der islamischen Erziehung radikal von der Kultur des Westens unterscheiden. Es sind Aggression, Ehre, Selbstreflexion, Konsequenz und das, was Sennels „Zentrum der Kontrolle" nennt.

„Moslems haben strikte, externe Faktoren: Regeln, Traditionen und Gesetze für das menschliche Leben. Sie haben einen Gott, der den Verlauf ihres Lebens bestimmt. ‚Inschallah', ‚wenn Allah will', folgt auf jede Bemerkung über Zukunftspläne. Sie haben machtvolle Imame, die jeden Freitag die Ziele und Gedanken der Gemeinde festlegen", so Sennels. „Im Westen steht die Erziehungs-Pyramide auf der Spitze: Wenig Freiheit für das Kind zu Beginn, mehr Verantwortung und Freiheit mit steigendem Alter. In der moslemischen Kultur steht die Pyramide auf ihrem breiten Fundament: Kaum Forderungen nach zivilisiertem Verhalten in Kindheit, immer weniger Freiheiten mit zunehmendem Alter, in dem Familie und Religion unterstützt werden müssen." Hinzu komme die geförderte Aggression. Sennels weiter: „In der islamischen Kultur sind aggressives Benehmen, vor allem Drohungen, ein akzeptiertes Verhalten. Drohungen werden sogar erwartet, um Konflikte und soziale Verwerfungen zu lösen. Wenn ein Moslem auf Vorwürfe, Anschuldigungen oder Irritationen nicht mit Drohungen und Einschüchterungen reagiert, gilt er als schwach, als nicht verlässlich und verliert sein Gesicht."

Aber das gilt natürlich nur für Allahs „prachtvolle" Söhne. Muslimische Frauen haben demütig und machtlos zu sein.

Ulrike Dobberthien



Frisch verheiratetes Paar im palästinensischen Gaza-Streifen. Das Selfie fängt den Start einer ungleichen Ehe ein: Er strahlt. Sie muss vollverschleiert in die Zukunft blicken Bild: pa

Blutiges Lächeln

Das Zerstören des Gesichts, gerade das von Frauen, ist in archaischen Gesellschaften weit verbreitet. Es ist ein Racheakt, eine Strafe, die das Gesicht der als „ungehorsam" empfundenen Frau vernichten und sie unattraktiv für andere Männer machen soll. Die beliebtesten Methoden sind das Verätzen durch Säure, das Verbrühen durch kochendes Öl oder Wasser und das Zerschneiden mit dem Messer – speziell das Aufschlitzen der Mundwinkel, zynisch „Lächeln" genannt.

Alle Formen dieser nach Deutschland eingeschleppten Selbstjustiz sind hier schon vorgekommen; die Täter waren unter anderem Türken, Afghanen und Iraker.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 11 – 16. März 2018

MELDUNGEN

Arme Region Südostpreußen

Allenstein – Das südliche Ostpreußen zählt zu den ärmsten Regionen der Europäischen Union. Als noch ärmer wurde die Lubliner Region eingestuft. Das Bruttosozialprodukt pro Einwohner beträgt dort nur 47 Prozent des europäischen Durchschnitts. Daneben fallen die Woiwodschaften Rzeszow und Bialystok (48 Prozent) sowie Kielce und das südliche Ostpreußen (49 Prozent) unter die Armutsgrenze. Lediglich die Woiwodschaft Warschau liegt mit 109 Prozent über dem Durchschnitt und steht damit an 75. Stelle in der Rangliste. Die ärmste Region auf der EU ist Severozapad im westlichen Bulgarien, wo nur 29 Prozent des europäischen Durchschnitts erreicht werden. Überdurchschnittlich reiche Regionen sind laut Eurostat das westliche London, wo die Einwohner 611 Prozent des europäischen Durchschnitts erarbeiten, sowie Luxemburg (257 Prozent) und das südöstliche Irland (217 Prozent). *PAZ*

Evangelische Synode tagte

Nikolaiken – Die Synode, also die Delegierten der evangelischen Kirche, hat sich in Nikolaiken getroffen. In ihre Zuständigkeit fällt die Wahl des Bischofs. Sie entscheidet ebenfalls über den Haushaltsplan der Diözese und deren Tätigkeit. Zur Synode gehören alle amtierenden Geistlichen und zwei weltliche Delegierte aus jeder Pfarrgemeinde. In der Versammlung wurde über das Sakrament der Konfirmation diskutiert. Die Synode will eine Erklärung aus Anlass des 100. Jahrestages der Erlangung der Unabhängigkeit verabschieden. Die masurische Diözese der evangelisch-augsburgischen Kirche umfasst 15 Pfarrgemeinden und 27 angeschlossene Gemeinden mit 16 Geistlichen und etwa 5000 Gläubigen. Der aktuelle Sitz der Diözesan-Behörde ist Rastenburg. *PAZ*

Brücke für den Denkmalschutz

Heiligenbeil – Vertreter des Kultur- und Tourismusministeriums, Denkmalschützer und Aktivisten für den Erhalt des Kopfsteinpflasters haben sich getroffen, um über den Umgang mit dem kulturellen Erbe in Heiligenbeil zu diskutieren. Unter den Teilnehmern waren Wlada Smirnowa, die sich seit 20 Jahren für den Erhalt der Ordensburg Insterburg engagiert, wie auch Dmitrij Schilow, Direktor des Museums Heiligenbeil. Schilow fordert ein einheitliches rechtskräftiges Dokument, das Kopfsteinpflaster unter Schutz stellt, doch bei den Behörden sei er auf wenig Verständnis gestoßen. Da die Bürgerproteste zunehmen, hatte die Vorsitzende der Kommission für Kultur, Schutz des historischen und kulturellen Erbes der Gesellschaftskammer des Königsberger Gebiets eingeladen, um eine Brücke zwischen Staat und Privatinitiativen zu schlagen. *MRK*

Von Mohrungen nach Weimar

Herder-Museum schildert in Dauerausstellungen den Werdegang des großen deutschen Aufklärers

In Mohrungen entstand im Jahr 1986 ein Museum, das den Namen des hervorragenden Vertreters der deutschen Aufklärung Johann Gottfried Herder trägt. Dauerausstellungen schildern seinen Weg von seiner Geburtstadt Mohrungen nach Weimar, seinem Sterbeort.



Dauerausstellung im Dohna-Schlösschen: Herders Kabinett *Bild: D.K.*

Mit Sicherheit ist Herder eine bekannte Person für jeden gebildeten Deutschen. Nichtsdestoweniger weiß nicht jedermann, dass Mohrungen eine bedeutende Station in Herders Leben war. Hier kam 1744 der spätere große Dichter, Theologe und Philosoph zur Welt, als das Städtchen nicht mehr als 2000 Einwohner zählte. In seiner Heimatstadt besuchte er die Stadtschule. Seine Ansichten sowie die anfängliche Ausbildung wurden vom deutschen evangelisch-lutherischen Theologen Sebastian Friedrich Trescho geprägt. Zwar verließ Herder mit 18 Jahren seine Geburtsstadt, aber das bestehende Museum erinnert die Besucher bis heute an die Jugendjahre und die Anwesenheit des großen Dichters in Mohrungen. Es muss unterstrichen werden, dass alle musealen Bestände im Schloss der preußischen Familie zu Dohna untergebracht sind. Die Residenz der Adeligen wurde stufenweise ausgebaut und im 17. Jahrhundert vollendet. 1945 wurde das Bauwerk nach dem Einmarsch der Roten Armee abgebrannt. Den gegenwärtigen guten baulichen Zustand verdankt das Schloss dem Woiwodschaftsdenkmalpfleger, der in den 70er Jahren über den Wiederaufbau entschied.

Im Museum befinden sich mehrere Dauerausstellungen. Eine von ihnen widmet sich dem Leben und den Schaffensperioden von Johann Gottfried Herder. Sie wurde von der Klassik Stiftung Weimar vorbereitet und befindet sich in zwei großen musealen Räumen im ersten Stock. Man kann sich mit Lebensstationen des Schriftstellers auf dem Weg von Mohrungen bis nach Weimar vertraut machen. Die Entwicklungsstadien von Herders Gedanken werden mit Exponaten illustriert, die das gesamte literarische Werk darstellen und durch künstlerische Objekte ergänzt sind.

Präsentiert werden mehrere Büsten, Porträts und Exemplare einiger Schriften des Philosophen, Bilder seiner Ehefrau und der Menschen, die eine persönliche oder spirituelle Beziehung zu ihm hatten. Eine besondere Stellung nehmen hier Johann Wolfgang von Goethe und Immanuel Kant ein.

Aktuell abstrakte Ausstellung

Ansonsten wird die Ausstellung um ein Stadtmodell bereichert, das veranschaulichen soll, wie Mohrungen zu Herders Lebzeiten aussah. Die Aufmerksamkeit fesselt auch ein speziell arrangiertes Arbeitszimmer, das, mit antiken Möbeln ausgerüstet, eine Vorstellung davon geben soll, in welch einer Atmosphäre die wichtigsten Werke des Gelehrten geschaffen wurden.

Zu den übrigen Dauerausstellungen gehört auch die Sammlung von niederländischen Porträts des 17. Jahrhunderts. Die meisten hier ausgestellten Bilder bergen in sich symbolische Inhalte und veranschaulichen genealogische Zusammenhänge zwischen den dargestellten Mitgliedern verschiedener Adelsfamilien. An symbolhaften Kleidungsstücken, Attributen oder Verzierungen orientiert man sich, wer mit wem verwandt war.

Wenn man dem Mohrunger Museum einen Besuch abstattet, bekommt man außerdem die Gelegenheit, sich in der Zeit zurückversetzt zu fühlen. Das erfolgt dank einer anderen Dauerausstellung, die „stilgerechte Innenräume“ heißt und den Besuchern Wohnräume verschiedener Kunstepochen präsentiert. Dazu nutzte man vier Schlosssäle, in denen ein Barockgemach, ein Jugendstil-Salon, ein Salon im Biedermeierstil und ein Kabinett im Stil des Second Empires eingerichtet wurden. Die prächtigen Wohnzimmer begeistern mit originalgetreuen Möbelstücken und stilvoller Dekoration.

Neben Dauer- zeigt man derzeit im Herder-Museum zwei Sonderausstellungen. Das Thema der ersten ist die abstrakte Kunst. Es werden Bilder und Skulpturen von zeitgenössischen polnischen Künstlern dargestellt. Der gemeinsame Nenner der hier gesammelten Kunstwerke besteht in ihrer Abstraktheit und Gegenstandslosigkeit. Die Betrachter können in die Welt der einzigartigen Formen und Kompositionen eintauchen. Im Erdgeschoss des Museums befindet sich die zweite Sonderausstellung, die mit „Gewinne und Verluste“ betitelt wurde. Man setzt sich mit Ausstellungsstücken wie alten Banknoten, Münzen, Obligationen, Karten von Banksitzen, Panzerkassen, Bauernwerkzeugen oder sogar mit einer Sterbekerze auseinander. Die existenzielle Botschaft der Exposition sei es, nach dem im Ausstellungsraum aufgehängten Zitat von Danielle Steel, dass in jedem Verlust ein Gewinn stecke und jeder Gewinn einen Verlust berge. Die ausgestellten Exponate regen zum Nachdenken darüber an, was der Mensch infolge seiner Taten angesichts verschiedener Lebenssituationen gewinnt oder verliert.

Dawid Kazanski

Erste russische Fan-ID in Berlin ausgestellt

Zentrale im Russischen Haus ist Anlaufstelle für die Fußball-Weltmeisterschaft in Russland

Anfang Dezember vergangenen Jahres wurde in Berlin im Russischen Haus ein „Fan-Center“ für die Fußballweltmeisterschaft eröffnet. Hier können alle Interessierten Näheres über die Städte erfahren, in denen WM-Spiele ausgetragen werden. Das Zentrum hat noch eine weitere Funktion, die für Deutsche, die Tickets für WM-Spiele gekauft haben und im Sommer nach Russland fahren, wichtig ist: Im Russischen Haus werden Fan-IDs ausgestellt. Dieses Dokument erlaubt gemeinsam mit dem Ticket die visafreie Einreise nach Russland für die Zeit der WM, sowie zehn Tage davor und danach, also vom 4. Juni bis zum 25. Juli. Mit der Fan-ID dürfen die Fans kostenlos Züge benutzen, die zwischen den Austragungsorten verkehren. Ebenso können sie den städtischen Nahverkehr sowie die Shuttlebusse am Spieltag kostenlos nutzen.



Glücklicher Fußball-Fan: Der Berliner Christoph Ladwein hat Tickets für Spiele in drei Städten reserviert. Hier erhält er seine Fan-ID Bild: J.T.

Eine Fan-ID ist für ausländische wie auch für russische Fans zwingend vorgeschrieben, da sie neben dem Ticket als Eintrittskarte zu den Spielen gilt. Das Dokument ist eine laminierte Karte mit dem Foto des Fans. Einen Antrag auf Erstellung einer Fan-ID kann man online auf der Seite www.fan-id.ru oder in den Ausstellungszentren stellen.

Im Berliner „Russischen Fan-Zentrum 2018“ wurde nun die erste Fan-ID in der Bundesrepublik Deutschland feierlich vom russische Botschafter in Deutschland, Sergej Natschajew, höchstpersönlich überreicht. Anwesend waren der Vize-Präsent des Süddeutschen Fußballverbands Rainer Koch sowie der Präsident des Berliner Fußballverbands Bernd Schultz. Natschajew sagte: „Die Weltmeisterschaft ist ein Ereignis von globaler Bedeutung. Wir erwarten in Russland Gäste aus der ganzen Welt und werden sie mit der dem russischen Volk eigenen Gastfreundschaft empfangen.“

Schulz äußerte die Hoffnung, dass während der Meisterschaft auch Fans der deutschen Mannschaft die Übertragungen der Spiele im Russischen Haus ansehen können, die nicht nach Russland fahren können.

Der Berliner Christoph Ladwein, dem die erste Fan-ID feierlich überreicht wurde, sagte, er habe schon Tickets für drei Spiele in Moskau, St. Petersburg und Sotschi reserviert. Für die Erlangung der Fan-ID habe er einige Zeit benötigt. Die verbleibende Zeit bis zur WM will er nun nutzen, um Russisch zu lernen, zumindest das Notwendigste. In den nächsten Wochen wird er dazu die seltene Gelegenheit haben, dies zu tun, da im Russischen Haus Russischkurse für Fans beginnen. Bislang kann er, wie er gestand, nur „ich verstehe nicht“ auf Russisch sagen.

Ab sofort können alle Fans, die schon Tickets gekauft haben, ihre Fan-ID im Fanzentrum des Russischen Hauses erhalten.

Jurij Tschernyschew

Museumsschätze

Aus dem Ostpreußischen Landesmuseum: Strumpfband der Königin Luise – Cadiner Majolika

Das Ostpreußische Landesmuseum ist das einzige Museum in Deutschland, das die reiche Kultur und Geschichte der ehemaligen deutschen Provinz Ostpreußen in Gänze thematisiert.

Aufgabe des Museums ist die Bewahrung und Erforschung der Geschichte und Kultur Ostpreußens sowie die museumsgemäße Darstellung seiner vielgestaltigen Jahrhunderte währenden Realität. Zukünftig werden wir in einer eigenen Abteilung auch die Kulturgeschichte der sogenannten Deutschbalten thematisieren, welche als deutschsprachige Minderheit im heutigen Estland und Lettland lebten. Der genaue Auftrag ergibt sich auf Grundlage des Paragrafen 96 des Bundesvertriebenengesetzes und der Satzung der Ostpreußischen Kulturstiftung.

Die museale Arbeit geschieht in Zusammenarbeit mit polnischen, russischen und litauischen Museen und Kulturinstitutionen, die heute im ehemaligen Ostpreußen tätig sind sowie entsprechenden Partnern in Estland und Lettland für die deutschbaltische Abteilung.

Die Dauerausstellung des Museums wird erweitert und ist daher derzeit geschlossen. Die Wiedereröffnung erfolgt am 26. August 2018. Bis dahin werden in der PAZ in jeder geraden Folge besondere Objekte aus dem Bestand des Museums vorgestellt.



Strumpfband Königin Luise

Bilder (2): Ostpreußisches Landesmuseum

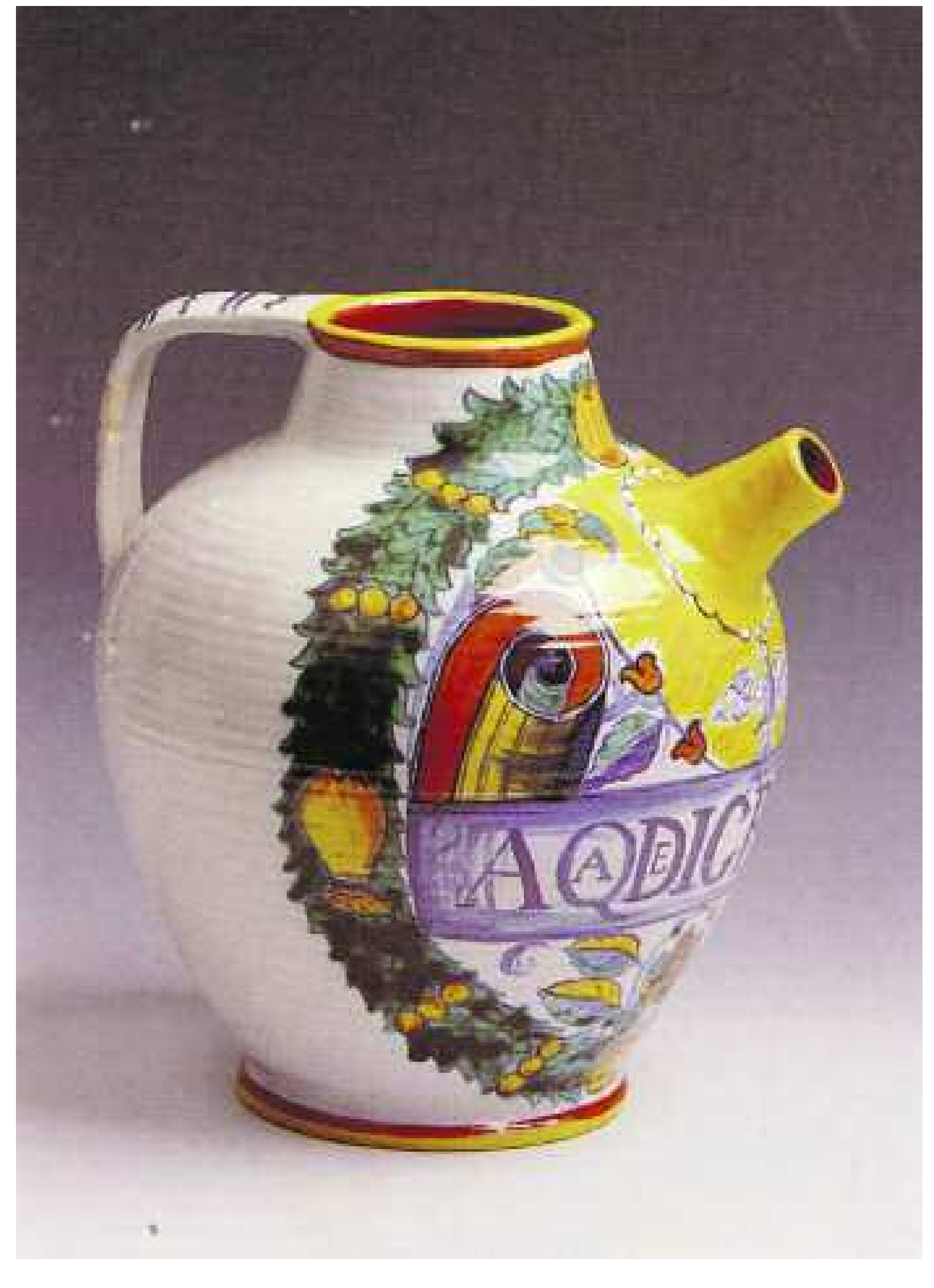
Strumpfband der Königin Luise

Strumpfband aus Leinen und Glas, gestickt von der preußischen Königin Luise (1776–1810), der Gattin Friedrich-Wilhelms III. Das Objekt wird in der neuen Dauerausstellung in der historischen Abteilung zu sehen sein.

1806 erlitten die verbündeten Preußen und Russen bei Jena und Auerstedt eine verheerende Niederlage gegen Napoleon. Der königliche Hof floh vor den rasch vorrückenden Franzosen in Panik von Berlin bis Königsberg und über die winterliche Kurische Nehrung noch bis Memel. Luise und ihre Kinder, darunter die späteren Könige/Kaiser Friedrich-Wilhelm IV. und Wilhelm I., erlebten äußerst dramatische Tage. Legendär ist die Szene, als Luise mit ihrem Diamantring in das Fenster eines Gasthauses in Nidden geritzt haben soll: „Wer nie sein Brod mit Thränen aß, wer nicht die kummervollen Nächte auf seinem Bette weinend saß, der kennt Euch nicht, ihr himmlischen Mächte.“

Auf dieser Flucht soll Königin Luise als Dank für Beherbergung und Stellung einer Kutsche für die weitere Flucht nach Ostpreußen dem Grafen Podewils 1806 dieses selbstgestickte Strumpfband in Graudenz vermacht haben.

Luise war nicht nur berühmt ob ihrer Schönheit, sondern aufgrund einer bürgernah und für den Hochadel sehr untypisch geführten Ehe auch als Idealbild einer Gattin und Mutter. Zeitgenossen galt sie als empfindsame Persönlichkeit. Sie liebte gesellschaftliche Ereignisse wie glamouröse Bälle, Feste und Empfänge, hatte aber auch Freude am häuslichen Alltag. Und sie liebte Schiller, besonders dann, wenn seine Lyrik „zum Herzen spreche“. Luise wurde zu Lebzeiten, besonders aber nach ihrem frühen Tod, mit Komplimenten überschüttet und zu einem Mythos stilisiert.



Cadiner Majolika

Cadiner Majolika

Kaiser Wilhelm II. besaß neben vielen Immobilien einen Gutsbetrieb in Cadinen, bei Elbing am Frischen Haff. Hier versuchte er, technisch und sozial einen Musterbetrieb aufzubauen. Zu den Wirtschaftsbetrieben des Gutes gehörte eine Ziegelei. Neben Baustoffen wie Bakkstein, Dachziegel und Tonröhren wollte Wilhelm aber auch gern Kunstkeramik herstellen lassen.

Mit Hilfe der Spezialisten der Königlichen Porzellan Manufaktur (KPM) in Berlin wurde ein Werk errichtet, in dem aus speziell aufbereitetem Cadiner Ton ab 1902/3 künstlerische Erzeugnisse hergestellt werden konnten. Entsprechend dem vom Kaiser bevorzugten Kunststil des Historismus ließ er Gefäße, Reliefs und Figuren entwerfen und ausführen, die oft nach dem Vorbild italienischer Keramik der Renaissancezeit (15. Bis 16. Jahrhundert) gestaltet wurden. So bekamen sie nach dem Fachwort für ihre Vorbilder Majolika den Namen Cadiner Majolika. Mit der Verbreitung dieser Keramiken, auch in der Architektur, wollte Wilhelm zur Geschmacksbildung im Volk beitragen.

Das abgebildete Gießgefäß zeigt die typische farbige Gestaltung der Majolika: Auf weißem Grund sind Ornamente, Figuren und Schrift in bunten Farben, blau, grün, gelb, rot und anderen gemalt. Das bürgerliche und großbürgerliche Käuferpublikum schätze Anfang des 20. Jahrhunderts diese Art der Kunstkeramik. Cadiner Majolika zu besitzen war darüber hinaus auch ein sichtbares Bekenntnis zum Kaisertum, trugen doch die Keramiken aus Cadinen im Fabrikzeichen die deutsche Kaiserkrone als Hinweis auf den Fabrikherren.

Das Objekt wird in der Ausstellung in der Abteilung 19. Jahrhundert/Wilhelminische Zeit gezeigt werden. *OL*

Ostpreußisches Landesmuseum in Lüneburg, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Tel. +49 (0) 4131 75995-0, Fax +49 (0) 4131 75995-11, Email: info@ol-lg.de, die Sonderausstellungen und das Brauereimuseum sind über das neue Eingangsfoyer in der Heiligengeiststraße 38 zugänglich, eingeschränkte Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 12.00 bis 17.00 Uhr.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Es wächst zusammen, was zusammengehört

Pragmatismus und Kooperation auf und in geteilten Inseln und Städten

Wer heute noch meint, das Leben an der Grenze enge ein, kennt die neusten Entwicklungen deutsch-polnischer Grenzstädte wie Frankfurt an der Oder, Guben, Swinemünde oder Görlitz nicht. Seit dem Beitritt Polens zum Schengenraum setzen die Verwaltungen der polnischen Grenzstädte auf eine nachbarschaftliche Zusammenarbeit statt sich offen Standortkämpfe mit ihren deutschen Anrainern zu liefern.

Tomasz Ciszewicz, Bürgermeister von Frankfurt (Oder)-Dammvorstadt räumte gegenüber der Zeitung „Rzeczpospolita“ ein, auf deutscher Seite der Oderstadt befinde sich zwar die schönere, historische Altstadt, auf polnischer Seite gebe es dafür eine bessere Übernachtungsinfrastruktur. „Wir sind für die Touristen günstiger, deshalb suchen viele nach Übernachtungen und Verpflegung auf unserer Seite“, so Ciszewicz. Stolz führt er das deutsch-polnische, durch EU-Mittel finanzierte Projekt „Europäische Modellstadt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Frankfurt (Oder) & Slubice“ auf. Vor genau einem Jahr begonnen, soll es bis zum 31. Dezember 2019 mit einem Umfang von 1,177 Millionen Euro, davon 85 Prozent Förderung, realisiert werden. Als Projektpartner treten die neben den beiden Städten die Gemeindeverwaltung der Dammvorstadt und die Europa-Universität Viadrina auf. Weitere Kooperationspartner sind das Brandenburgische Staatsorchester Frankfurt, das Kulturzentrum von der polnischen Seite und das Sport- und Erholungszentrum ebendort.

Neben einer Zusammenarbeit der Verwaltungen will man mit Einrichtungen aus Bildung, Kultur, Tourismus und Sport die Oderstadt gemeinsam besser vermarkten. Von den grenzüberschreitenden Veranstaltungen im Rahmen des Modellprojektes zählt das Rockfesival „Haltestelle Woodstock“ zu den bekanntesten. Mittlerweile gilt das seit 17 Jahren organisierte, kostenlose „Woodstock“ als größtes Open-Air-Rockfestival Europas und wird bei Küstrin organisiert. Bei diesem durch die „Peace Patrol“ von etwa 1000 geschulten Freiwilligen versorgten, dreitägigen Konzert leisten auch die polnische Polizei, die Bundespolizei, die Feuerwehr sowie medizinische Dienste der Stadt Küstrin, der Freiwillige Polnische Bergrettungsdienst (GOPR), das Polnische Rote Kreuz und die deutsche DLRG Unterstützung. Der in Meseritz geborene Bürgemeister Ciszewicz ist von Beruf Vermessungstechniker, absolvierte auf dem zweiten Bildungsweg das Collegium Polonicum in der Dammvorstadt und ist seit 2010 Bürgermeister im polnischen Teil Frankfurts – der Dammvorstadt.

Viel länger im Amt des Bürgermeisters in Swinemünde ist der in Neustettin geborene Janusz Zmurkiewicz. Er regierte die Stadt bereits 1984 bis 1989, 2002 wurde er wiedergewählt. Zmurkiewicz spricht offen darüber, dass er die geteilte Insel Usedom als eine deutsch-polnische Besonderheit empfinde, auf der es im polnischen Teil eine besser funktionierende Kurinfrastruktur gebe. Das Plus auf deutscher Seite sieht Zmurkiewicz im Golfplatz und dem Flughafen in Heringsdorf. Dieser Flughafen wird bald schon „Heringsdorf-Swinoujscie“ heißen. Bereits 2012 wurde auf der Insel der Wander-Fahradweg eröffnet, der auf zwölf Kilometern Länge die Kurorte Bansin, Heringsdorf und Ahlbeck mit Swinemünde verbindet.

Die geteilte Stadt Görlitz feiert dieses Jahr ihr 20. Jubiläum als „Europastadt Görlitz/Zgorzelec“. Und obwohl seit vielen Jahren eine Zusammenarbeit der Rathäuser beider Neißestadthälfte besteht, wurde erst im vergangenen Jahr ein gemeinsames, mit drei Millionen Euro finanziertes touristisches Investitionsprogramm aufgenommen. Es heißt „Brükkenpark/Park Mostow“ und umfasst die Instandsetzung und Neugestaltung von Parkanlagen und Freiflächen beiderseits der Neiße. Der Niederschlesier Rafal Gronicz ist seit 2006 Bürgermeister vom polnischen Teil der Stadt und arbeitet als Lead-Partner mit Hochdruck an der Umsetzung des Projekts. In seiner Stadthälfte wird der Georg-Snay-Park (Park im Blachanca) neugestaltet. Auf deutscher Seite wird im Rahmen des „Brückenpark“-Projektes der Friedenspark entlang der Neiße neu gestaltet. Baubürgermeister Michael Wieler am Westufer hat unter anderem eine Sanierung des Jakob-Böhme-Denkmals einschließlich des Wasserspiels, die Aufwertung des kleinen Platzes am Denkmal und eine Neugestaltung des Spielplatzes sowie des Ballspielfelds an der Furtstraße im Friedenspark vorzunehmen. Das Brückenprojekt soll bis Ende September abgeschlossen werden. Bisweilen laden beide Stadthälften zu den dritten gemeinsamen „Literaturtagen an der Neiße“ vom 11. bis zum 18. April ein. Thema ist „Grenzen überwinden“; auf dem Programm stehen Lesungen und Diskussionen in beiden Sprachen links und rechts der Lausitzer Neiße.

Chris W. Wagner



ZUM 106. GEBURTSTAG

Kalwis, Eva, geb. **Seigies**, aus Jagutten, Kreis Memel, am 22. Februar

ZUM 102. GEBURTSTAG

Bloch, Martha, geb. **Dannenfeldt**, aus Lyck, am 17. März

ZUM 99. GEBURTSTAG

Baronas, Kurt, aus Gaistauden, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. März

Hombosch, Ottilie, geb. **Warda**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 21. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Baum, Margarete, geb. **Podworny**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 21. März

Lolies, Oskar, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 19. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Essmann, Erika, geb. **Godau**, aus Weischkitten, Kreis Fischhausen, am 20. März

Kremp, Elfriede, geb. **Brzoska**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 19. März

Schmidt, Hildegard, aus Goldschmiede, Kreis Fischhausen, am 19. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Beckherrn, Herbert, aus Lyck, Lycker Garten 29, am 22. März

Gysbers, Herta, geb. **Hagenbach**, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 18. März

Hauenschild, geb. Thurau, aus Elbingen, Westpreußen, am 22. März

Wieking, Helene, geb. **Robatzek**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 17. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Albrecht, Gisela, aus Lyck, am 17. März

Freundt, Ursula, aus Geigenau, Kreis Lyck, am 20. März

Geschandtner, Dr. Hans, aus Rauhdorf, Kreis Ebenrode, am 16. März

Kastner, Gertrud, aus Lyck, am 22. März

Otto, Hildegard, geb. **Schwesig**, aus Wehlau, am 16. März

Schulz, Johannes, aus Lyck, am 20. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Berke, Kurt, aus Lyck, Morgenstraße 3, am 16. März

Conrad, Friedel, geb. **Berger**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 18. März

Dannat, Liesbeth, geb. **Jebramek**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 18. März

Habicht, Heinrich, aus Maldanen, Kreis Ortelsburg, am 22. März

Mertins, Karl-Heinz, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. März

Pachaly, Adelheid, geb. **Jackus**, aus Kripfelde, Kreis Elchniederung, am 21. März

Schönfelder, Margot, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 22. März

Swida, Rosemarie, geb. **Bludau**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 19. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dietrich, Hedwig, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 16. März

Dirks, Gertrud, geb. **Kruschewski**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 16. März

Krenz, Getrud, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 20. März

Lawes, Anneliese, geb. **Grunau**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 22. März

Meier, Irma, geb. **Schmidt**, aus Neidenburg, am 21. März

Naujok, Erna, geb. **Quednau**, aus Biothen, Kreis Wehlau, am 22. März

Nickel, Christel, geb. **Hömke**, aus Fischhausen, am 17. März

Pallasch, Walter, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 22. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Altenburg, Hildegard, geb. **Guddat**, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 16. März

Benson, Hedwig, geb. **Woywad**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. März

Bothe, Erika, geb. **Kraft**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 18. März

Braunstein, Else, geb. **Pentzeck**, aus Lyck, am 19. März

Daschkey, Paul, aus Mulden, Kreis Lyck, am 17. März

Donat, Renate, geb. **Konopka**, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 17. März

John, Erna, geb. **Bleyer**, aus Buschfelde, Kreis Ebenrode, am 21. März

Komm, Alma, geb. **Fegletef**, aus Schiewenau, Kreis Wehlau, am 22. März

Kositzki, Emil, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 16. März

Lichtenstein, Elisabeth, geb. **Machowski**, aus Freythen, Kreis Ortelsburg, am 19. März

Loeper, Hulda, geb. **Ewert**, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, am 16. März

Müller, Herta, geb. **Hill**, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, am 19. März

Padberg, Horst, aus Ortelsburg, am 21. März

Riedel, Hildegard, geb. **Gebert**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 22. März

Schulz, Heinz, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. März

Schulz, Kurt, aus Regeln, Kreis Lyck, am 20. März

Sültemeyer, Else, geb. **Roziewski**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 16. März

Tödt, Irmgard, geb. **Niklas**, aus Gusken, Kreis Lyck, am 19. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Grau, Dr. Dietrich, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, am 19. März

Grunwald, Annemarie, geb. **Schilter**, aus Saffronken, Kreis Neidenburg, am 21. März

Hartwig, Annemarie, geb. **Scheffler**, aus Neidenburg, am 19. März

Ott, Trude, geb. **Homp**, aus Großheidekrug, Kreis Fischhausen, am 16. März

Packmohr, Erich, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 19. März

Pietsch, Lotte, geb. **Tietz**, aus Konraden, Kreis Ortelsburg, am 17. März

Risch, Irmgard, geb. **Rutkowski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 19. März

Schwensfeier, Walter Paul, aus Eichenau, Kreis Neidenburg, am 18. März

Tertel, Edith, geb. **Melchin**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 22. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bornhöft, Eva, geb. **Bildhauer**, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 20. März

Bruss, Ruth Irmgard, geb. **Witzki**, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 21. März

Dowedeit, Ursula, geb. **Hermann**, aus Lyck, Bismarckstraße 44, am 20. März

Fellner, Renate, geb. **Hoffmann**, aus Königsberg, am 20. März

Flade, Elfriede, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 22. März

Kienzle, Horst, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 83, am 18. März

Krusholz, Anneliese, geb. **Pudellek**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 22. März

Kulik, Kurt, aus Karlshöhe, Kreis Neidenburg, am 19. März

Leonhardt, Erna, geb. **Willamowski**, aus Usdau, Kreis Neidenburg, am 20. März

Maske, Hannelore, geb. **Kleist**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 19. März

Meyer, Waldemar, aus Grabenau, Kreis Allenstein, am 17. März

Meyer, Waltraut, geb. **Ollech**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 17. März

Mirl, Inge, geb. **Urban**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 20. März

Philipp, Willi, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 22. März

Robitzki, Erna, geb. **Lütje**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 16. März

Rosocha, Wilfried, aus Spirgsten, Kreis Lötzen, am 18. März

Sadlowski, Heinz, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg und Heiligenbeil, Wiener Ring 13, am 20. März

Schlüter, Bernd-Peter, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 21. März

Schmidt, Margarete, aus Lyck, Deutsche Straße 2, am 18. März

Steinmeier, Brigitte, geb. **Rohde**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 22. März

Torkler, Eleonore, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 19. März

Zywulska, Leokadia, aus Lyck, am 18. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Basilowski, Werner, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 17. März

Braun, Gerd, aus Wehlau, am 17. März

Cytrich, Toni, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 18. März

Gorny, Günther, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 21. März

Hallwachs, Dr. Helmut, aus Lyck, am 18. März

Hampel, Eva, geb. **Satzkowski**, aus Rauhdorf, Kreis Ebenrode, an 19. März

Kalweit, Klaus, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 128, am 17. März

Kieselbach, Manfred, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 18. März

Paragnik, Walter, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 19. März

Rieske, Rudolf, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 17. März

Schaschke, Harald, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. März

Skliwa, Helga, aus Lyck, am 18. März

Streng, Ilsabe, geb. **Wächter**, aus Ortelsburg, am 17. März

Tschopp, Edith, geb. **Armbrust**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 18. März

Ullmann, Edelgard, geb. **Blaseio**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 17. März

Wolff, Elsa, geb. **Labusch**, aus Ortelsburg, am 17. März

Zawadzki, Burkhardt, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, am 21. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Borm, Helmut, aus Noiken, Kreis Elchniederung, am 20. März

Ewert, Fritz, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 21. März

Haase, Heinz-Dieter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 21. März

Haase, Hans-Georg, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 21. März

Jentsch, Ingrid, geb. **Krüger**, aus Lyck, am 22. März

Joswig, Ruth, geb. **Kopetsch**, aus Ohmswalde, Kreis Ortelsburg, am 22. März

Kautz, Gertrud, geb. **Glinka**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 18. März

Kopatz, Hans, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 22. März

Masuch, Ilse, geb. **Beckmann**, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 20. März

Paschkewitz, Bruno, aus Eimental, Kreis Ebenrode, am 17. März

Schaak, Hans, aus Starkenberg, Kreis Wehlau, am 19. März

Schröder, Renate, geb. **Müller**, aus Wehlau, am 20. März

Schmidt, Waltraud, geb. **Schulz**, aus Königsberg, am 17. März

Stegen, Erika, geb. **Hinterhan**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 16. März

Stünkel, Ilse, geb. **Dannat**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 17. März

Thomas, Adelheid, geb. **Cymczik**, aus Preußenwalde, Kreis Ortelsburg, am 18. März

Wagner, Margarete, geb. **Eschmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 22. März

Will, Werner, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 20. März

Zacharias, Günther, aus Spirgsten, Kreis Lötzen, am 24. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Karla, Waldemar, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 20. März

Kugland, Elli, geb. **Seemann**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 17. März

Stangenberg, Wolfgang, aus Neusorge, Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 25. Mär



Matern, Rudolf, aus Labiau und Königsberg, und Ehefrau Elsa, geb. **Neumann**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 19. März

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Termine der LO

2018

17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt

7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg

16. bis 18. April: Arbeitstagung der Landesfrauenvorsitzenden in Helmstedt

20. bis 22. April: Kulturseminar in Helmstedt

16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Osterode (Ostpreußen)

14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal

3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal

12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCHNIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Nachbarschafts-Treffen

Eitorf – Sonnabend, 26. Mai, 10 bis 17 Uhr, Einlass ab 9 Uhr, Hotel Schützenhof, Windecker Straße 2, 53783 Eitorf: Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit.

Das Hotel erreichen Sie unter Telefon (02243) 887-0 und per E-Mail: info@hotelschuetzenhof.de. Es hält für uns ein Zimmerkontingent unter dem Stichwort „Ostpreußen" bis zum 1. März vor, DZ 94 Euro, EZ 64 Euro. Für Teilnehmer, die früher anreisen, wird im Hotel ein Raum reserviert, wo wir am Freitag, 25. Mai, gegen 19 Uhr das Abendessen einnehmen können, um dann schöne Stunden miteinander zu verbringen.



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Heimattreffen in Spornitz

Zum 51. Gesamtdeutschen Heimattreffen des Regierungsbezirkes Gumbinnen am 24. März in das an der B191 gelegene Landhotel in Spornitz, nahe Parchim, laden wir alle Landsleute und daran interessierte Teilnehmer herzlich ein.

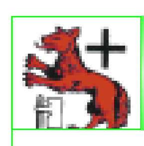
Die Veranstaltung findet von 10 bis 17 Uhr statt. Es wird Wissenswertes über Ostpreußen zu hören sein. Ein darauf abgestimmtes musikalisches Programm sowie ein Film über die Heimat sind vorgesehen und werden die Vergangenheit zur Gegenwart werden lassen, sodass der Landsmann und auch der Nichtostpreuße hiervon beeindruckt sein werden und gerne zu Nachfolgetreffen kommen werden.

Das Hotel kann entweder mit dem Pkw über die Bundesautobahn 24 und nach deren Verlassen am Abzweig Neustadt-Glewe oder auch mit der Eisenbahn über den Eisenbahnknotenpunkt Ludwigslust erreicht werden. Kaffee und Mittagessen können im Hotel eingenommen werden.

Das Landhotel Spornitz verfügt über ausreichend Parkplätze. Eine Übernachtung sollte rechtzeitig mit Frau Thiedt unter Telefon (038726) 880 vereinbart werden. Weitere Auskünfte erteilt Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinkman-Straße 14b, 19370 Parchim, Telefon und Fax: (03871) 226238, E-Mail: friedelhahn@arcor.de.

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15



HEILIGENBEIL

Erster Stellvertretender Kreisvertreter (Geschäftsführender Vorsitzender): Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Wahlvorschläge zum Kreisausschuss

Für die nächste Sitzung des Kreistages zur Nachwahl/Ergänzungswahl des Kreisausschusses sind bisher folgende Wahlvorschläge eingegangen:

Wahlvorschlag für das Amt des Kreisvertreters: Bernd Schmidt, 25578 Dägeling, Heimatort Plössen, Kirchspiel Zinten/Land.

Wahlvorschlag für das Amt des Kassenwartes: Arnold Hesse, 26847 Detern, Heimatort Klein Windkeim, Kirchspiel Bladiau

Laut Wahlordnung können Wahlvorschläge ausnahmsweise auch noch in der Kreistagssitzung vor dem jeweiligen Wahlgang gemacht werden. Diese Wahlvorschläge müssen die Unterschriften von drei wahlberechtigten Mitgliedern tragen.



LÖTZEN

Dieter Arno Milewski (kommissarischer Kreisvertreter), Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: dieter.arno.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Carl-Knauf-Ausstellung

Sonnabend, 24. März, 15.30 Uhr, Lötzener Museum, Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung), Neumünster: Eröffnung der Ausstellung „Carl Knauf – ein unvergessener Maler der Künstlerkolonie Nidden".

Dr. Bernd Schimpke, Hamburg, der Sammler von (nicht nur) Knauf-Gemälden und Leihgeber der Werke dieser Ausstellung, ist anwesend. Er ist auch Verfasser der Bücher „Nidden – Landschaft der Sehnsucht" und „Künstlerkolonie Nidden – eine Landschaft voll Licht und Farbe". Letzteres ist erst vor wenigen Wochen erschienen. Es wird vorgestellt und zum Sonderpreis – im Zusammenhang mit der gezeigten Ausstellung – zum Kauf angeboten.

Auch Dr. Jörn Barfod vom Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg wird anwesend sein und eine Einführung in das Werk des Malers Carl Knauf (1893–1944) geben. Barfod hat für das Zustandekommen dieser besonderen Ausstellung als „Türöffner" gewirkt. Bernd Schimpke wird vortragen, auf welche Weise es ihm gelungen ist, Informationen über das Leben des Malers zusammenzutragen. – Die Besucher erwartet eine Auswahl von schönen Gemälden, überwiegend Landschaft, des in Nidden gestorbenen und dort begrabenen Malers, dazu vielseitige Informationen und eine kleine Bewirtung. Die Ausstellung ergänzt in idealer Weise die zur Zeit noch im Ostpreußischen Landesmuseum gezeigte Ausstellung „Licht über Sand und Haff" mit Werken von Carl Knauf (bis 6. April).

Die Carl-Knauf-Ausstellung in Neumünster ist bis einschließlich 21. Juli zu sehen. Besuchswünsche außerhalb der Öffnungstage 21. April, 26. Mai, 16. Juni und 21. Juli bitte über die Geschäftsstelle (Ute Eichler), Telefon (040) 6083003 vereinbaren. Der Eintritt ist wie immer frei.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Deutsch-Russisches Ferienlager

In der Zeit vom 25. Juli bis 6. August führt die Kreisgemeinschaft Schloßberg in Verbindung mit dem Patenkreis Harburg ein deutsch-russisches Ferienlager für das Alter von 11 bis 14 Jahren durch. In der Jugendherberge Otterndorf gibt es jede Menge Möglichkeiten die Sommerferien abwechslungsreich zu gestalten. Vom Baden, Wattlaufen, Fahrten durch das Ahlenmoor, den Besuch des Heideparks und der Stadt Hamburg bis hin zu vielen anderen Sportaktivitäten bietet diese Veranstaltung ein attraktives Programm. In der Heimatstube in Winsen gibt es Interessantes über die Geschichte Ostpreußens zu erfahren. Neben Kindern aus dem norddeutschen Raum werden an dieser Veranstaltung auch russische Teilnehmer aus dem Königsberger Gebiet/Schloßberg dabei sein. Der Teilnehmerbeitrag liegt bei 220 Euro. Es sind noch einige Plätze frei. Teilnehmer von anderen Kreisgemeinschaften sind willkommen.

Anmeldungen und weitere Informationen bei Norbert Schattauer, Landesstraße 19, 21776 Wanna, Telefon (04757) 463.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Rosenhof 17, 09002 Chemnitz, Telefon (0371) 642448. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Realgymnasium Tilsit

Das nächste Schultreffen findet vom Freitag, 4. Mai, bis Montag, 7. Mai (Abreisetag) in Berlin statt. Dieter Wegerer hat für uns wieder im schönen Abacus-Tierpark-Hotel in Berlin-Friedrichsfelde reserviert und Einzelheiten mit Gerhard Pfiel besprochen. Wie gewohnt, beginnt das Treffen am Freitag um 15.30 Uhr mit der gemeinsamen Kaffeetafel und endet am Montag nach dem Frühstück. Zur Kaffeetafel und zum späteren Abendessen erwarten wir Euch im Salon Flora. Geplant sind unter anderem eine Dampferfahrt durch Berlin, Besuch beziehungsweise Besichtigung des Tierparks und viel gemeinsames Plachandern.

Die genaue Adresse unseres Vier-SterneHotels lautet: Abacus-Tierpark-Hotel, Franz-Mett-Straße 3–9, 10319 Berlin. Reservierung unter Telefon (030) 5162333, Fax: (030) 5162444, E-Mail: reservation@abacus-hotel.de.

Anmeldungen können ab sofort unter dem Stichwort „SRT18" beim Hotel vorgenommen werden. Ein Kontingent der Zimmer ist für uns reserviert. Bitte meldet Euch möglichst bis zum 5. April an. Von da an gehen die restlichen Zimmer in den freien Verkauf zurück. Gebuchte Zimmer können bei Krankheit bis zu 48 Stunden vorher (also bis zum 3. Mai) kostenlos storniert werden. Die Zimmerpreise pro Nacht einschließlich Frühstück betragen für ein Doppelzimmer zirka 107 Euro, für ein Einzelzimmer zirka 83 Euro. Die Zimmer stehen ab 15 Uhr zur Verfügung, bei Abreise bis 12 Uhr. Die Hotelparkplätze sind kostenlos.

Wir bitten um rechtzeitige Zimmerbuchung! Wenn wir wissen, wie viele von Euch in etwa kommen werden, können wir die übrigen Details besser und schneller arrangieren. Eine weitere Bitte an Euch: Wer ohne Zimmerbuchung am Schultreffen teilnimmt, teile das bitte mit an Telefon (0331) 617583 (Gerhard und Renate Pfiel). Wie man mit öffentlichen Verkehrsmitteln ab Berlin Hauptbahnhof zum Hotel kommt: S-Bahn Richtung „Ahrensfelde" beziehungsweise „Straußberg" oder „Wartenberg" bis Friedrichsfelde Ost (zehn Stationen) Dort auf dem Bahnsteig in Richtung Zug-Ende zum Fahrstuhl gehen – hoch zur Straßenbahn. Mit der Straßenbahn (Richtung Süden) bis zur Haltestelle „Criegernweg" (drei Stationen), dann steht man direkt vor dem Hotel.

Wir wissen aus eigener Erfahrung: Das Kommen fällt in unserem Alter nicht mehr so leicht! Dennoch hoffen wir auf eine rege Teilnahme. Berlin wählten wir wieder, weil die Anreise dann für die meisten von Euch nicht so weit und beschwerlich ist. Im Vorjahr konnten wir erfreut feststellen, dass einige, die wir schon lange nicht mehr gesehen haben, den Weg zu uns gefunden haben. Wir freuen uns auf ein Wiedersehen mit jedem von Euch! Bitte kommt so zahlreich wie möglich!



Heimatkreis Lötzen: Einen „Blick auf Purwin" hat Carl Knauf hier gemalt. Eine Ausstellung seiner Werke ist ab 24. März im Lötzener Heimatmuseum zu sehen Bild: Ostpreußisches Landesmuseum

Zusendungen für Ausgabe 13

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 13/2018 (Erstverkaufstag: 31. März) bis spätestens Donnerstag, 22. März an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe/Stuttgart/Mannheim – Vom 26. Juli bis 8. August ist eine Fahrt in das Memelland geplant. Wir fliegen am 26. von Frankfurt nach Wilna. Anschließend geht es mit dem Bus nach Memel in das Hotel Amberton. Vom 27. bis 29. Juli findet dort das Meeresfest statt und wir unternehmen bis zum 1. August diverse Rundfahrten durch das Memelland. Am 2. August geht es für vier Nächte nach Birstonas bei Druskininkai, dem litauischen Kurort, in das Vier-Sterne-Hotel „Vytautas Spa". Von hier aus starten wir nach Kaunas mit Besichtigung der Bierbrauerei Volfas Engelmann, des barocken Klosters Pazaislis und der Festungsanlage „IX Fortas". Ein weiterer Ausflug führt in den Dzukija Nationalpark, in das Städtchen Merkine mit dem historischen Burghügel, der eine atemberaubende Aussicht bietet, in den sowjetischen Park „Grutas" in Druskininkai, zur Heiligen Dreifaltigkeitskirche und auf den Burghügel in Liskiava. Am 6. August geht es von Bristonas über Trakai nach Wilna in das Hotel „Radisson Blu Lietuva". Am 7. besichtigen wir die Altstadt von Wilna. Rückflug ist am 8. August. Der Reisepreis beträgt pro Person im Doppelzimmer 1350 Euro und 1735 Euro im Einzelzimmer. Im Preis enthalten: Direktflug von Frankfurt nach Wilna und zurück mit der Lufthansa, sieben Übernachtungen mit Frühstück in Memel, vier Übernachtungen/Halbpension in Birstonas, zwei Übernachtungen/Halbpension in Wilna. Wegen der Flugbuchung bei Lufthansa ist eine schnelle Anmeldung erforderlich: Uwe Jurgsties, 68542 Heddesheim, Kirschblütenstraße 13, Telefon (06203) 43229, oder per E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Buchen – Dienstag, 27. März, 15 Uhr, Café Breunig, Hainstadt: Österliches Allerlei mit Osterkringel-Essen, Geschichten, mit Rate - und Denkspielen sowie einer Überraschung.

Stuttgart – Dienstag, 20. März, 14.30 Uhr, Haus der Heimat: „Wir wollen an Osterbräuche erinnern und den Frühling mit Liedern und Gedichten begrüßen" heißt es von den Mitgliedern der Frauengruppe und der Kreisgruppe.

Ludwigsburg – Dienstag, 20. März, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Frühlingsfest.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 23. März, 19 Uhr, Gasthof Krone, Gunzenhausen: Heimatliches Essen (Bratkartoffeln mit Sülze). Anschließend liest Marie Luise Rossius aus Werken von Drober, Menges und Lanz.

Ansbach – Sonnabend, 17. März, 15 Uhr, Orangerie: „Was uns die Eltern von Heimat und Familie erzählten" – Erinnerungen von Christel Tagsold, Oswin Palfner, Astrid Kübrich und Heide Bauer.

– Korrektur –

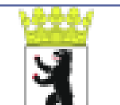
Die Landeskulturtagung im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen findet am Sonnabend, 14. April, statt und nicht wie irrtümlich geschrieben im März. Beginn ist um 10 Uhr – Bitte um Anmeldung!

Nürnberg – Dienstag, 27. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser (Gegenüber der Endhaltestelle der U1): Treffen zum Thema „Ostern in der Heimat".

Bamberg – Mittwoch, 21. März, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose: Ostpreußen nach dem Zweiten Weltkrieg.

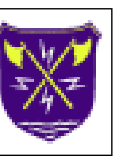
Landshut – Dienstag, 20. März, 14 Uhr, Gasthaus Zur Insel: Kassenprüfung und Jahreshauptversammlung.





BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Königsberg – Freitag, 23. März, 14 Uhr. Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.




Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt – Sonnabend, 24. März, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: „Faszination Ostpreußen. Eine musikalische und literarische Reise durch Ostpreußen! – Die schönsten Lieder und die romantischsten Gedichte aus der Heimat

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

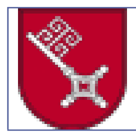
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

hat die französische Mezzosopranin Isabell Kusari für ihr Frühlingskonzert ausgewählt. Mit dabei „Land der dunklen Wälder“, „Abends treten Elche aus den Dünen“, „Ännchen von Tharau“, „Fuhr aus Königsberg heimwärts“, „Dort jenes See’chen“ und viel andere mehr. Anfragen: Barbara Fischer, Telefon (030) 6041054.



Foto: Kusari

Berlin: Im Ratskeller Charlottenburg trägt die Sängerin Isabelle Kusari am 24. März Lieder und Gedichte aus Ostpreußen vor



BREMEN

Bremen – Am Montag, 19. März, findet ab 15 Uhr im Großen Salon des Hotels zur Post, Bahnhofsplatz, unsere diesjährige Mitgliederversammlung statt. Hierzu laden wir herzlich ein. – Gäste sind willkommen. Neben den Berichten und der Abstimmung über die Entlastung steht auch die Neuwahl des Vorstandes an. Anträge zur Mitgliederversammlung sind bis zum 15. März an unsere Geschäftsstelle, Parkstraße 4, 28209 Bremen, zu richten! Im Anschluss sehen wir die Reportage „Bei Amalia – Eine Deutsche aus Kasachstan betreut die Kirche in Mühlhausen, Kreis Preußisch Eylau, in Ostpreußen“, vorgetragen per Media-Player von Jonny Reimers, Bremen.

– Nachruf auf Ewald Fexer –

Die Gruppe Bremen der Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen trauert um Ewald Fexer, der Anfang März im Alter von 96 Jahren verstorben ist.

Ihm war es wie vielen anderen Künstlern ergangen, die musische Begabung wurde im Elternhaus in Allenstein nicht wertgeschätzt. Ein „ordentlicher Beruf“ musste erlernt werden und das bedeutete für Ewald Fexer, zunächst eine Ausbildung zum Drogisten hinter sich zu bringen. Fünf Jahre Krieg und der Verlust der Eltern und der Heimat schlossen sich an. Aus der Gefangenschaft nach Heidelberg entlassen, folgten bewegte Jahre, in denen er endlich das Musiklehrer-Studium aufnehmen konnte. Um den Lebensunterhalt zu verdienen, waren die Nächte in dieser Zeit oft gefüllt mit Auftritten als Mitglied einer Band in den Clubs der amerikanischen Besatzungsmacht.

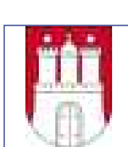
Eine Begegnung mit dem großen Pianisten und Klavier-Pädagogen Friedrich Wührer auf einem Pianisten-Treffen in Salzburg ließ den schon examinierten Klavierlehrer Fexer anschließend jedoch an allem zweifeln, was er bisher erlernt hatte. Es musste mehr dahinter stecken, als er bislang erlernt hatte. Ewald Fexer nahm sein Studium, jetzt bei Wührer, nochmals auf und lernte bei ihm all das, was er anschließend als bedeutender und gesuchter Klavierlehrer zahlreichen Schülern beibringen konnte.

1964 zog er nach Bremen und wurde Dozent an der Jugend- und Volksmusikschule Bremen. Mehr als 200 Schüler wagten bei ihm ihre ersten Schritte in ein Musikerleben, darunter Künstler mit heute bedeutenden Namen wie Konstanze Eickhorst, Claudia Birkholz, Ina Otte, Ulrike Brockes, Heike Zieke, Liese Klahn und Markus Pawlik. Mit ihnen allen verband Ewald Fexer eine intensive Freundschaft, sodass sich in seinem Briefkasten bis zuletzt immer wieder Kartengrüße von Tourneen und Dankesgrüße nach besonderen Erfolgen einfanden.

Die Liebe zur ostpreußischen Heimat hatte den 43-Jährigen 1964 auch sogleich in die Bremer Gruppe der Landsmannschaft Ostpreußen eintreten lassen und es war ihm eine Ehrensache, bis in die 1990er Jahre die alljährliche Adventsfeier zu gestalten und dabei auch seine Schüler auftreten zu lassen. Besonders in Erinnerung geblieben sind auch musikalische Veranstaltungen der Landsmannschaft. So gab es im November 1984 einen Klavierabend mit Werken verschiedener ostpreußischer Komponisten (E.T.A. Hoffmann, Ernst Haberbier, Hermann Goetz, Otto Besch und Heinz Tiessen). Das Erinnern an ostpreußische Komponisten war ihm immer eine besondere Freude, das merkten die Zuhörer bei einer Walter-Kollo-Matinee und bei einer von ihm initiierten Reihe von Sonntagsfrühschoppen in den 90er Jahren.

In den letzten Jahren wurde es krankheitsbedingt etwas stiller um Ewald Fexer, doch die Bremer Gruppe der Landsmannschaft wird ihm in Dankbarkeit ein ehrendes Andenken bewahren.

Heinrich Lohmann



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Donnerstag, 22. März, 14 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Delegiertenversammlung der Landesgruppe.

KREISGRUPPEN

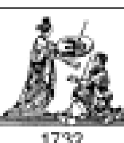


Heiligenbeil – Zum Frühlingsfest am 6. April im AWO-Seniorentreff in Hamburg-Horn lädt der Vorstand herzlichst ein. Bei Kaffee und Kuchen möchten wir in geselliger Runde fröhliche Stunden miteinander verbringen. Das Fest beginnt um 14 Uhr. Der AWO-Seniorentreff befindet sich im Stadtteilhaus „Horner Freiheit“, Am Gojenbohm 46, 22111 Hamburg. Zu erreichen ist es mit der U2 Richtung Mümmelmannsberg oder mit U4 Richtung Billstedt. Sie fahren bis zur Station Horner Rennbahn. Hier den Ausgang Gojenboom benutzen. Sie stehen dann direkt vor dem Stadtteilhaus. Gäste sind herzlich willkommen, darum bringen sie gerne Freunde und Verwandte mit. Der Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen beträgt 5 Euro. Anmeldungen bei Landsmann K. Wien, Tekefon 30067092, oder bei Sabine Radojkovic, Telefon 2503306. Ihr Kommen müssten Sie uns bis zum 4. April mitteilen.



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat zum Singen und einem kulturellen Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

SALZBURGER VEREIN



Sonnabend, 17. März, 13 Uhr, Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41: Die Landesgruppe Hamburg (Schleswig-Holstein/Nordniedersachsen) trifft sich zu diesen Vorträgen: „Begebenheiten und Merkwürdigkeiten aus dem Ostpreußen des 19. Jahrhunderts“. Referent ist Rudolf Forstreuter. Den Reisebericht „Patagonien – Tierra del Fuego“ hält dann Eckhard Schlemminger, Hamburg. Mitglieder des Vereins und Gäste sind herzlich willkommen.

HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Am Sonnabend, 17. März, treffen wir uns zum Monatstreffen im Luise-Büchner-Haus, Grundweg 10, wie neuerdings eingeführt, bereit um 11 Uhr. Nach dem gemeinsamen Essen ist im Programm ein Vortrag vorgesehen, über „Das Leben der Fischer und Gemüsebauern im Memelland“. Herr Milkereit aus der Kreisgruppe Offenbach wird uns mit seinen Worten und Bildern in das Memelland der Jahre vor 1940 entführen.

Wir freuen uns über eine rege Teilname an unserem Treffen und begrüßen auch gerne Gäste, die wir wie immer herzlich willkommen heißen. Eine gute Besserung und baldige Genesung wünschen wir allen Kranken, und hoffen auf ein Wiedersehen bei unserem nächsten Treffen.

Dillenburg – Mittwoch, 21. März, 15 Uhr, Café Eckstein, Königsberger Straße: Monatsversammlung. Dietmar Balschun spricht über den Maler Emil Nolde und seine Kunst. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

– Bericht –

Die Gruppe legte zu Beginn der Monatsversammlung vom 28. Februar ein stilles Gedenken für Georg Schulz ein, der am 17. Februar gestorben ist. Der Vorsitzende Dietmar Balschun sagte ein paar Worte und berichtete, dass er und Lothar Hoffmann zur Beerdigung gegangen waren.

Nach dem Kaffeetrinken berichtete Hans-Joachim Naujoks über das ostpreußische Gestüt Trakehnen. Der Dichter Rudolf Binding nannte Trakehnen einmal „Das Heiligtum der Pferde“. Ganz Ostpreußen galt als das Pferdeland schlechthin. So stammt auch das älteste Stutbuch – eine Art Pferde-Stammbaum – aus Ostpreußen. Graf Dohna-Schlobitten ließ es in den Jahren 1623 bis 1631 für seine Pferde anlegen. Es enthält Aufzeichnungen über 40 Beschäler (Hengste) und 213 Stuten.

Im Jahre 1713 erließ König Friedrich Wilhelm I. ein Edikt, um die Pferdezucht in Ostpreußen aufzubessern. Generalfeldmarschall Leopold von Anhalt-Dessau (der Alte Dessauer) gab die Anregung, eine Pferdezuchtanstalt zu errichten. 1725 entschied sich der König für ein Gebiet in der Nähe von Gumbinnen. Die Gegend dort war damals noch eine trostlose Einöde voller Sümpfe. Ab 1726 wurde gerodet und ein Kanal zur Entwässerung angelegt. Die Arbeit verrichteten in mehreren Jahren zirka 600 preußische Soldaten. Sie bauten auch die Anlagen, Gebäude und Ställe. Im Jahre 1731 wurde das „Königliche Stutamt Trakehnen“ errichtet, zu dem der König aus ganz Ostpreußen etwa 1100 Pferde zusammenzog. Es gab verschiedene Pferderassen: Neapolitaner, Dänen, Andalusier und englische Vollblüter.

Am 1. September 1732 konnte der Oberstallmeister Graf Schwerin dem König die Inbetriebnahme melden. Trakehnen erhielt den Status eines Hofgestüts, das vornehmlich Reit- und Kutschpferde für den königlichen Marstall zu liefern hatte. Außerdem wollte König Friedrich II. von dort seine Kavalleriepferde beziehen. 1763 übernahm Johann von Domhardt das Gestüt. Er versuchte, durch englisches und arabisches Blut die Veredelung der Trakehner Pferde durchzusetzen, außerdem sollten die Stuten der ostpreußischen Landwirte kostenlos von Trakehner Hengsten gedeckt werden. Graf von Domhardt stellte dazu zehn Landbeschäler zur Verfügung. Aber erst 1787 nahm die Qualität der Trakehner bedeutungsvoll zu. Kein anderes Pferd besaß solch eine große Ausdauer wie der Trakehner. Kuriere auf Trakehner Pferden bewältigten den Weg von Berlin nach Königsberg in 24 Stunden. Sie waren die schnellsten.

Nach dem Tode Friedrichs des Großen 1786 wurde Trakehnen vom Staat übernommen und „Königlich Preußisches Hauptgestüt“ genannt. Carl Graf von Lindenau wurde preußischer Oberstallmeister. Er führte auch die stilisierte siebenzackige Elchschaufel als Brandzeichen ein, mit der zunächst nur Reitpferde, ab 1815 aber alle Trakehner gekennzeichnet wurden. Die doppelte Elchschaufel zeichnete ab 1888 alle im Stutbuch eingetragenen warmblütigen Pferde Trakehner Abstammung aus.

Ab 1887 erfolgte die Organisation des Gestüts in einen Reit- und in einen Wagenpferdebereich. Schwache Pferde wurden ausgegliedert. Schon 1826 war Trakehnen als Hauptgestüt mit 20 Beschälern und etwa 300 Stuten das größte Gestüt Preußens. Es belieferte alle ostpreußischen Landgestüte mit guten Hengsten und lieferte die Pferde für das preußische Heer. Landgestüte gab es in Georgenburg, Braunsberg, Marienwerder und Rastenburg. Der bekannteste Hauptbeschäler, von dem insgesamt 54 Beschäler, 60 Mutterstuten und viele Reit- und Turnierpferde abstammen, war „Tempelhüter“. Vor dem Herrenhaus des Landstallmeisters in Trakehnen steht seine Statue, jetzt eine Nachbildung (das Original haben die Russen 1945 nach Moskau gebracht. Eine Kopie steht auch vor dem Deutschen Pferdemuseum in Verden an der Aller).

Im Ersten Weltkrieg wurden die Gebäude in Trakehnen zerstört, die Pferde ausgelagert, sie kamen aber nach 1919 wieder zurück. 1936 standen in Trakehnen 1289 Hengste bereit, die jährlich etwa 90 000 Stuten deckten. Trakehnerpferde stellten auch die Siegerpferde bei den Olympischen Spielen 1920, 1924, 1928 und 1936.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges war schlimm. Bis 1944 gab es keinen Plan zur Räumung. Gauleiter Koch verbot jedes Flüchten. Im September 1944 gab es dann einen Teiltransport ins Reich, aber am Ende waren noch 700 Pferde in Trakehnen, von denen zirka 300 den Russen in die Hände fielen. Sie richteten später ein Trakehner-Gestüt in Kirow bei Rostow am Don ein. In Deutschland gibt es heute die meisten Trakehner in Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Im Jahre 1947 wurde der Verband der Züchter und Freunde Trakehnens gegründet, der größte Pferdezucht-Verband Deutschlands. In Polen zog man alle Trakehnerpferde mit Brandzeichen zusammen. Sie werden dort Masurische Pferde genannt.

Trakehnen selbst wurde bei Kriegsende total zerstört, aber durch deutsche Spenden wieder aufgebaut. Es kann besichtigt werden. Im Landmeisterschloss ist eine Schule untergebracht. Im Jahre 2007 konnte man dort die 275-jährige Gründung feiern. Das eigentliche Gestüt befindet sich jetzt in Georgenburg.

Ingrid Nowakiewitsch

Wiesbaden – Sonnabend, 17. März, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: „Ostpreußische Mandelfreuden – Marzipan selbst gemacht“. Ein Bilder-Vortrag von Helga Kukwa, die mit ihrer Familie die weltberühmte Spezialität schon seit vielen Jahren in den eigenen vier Wänden herstellt. Natürlich nur für den privaten Gebrauch. Nach eigenen Rezepten entstehen in Handarbeit liebevoll geformte und knusprig geflämmte Köstlichkeiten für Herz und Gaumen. Helga Kukwa erzählt, wie ihr Marzipangebäck nach Königsberger Art zubereitet wird und welche Zutaten verwendet werden. Vor dem Vortrag: Beisammensein bei Kaffee und Kuchen von der Konditorei Gehlhaar.

Kassel – Donnerstag, 5. April, 14.30 Uhr, Cafeteria Niederzwehren, Am Wehrturm 3: Unter dem Motto „A.-E. Johann – ein Leben auf Reisen“ stellt Rudi Zülch den Bromberger Schriftsteller vor.

– Bericht –

Üblicherweise stehen die ostpreußische Heimat oder auch historische Betrachtungen auf dem Vortragsprogramm der Kreisgruppe. Beim Märztreffen trat die „neue“ Heimat – besser das jetzige Zuhause – in den Blickpunkt. Der Vorsitzende des Kasseler Nabu, Peter Lorenz, zeigte den Anwesenden mit Wort und Bild das prächtige Naturbild des Weltkulturerbes Bergpark Bad Wilhelmshöhe am Ostrand des Habichtswaldes. Der ausgewiesene Naturfotograf beschränkte sich dabei nicht auf effektvolle Parkszenerien, sondern rückte auch einzel-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen!

Wir benötigen eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten für die Ostpreußische Landesvertretung (Mitgliederversammlung) zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60 Euro. Der Aufnahmeantrag lässt sich auf www.ostpreussen.de (Unterbereich „Mitgliedschaft“) ganz einfach herunterladen, oder Sie können ihn schriftlich anfordern bei:

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Dr. Sebastian Husen,
Bundesgeschäftsführer
Buchtstraße 4
22087 Hamburg
husen@ostpreussen.de

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

ne Bäume, Blütenpflanzen, Säugetiere, Vögel, Reptilien und Schmetterlinge als bewundernswerte Naturschöpfungen ins Blickfeld. Besonderen Eindruck auf die Zuschauer machten beispielsweise Aufnahmen von Eisvogel, Wasseramsel mit Jungen und (Problem-)Waschbären. Sie alle können in Europas größtem Bergpark beobachtet werden. Natürlich fehlten auch nicht die den Park prägenden Wasserfälle, Teiche, Tempel und Schlossbauten mit ihrem Zauber in den verschiedenen Jahreszeiten oder bei Märchenbeleuchtung aus besonderem Anlass. Solche bewegenden Augenspaziergänge brauchen wir von Zeit zu Zeit, besonders jene Landsleute, welche die schönen Seiten unseres Landes – ob im verwehenden deutschen Osten oder im verbliebenen Westen – nicht mehr so ohne Weiteres aufsuchen können.

Gerhard Landau



Kreisgruppe Kassel: Über die vielfältige Tier- und Pflanzenwelt im Bergparkt Wilhelmshöhe – inklusive „Problem"-Waschbären – sprach Peter Lorenz vom Nabu Bild: Jörn Schimmelpfeng/Wikipedia



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Freitag, 16. März, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Dienstag, 3. April, 16.30 Uhr, Hotel Novum, Blumenhaller Weg 152: Kegel.

Rinteln – Donnerstag, 12. April, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln (Navi: Bäckerstraße 1 oder Kreuzstraße): Bei diesem Treffen wird Dr. Hans-Walter Butschke aus Lemgo den Vortrag „Hirsche in Rominten und in aller Welt" halten. Neben den Mitgliedern und Freunden sind ebenfalls Angehörige und interessierte Gäste aus Nah und Fern sind wie immer herzlich willkommen. Weitere Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit der Gruppe gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat: Telefon (0 57 51) 53 86 oder über E-Mail: rebuschat@web.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Die Frühjahrstagung der Landesgruppe (Landes-Delegierten, Kultur- und Frauentagung) findet statt am Sonnabend, 17. März, ab 10 Uhr, im Haus Union, Schenkendorfstraße 13, 46047 Oberhausen. Die Jahreshauptversammlung endet etwa um 12.30 Uhr. Nach dem Mittagessen (Im Tagungsbeitrag von 15 Euro beinhaltet ebenso Kaffee und Kuchen) bietet das Nachmittagsprogramm drei Vorträge:

Erstens: Professor Udo Arnold, Bad Münstereifel, spricht zum Thema „Vom Ordensland zum Preußentum. Preußen als erstes protestantisches Fürstentum".

Zweitens: Der Vortrag „Preußens Einwanderer in der Literatur am Beispiel der Erzählung ‚Der Geburtstag' von Agnes Miegel" von Dr. Bärbel Beutner, Münster.

Drittens: Paul Sobotta, Wesel, stellt die „Preußische Tafelrunde" vor. Alle Mitglieder der Landsmannschaft, aber auch Freunde Ostpreußens sowie interessierte Gäste sind herzlich eingeladen.

Bielefeld – Die Zusammenkunft der Ostpreußen in Bielefeld findet nun einmalig im Monat im „Haus der Diakonie", Kreuzstraße 19a in 33602 Bielefeld statt. Beginn des ersten Heimatnachmittags am neuen Treffpunkt ist am 9. April um 14 Uhr.

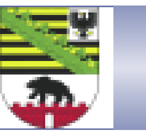
Bonn – Dienstag, 27. März, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises. – Dienstag, 3. April, 18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brändström-Straße 74, Bonn Beuel: Monatsveranstaltung..

Dortmund – Montag, 19. März, 14.30 Uhr, Landgrafenstraße 1–3 (Eingang Märkische Straße): Monatliche Zusammenkunft in der Heimatstube.

Neuss – Jeden zweiten Mittwoch im Monat, von 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Frauengruppe. – Jeden ersten und letzten Donnerstag im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür.

Wesel – Sonnabend, 7. April, 15 Uhr, Heimatstube. Kaiserring 4: Traditionelles Frühlingsfest mit Grützwurstessen. Ein buntes Programm wird für schöne Stunden in heimatlicher Umgebung sorgen. Anmeldungen bis zum 18. März bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403.

Witten – Montag, 19. März, 15 Uhr, Versammlungsraum, Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Offenes Singen.

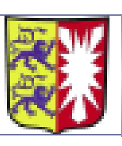


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 23. März, 14 Uhr, Begegnungsstätte VS Gardelegen: Treffen zum Thema „Erinnerungen an 25 Jahre LOV".

Halle – Freitag, 6. April, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität An der Marienkirche 4 (Marktplatz): Treffen.

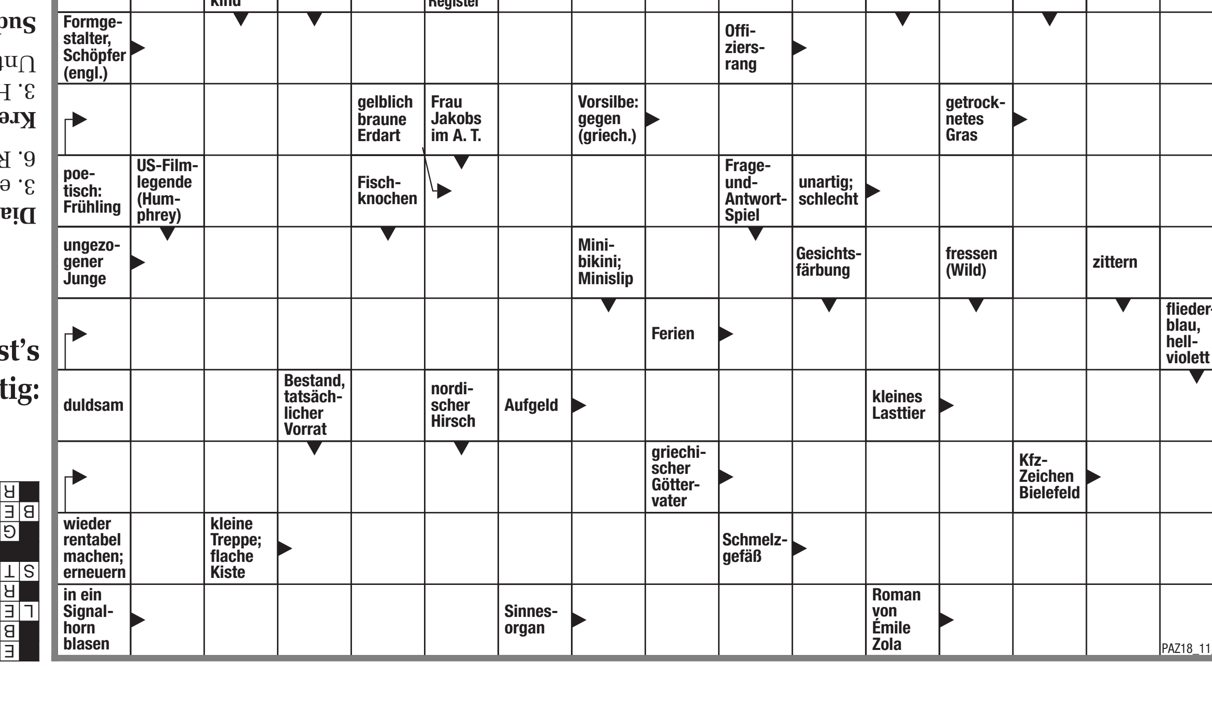


SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Malente – Donnerstag, 29. März, 15 Uhr, Pflanzencenter Buchwald, Rövkampallee 39: Jahreshauptversammlung. Danach soll die Situation der Landsmannschaft besprochen werden. Für die Mitglieder gibt es Kaffee und Kuchen. Anmeldungen bitte bis Freitag, 23. März, im Blumenhaus Franck in der Bahnhofstraße 26 unter Telefon (04523) 2659.

Mölln – Mittwoch, 28. März, 15 Uhr, Quellenhof: Zusammenkunft mit dem bekannten Naturfotograf, Wolfgang Buchhorn. Er wird einen Vortrag über die heimische Fauna und Flora darbieten. Buchhorn wird uns mitnehmen auf eine Bilderreise in unsere wunderschöne lauenburgische Wald-, Wasser- und Tierwelt. Zur Entstehung der Fotos wird er sicherlich so manche spannende Geschichte erzählen können! Bei Kaffee, Kuchen oder Torte wollen wir uns auch unterhalten. Vielleicht möchte jemand zu dem eine Geschichte oder ein Gedicht zum Besten geben? Wie immer sind auch Gäste herzlich eingeladen!



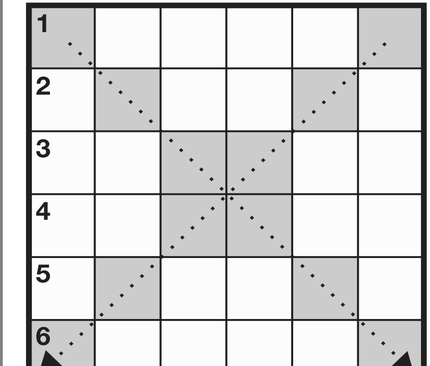
PAZ18_11_11

Sudoku

		6					7	8
			3			6		9
				2	8			
		8	2	6			4	
	6	9				7	1	
	4			5	7	8		
			5	3				
1		5			9			
7	8					5		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



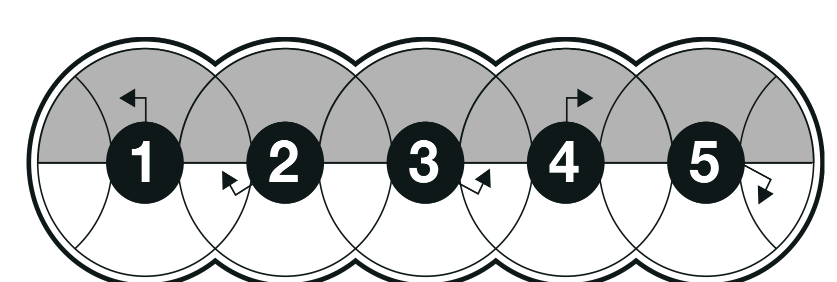
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Schiffstypen.

1 streng, genau
2 Flächenmaß
3 zu etwas taugen (sich ...)
4 Geschäftsvermittler
5 Sprossenstiege
6 Pferdesportler

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Gespräch.

1 FKK-Anhänger, 2 keimfrei, 3 Gebieterin, 4 Brause, 5 Wahlspruch



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. strikt, 2. Hektar, 3. eignen, 4. Makler, 5. Leiter, 6. Reiter – Segler, Tanker

Kreiskette: 1. Nudist, 2. steril, 3. Herrin, 4. Dusche, 5. Losung – Unterredung

Sudoku:

4	3	6	1	9	5	2	7	8
8	1	2	3	7	4	6	5	9
9	5	7	6	2	8	4	3	1
5	7	8	2	6	1	9	4	3
2	6	9	8	4	3	7	1	5
3	4	1	9	5	7	8	2	6
6	9	4	5	3	2	1	8	7
1	2	5	7	8	9	3	6	4
7	8	3	4	1	6	5	9	2

Die Preisrätsel-Burg

Eine *PAZ*-Leserin erklärt das Bauwerk

Das Bild für das Preisrätsel der Ostpreußischen Kulturstiftung Ellingen vom 22. Dezember 2017 (PAZ 51/52, Seite 16) zeigt Burg und Kirche Rößel, am Nordrand des Kreises Rößel im Ermland unweit von Rastenburg gelegen. *PAZ*-Leserin Audlind Voland fand es schade, dass dabei so wenige Informationen über das imposante Bauwerk mitgeliefert wurden. Also verfasste sie selbst einen erklärenden Artikel.

Rößel war eine der drei großen bischöflichen Burgen neben Heilsberg und Allenstein. Nach einer zerstörten hölzernen Vorläuferburg aus der Eroberungszeit des Deutschen Ordens (1241) entstand die steinerne Bischofsburg erneut zwischen 1350 und 1375 und ist eine zweiflügelige Kastellburg über rechteckigem Grundriss, mit Bergfried, Torturm und Dansker. Auf einem hohen Bergvorsprung gegründet, vereinte schließlich die mehrteilige Anlage viele Einzelgebäude aus verschiedenen Jahrhunderten.

Nachdem schon 1775 die Burgkapelle an der Südwestecke der evangelischen Gemeinde zugewiesen worden war, wurde nach dem Brand von 1807 der gesamte Südflügel zur Kirche umgestaltet und 1823 erneut der evangelischen Gemeinde übergeben. Der Betrachter des Preisrätselbildes blickt von der östlichen Talseite her auf die Burg und sieht rechts im Bild den auf quadratischem Sockel ruhenden zylindrischen Aufbau des Bergfrieds mit der umlaufenden Reihe der Wehrfenster, schwach erkennbar. Dieser imposante Rundturm, aber auch der in der Mitte der Schau- und Eingangsseite gelegene Torturm werden auf dem Bild verdeckt von dem dreigeschossigen Ostflügel, über dem der schlanke Turm der evangelischen Kirche gerade noch erkennbar ist.

Drei verschiedene Foto-Perspektiven der Burg Rößel vermittelte 1916 der Provinzialkonservator Richard Dethlefsen in seinem Buch „Das schöne Ostpreußen“. Zwei davon druckte 1927 auch der Königsberger Kunsthistoriker Karl-Heinz Clasen in Band 1 seines Werks „Die mittelalterliche Kunst im Gebiet des Deutschordensstaates Preußen“, darunter auch die im Dezember im *Ostpreußenblatt* abgebildete Sicht auf die Burg.

Das eindrucksvollste Bild lieferte allerdings die Kunst vor 100 Jahren und zwar zur „Erinnerung an den großen Krieg“. Der aus Heiligenbeil stammende Maler Fritz Haß (1864–1930) machte mit seinem Ölgemälde von 1915 die Burg Rößel zu einem der beliebtesten Motive auf den Feldpostkarten des Ersten Weltkriegs.



Die Burg in einem Gemälde von Fritz Haß — Bild: privat

Kulturpreis 2018: Auch in diesem Jahr vergibt der Bund der Vertriebenen in Bayern seinen mit 2000 Euro dotierten Kulturpreis. Augezeichnet werden künstlerische, literarische oder wissenschaftliche Beiträge, die Themen der Vertriebenen oder Spätaussiedler behandeln. Bewerbungen und Vorschläge bis zum 10. Juni an: Vereinigte Landsmannschaften, Am Lilienberg 5, 81669 München, Telefon (089) 481447, Internet: www.bdv-bayern.de.

Es war sogar die gleiche Hebamme

Sein Surminski-Porträt hatte Folgen – aber das erzählt Peer Schmidt-Walther besser selbst ...

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* vom 19. Januar ist auch im fernen Australien aufmerksam studiert worden, besonders die Seite 17. In meinem Artikel „Ein Apfel aus Jokehnen“ über Arno Surminski stieß Leser Harry Spiess aus Donvale bei Melbourne auf den Hinweis, dass der Schriftsteller an einem Buch arbeitet, in dem ein ostpreußischer Lokführer aus Prostken im Mittelpunkt steht. Spiess schrieb in einem Brief, den Arno Surminski mir dieser Tage überließ, dass er Lokführer sei und aus Fürstenau, heute Lesniewo, stamme. Das ist ein Nachbarort von Jäglack beziehungsweise Jokehnen wie Surminski sein Heimatdorf im Roman nannte. In Fürstenau wurde Spieß am 17. November 1932 mit Hilfe der Hebamme geboren, die auch Surminski ans Licht der Welt holte. In der Drengfurter Kirche, in der Harrys Eltern heirateten, wurden beide Jungs getauft.

Wie Surminski wollte Spiess nach Kanada

Die Wohnung der Familie Spiess lag über Hills Zigarrengeschäft am Markt. Sein Großvater mütterlicherseits, Bernhard Tausendfreund, war Schmied und Stellmacher auf dem Gut Budnick am Fürstenauer See. Sein Großvater väterlicherseits, Richard Spiess, war Lokführer auf der Barten-Nordenburger-Kleinbahn, die eine Haltestelle nahe Schloss Jäglack unterhielt. Durch ihn wurde Harry später inspiriert, denselben Beruf zu erlernen.

1939 zog die Familie nach Tilsit, wo Vater Erwin als Oberbetriebsmonteur Arbeit im Umspannwerk fand. 1944 musste Mutter Minna mit zwei Töchtern und dem Sohn Harry fliehen – per Zug über Rastenburg und Königsberg nach Belgard in Pommern. Schließlich zogen sie weiter nach Berlin, wo man nach Kriegsende im Französischen Sektor eine Unterkunft fand. Nachdem die Schulzeit abgeschlossen war, lernte Harry 1948 Feinmechaniker im Ostsektor. Er bekam aber keine Arbeit und bewarb sich für eine Auswanderung nach Kanada. Eine Parallele zu Arno Surminski, der Gleiches tat. Im Gegensatz zum späteren Schriftsteller, klappte es jedoch bei Spiess nicht, da die Einwanderungsquote bereits erfüllt war. Spieß versuchte es stattdessen mit Australien und hatte Erfolg. 1952 verließ er mit dem Passagierdampfer Anna Selen Bremerhaven. Bei den Victorian Railways in Melbourne fand er ab 30. März 1952 Arbeit als Dampflok-Heizer und wurde nach fünf Jahren zum Lokführer befördert, später auch auf Diesellloks.

„Der Höhepunkt in meinem Lokführerberuf“, berichtet er, „kam im Jahr 1988. Ich konnte zwei Mal den Flying Scotsman nach Seymor in unserem Staat Victoria fahren“. Dazu muss man sagen, dass No. 4472 die berühmteste und schnellste Dampflok Englands war, die per Schiff den weiten Weg nach Melbourne antrat und dort aus Anlass der 200-Jahrfeier würdig das Mutterland vertrat.

1958 heiratete Spiess die Australierin Noreen, mit der er auf dem Englischen Konsulat in Berlin beim ersten Heimaturlaub am 24. Februar getraut wurde. Nach 40 Jahren Arbeit für die Victorian Railways ging er 1992 in den Ruhestand. Seiner alten Heimat gegenüber ist er nach wie vor eng verbunden. „Im Jahr 1968“, schreibt er weiter, „habe ich hier eine Ostpreußen und Westpreußen-Gruppe gegründet. Ende August feiern wir unser 50-jähriges Bestehen. Wir haben noch 70 Mitglieder“. Seine Noreen und er feierten am 24. Februar 2018 im Kreis ihrer großen Familie (fünf Kinder, 14 Enkel und vier Urenkel) die Diamantene Hochzeit.

»Unterwegs – Roman eines Lokführers«

Arno Surminski hat sich sehr über diese Reaktion vom sechsten Kontinent gefreut, zumal auf diese Weise ein noch lebender ostpreußischer Lokführer auf die Bühne getreten ist – im Gegensatz zu dem fiktiven Kollegen im Buch, das zu einem noch nicht feststehenden Zeitpunkt unter dem Titel „Unterwegs – Roman eines Lokführers“ erscheinen soll.

Peer Schmidt-Walther





Oben: Im Führerstand des legendären Flying Scotsman
Unten: Spiess neben der Lok. Einst die berühmteste und schnellste Dampflok Englands — Bilder (3): privat



Ostpreußen lebt – auch in Australien: Spiess' Gruppe hat 70 Mitglieder. Ende August wird 50-jähriges Bestehen gefeiert

Quengel-Ware zur Beeinflussung der breiten Masse

Zu: „Wolfgang, Sie sind …“ (Nr. 6)

Der Erfahrungsbericht des Autors ist die neueste, mir noch nicht bekannte Variante der Menschenbeeinflussung. Genanalysen sind zwar nicht neu, doch wie dies im Sinne der „Nudging“ (indirekte Beeinflussung von Meinungen) jetzt gehandhabt wird: Chapeau! Das Interessante an den Genanalysen ist die Beeinflussung der öffentlichen Meinung, ohne dass die Masse das merkt.

„Nudging“ sehen Sie in der Werbung. Bunte Menschenkinder lächeln Sie auf allen Werbebenen an. Da haben Sie locker die 2,1 Prozent Afrikaner und vieles Schönes mehr.

Früher sollte der Nachbarstaat vermittels Karikaturen schlecht gemacht werden. In Frankreich gab es im 19. Jahrhundert die Zeitschrift „La Caricature“ (entspricht dem heutigen „Charlie Hebdo“), in der alle als bösartig karikiert wurden. Die besten Zeichner der damaligen Zeit, Daumier und Grandville, schreckten vor nichts zurück. Viele Daumier-Zeichnungen hängen heute noch in vielen Anwaltskanzleien, da besonders der Richter-Stand karikiert wurde. Das gipfelte in der berühmten „Birne“-Zeichnung des Bürgerkönigs Louis Philippe, der vom „Spiegel“ einmal mit Bundeskanzler Kohl (als Birne) verglichen wurde. In England war in diesem Genre William Hogarth aktiv.

In den Weltkriegen wurde diese Art der Negativ-Propaganda verstärkt eingesetzt. Dafür gab es in England das „Crewe-House“, in Frankreich das „Maison de la Presse“.

Es blieb den Amerikanern vorbehalten, seit dem Ersten Weltkrieg diese Art der Beeinflussung mithilfe fähiger Psychologen am stärksten weiterzuentwickeln. Es ist nicht falsch anzunehmen, dass darin die Grundlage liegt für die spätere „Re-Education“, die immer stärker einsetzende psychologische Beeinflussung der öffentlichen Meinung.

Als kleine geschichtliche Petitesse sei erwähnt, dass Frankreich in seinem „Gelbbuch“ von 1914 nach den damaligen Forschungen die öffentliche Meinung durch irreführende Fälschungen beeinflussen wollte. Das kam nur heraus, weil die Sowjetunion für Forscher ihre russischen Archive veröffentlicht hatte.

Die Werbeindustrie hat dankbar diese Art der indirekten Beeinflussung der öffentlichen Meinung aufgegriffen, das reicht von der sogenannten „Quengel-Ware“ (Süßkram in Höhe der Kinderwagen und für Kleinkinder gut erreichbar) bis hin zur Beeinflussung der erwachsenen Kunden.

Manfred H. Krause, Isernhagen

Essens-Belagerung

Zu: Selber machen! (Nr. 9)

Die Aufregung über die Entscheidung der „Essener Tafel“ zeigt einmal mehr die Uneinsichtigkeit derjenigen, welche die Realität des inzwischen erreichten Zustandes der Verhältnisse in Deutschland nicht mehr wahrnehmen wollen. Da hat die Kanzlerin eine „Willkommenskultur“ ausgerufen, die allen Elenden dieser Welt eine neue gesicherte Heimat anbot. Mit dieser Einladung hat die Politik dann auch die Konsequenzen zu tragen, das heißt, dass die jetzt die „Tafel“ stürmenden jungen ausländischen Männer den falschen Ort belagern. Sie müssten das Kanzleramt beziehungsweise die nachgeordneten Behörden als Vertreter dieser rechtswidrigen Entscheidung aufsuchen, um das Versprechen einzufordern.

Schlimm genug, dass es in diesem reichen Land Bürger – deutsche Bürger – nötig haben, um Almosen zu betteln. Dieser Zustand ist ein Skandal, der durch die „Tafel“ nur gemildert wird. Deutschen zuerst zu helfen, ist kein Rassismus, sondern die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der deutschen Politik, angefangen von der Bundesregierung bis zum letzten Ortsrat. Und wer als Christ jetzt Einspruch erhebt, dem seien die Worte des Apostels Paulus aus dem Brief an die Galater in Erinnerung gerufen: „Lasst uns Gutes tun an jedermann, allermeist aber an des Glaubensgenossen“ (6, 10).

In diesem Sinne beginnt der Skandal bereits da, wo christliche Politiker den Christen unter den Flüchtlingen nicht einen Vorrang einräumen. „Dem Deutschen Volke“ steht als andauernde Mahnung über dem Reichstagsportal – nicht der zufälligen „Bevölkerung“ unseres Landes. Wer in den Bundestag gewählt worden ist und das bezweifelt, sollte zu Fuß mit Blick nach oben den Reichstag betreten, ansonsten sitzt er im falschen Parlament.

Prof. Karl-Heinz Kuhlmann, Bohmte

Selber zahlen

Zu: Reißleine gezogen (Nr. 9)

Weshalb haben die Tafeln immer größeren Zulauf? Doch wohl nur, weil die Armut in unserem Land zunimmt. Es darf aber nicht sein, dass viele alleinerziehende Mütter und alte Frauen finanziell kaum noch über die Runden kommen. Geld in den Staatskassen ist jedenfalls reichlich vorhanden.

Das Migrations- und Asylwesen mit seinen Auswüchsen kostet die Steuerzahler bekanntlich die gigantische Summe von 50 Milliarden Euro und mehr jährlich. Für jeden „minderjährigen“ unbegleiteten Flüchtling fallen im Durchschnitt 5000 Euro pro Monat an. Aber bedürftige deutsche Senioren müssen sich an Tafeln von jungen, rabiaten Fremden drangsalieren lassen. Das ist skandalös.

Schande über eine Bundeskanzlerin, die an der unausweichlichen Entscheidung der Tafel in Essen „herummerkelt“. Wer freilich wie sie den grundsätzlichen Unterschied zwischen denen, die „schon etwas länger hier sind“, und den erst kürzlich Zugereisten missachtet, wird natürlich in das große Horn der Gutmenschen blasen.

An diesem Punkt ist endlich einmal die Frage der Priorität zu stellen. Wer hat dieses Land, seine Kultur, seine Lebensqualität und seinen Wohlstand aufgebaut und darum die älteren und besseren Rechte? Wessen Bedürfnisse haben Vorrang? Wo sind die Grenzen der Solidarität?

„America first“, „La France d'abord“, „Eigen volk eerst“ heißt es inzwischen bei befreundeten Nachbarn. Einige Staaten haben sogar ihre Grenzen für Migranten ganz dichtgemacht. Angesichts des haarsträubenden Rechtsmissbrauches plädiert neuerdings ein deutscher Verfassungsrechtler für ein schärferes Asylrecht.

Vielleicht gibt es eine einfachere und schnellere Lösung. Wer sich aus welchen Gründen auch immer nach Deutschland aufmacht, sollte seinen Aufenthalt und alle von ihm verursachten Kosten selber bezahlen. Das würde den deutschen Steuerzahler ungemein entlasten und der Migrationsindustrie schlagartig den Garaus machen. Für arme Deutsche wäre aber wieder genug Geld da.

Adolf Frerk, Geldern

Einer von sechs beschmierten Lieferwagen der Essener Tafel: Weil die Organisatoren vorerst keine neuen Ausländer mehr an ihrer Tafel zulassen wollen, werden sie auf das Übelste beschimpft und denunziert

Bild: Imago

Arme Ritter der Tafelrunde, aber Vorsicht: Satire!

Zu: Selber machen! (Nr. 9)

Von der – ironisch gesprochen – unmenschlichen und abscheulichen Entscheidung, neu in unser Land gekommene Bürger (also liebe Gäste dieses unseres Landes) von der Essener Tafel auszuschließen, haben sicher schon alle gehört. Doch Hunger kennt keine Nation. Hunger kennt keine Grenzen. Hunger kennt nur knurrende Mägen. Schon Jesus soll damals Brot und Fische für unzählige Menschen serviert haben.

Soweit ich die Überlieferungen kenne, wurde dabei jeder köstlich und üppig bewirtet. Sogar die Vegetarier und Veganer waren bald ganz vernarrt in die schuppigen Grätenviecher vom Grill. Und was machen wir? Und das – oh Schande – unter einer Regierung, die das heilige „christlich“ stolz in ihrem Namen trägt. Wir alle sollten uns jetzt sehr heftig und inbrünstig schämen, so unmenschlich gegen die Schwächsten der Schwachen und die noch viel Schwächeren vorzugehen. Jeder anständige Japaner hätte jetzt – seinem genetisch motivierten Ehrgefühl folgend – schnell mal Harakiri gemacht. Ruck zuck! Doch leider sind Messer mit Klingenlängen über 14 Zentimeter hier schon wieder streng verboten – jedenfalls für die, die schon länger hier leben und nicht so gerne damit rumschlitzen.

Ritter der Tafelrunde – wie lange ist das schon her? Heute gibt es nur noch Tafeln für runtergekommene Rentner, die – wie sollte es anders sein – der Faulheit ihres Lebens ihre Gier nach Almosen (sprich Tafeln) entgegensetzen. Wie abscheulich egoistisch ist das nur? „Nur wer arbeitet soll essen“ Diese Weisheit stammt sicher von irgendwem, doch ich habe – mangels Abitur – den wahren Urheber leider nicht erkennen können. Fakt ist doch: Wer nicht genügend in die Rentenkassen eingezahlt hat (Motiv: vermutlich meist Faulheit oder genetisch begründetes Schmarozertum), bekommt auch nur das, was ihm zusteht. Und wenn das nicht zum Leben reicht? Na ja, da gibt es ja noch eine Alternative, die ein wenig vom lebendigen Leben abweicht und ein bisschen Mut erfordert. Aber diese Schisshasen wollen sich lieber feige auf Kosten unserer neuen Bürger an den Tafeln sattfressen als selber zu kochen.

Meine Bundeskanzlerin und ich stimmen da – schon wieder – völlig überein: Solche Unterschiede soll und darf es nicht geben. Wir sind extrem gastfreundlich geprägt. Und Gäste werden immer bevorzugt. Allein schon wegen des Images, das wir damit in der Welt prägen. Schließlich sind wir exportorientiert. Und Bescheidenheit ist keine Zier, sondern in der heutigen Zeit sehr angebracht – für die eine entsprechende Bevölkerungsgruppe jedenfalls.

Gerade die sollte mal aufrechnen, was sie diesen Staat alles gekostet hat: in diesem Lande leben zu dürfen. Atmen zu dürfen. Zur Wahl gehen zu dürfen. Arbeiten zu dürfen. Steuern zahlen zu dürfen. Einkaufen zu dürfen. Sich impfen lassen zu dürfen. Bundesliga sehen zu dürfen. Das ist doch das paradiesische Schlaraffenland, und das hat seinen Preis.

Und wenn die, die nun eigentlich gar nicht mehr so richtig produktiv dabei sind, wegen ein paar dieser „Gold-werten“ Neubürger eifersüchtig meckern, dann haben sie ihre früheren Privilegien noch immer nicht richtig begriffen. Und wer nicht begreift, ist dumm. Und Dumme brauchen wir in diesem Land der Dichter, Denker und Nobelpreisträger (früher jedenfalls) schon mal gar nicht.

Das sei nur mal so – satirisch – am Rande erwähnt. Übrigens beträgt die durchschnittliche Rente in diesem Lande bei Männern zirka 1100 Euro und bei Frauen rund 800 Euro. Wo gibt es da einen Grund zum meckern? In Uganda betragen die Renten dem Hörensagen nach 25 beziehungsweise elf Euro. Also …?

Henry Stephan, Himbergen

Fiese Gülle-Grube

Zu: Selber machen! (Nr. 9) und: Reißleine gezogen (Nr. 9)

Welcher geistigen Gülle-Grube muss man entstiegen sein, um ehrenamtliche Helfer bei den gemeinnützigen Tafel-Hilfsorganisationen als „Rassisten“ und „Nazis“ zu bezichtigen und ihre Fahrzeuge mit widerwärtigen Schmierereien zu versehen. (Siehe dazu obiges Bild, d. Red.)

Ich bezweifele, dass diese Schmuddel-Klientel jemals ehrenamtliche Hilfe anbieten wird, solange sich unter den Bedürftigen noch Deutsche befinden.

Gisela Recki, Troisdorf

Die Hoffnung stirbt zuletzt, wenn die Saarländerin kommt

Zu: Saarlands Hans im Glück (Nr. 8)

Annegret Kramp-Karrenbauer soll nun als neue Generalsekretärin die CDU-Karre aufmotzen, liften und ein mehr jugendliches Aussehen verleihen. Die Wunschkandidatin von Bundeskanzlerin Angela Merkel kommt aus dem Saarland.

Um Himmels Willen, das ist doch das Bundesland aus dem DDR-Staatschef Erich Honecker, Justizminister Heiko Maas und der designierte Wirtschaftsminister Peter Altmaier stammen. Alles ausgesprochen hartgesottene Ideologen von ausgesuchter Qualität. Da schwant dem Bundesbürger nun wahrlich nichts Gutes.

In der Tat hat Merkel da doch wieder ein ganz linkes Ding aus dem Hut gezaubert. Die Botschaft an die Wählerschaft soll offensichtlich lauten: „Schaut her, so regele ich vorausschauend in vier Jahren meine Nachfolge.“

Betrüblich allein ist jedoch die Tatsache, dass sie noch eine volle Legislaturperiode weitermachen, weiterwursteln will.

Nun wird Kramp-Karrenbauer forsch an die Sache herangehen. Fehlendes Fachwissen muss mit einer betont frischen Vorgehensweise ersetzt werden.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat das vorzüglich vorgemacht. Die Bundeswehr ist für einen Ernstfall nicht einsatzfähig, da nur 70 Prozent der schweren Panzer Leopard 2 hierfür zur Verfügung stehen. Panzer, die nicht rollen, Hubschrauber, die nicht fliegen, und Boote, die nicht schwimmen – der Zustand der Truppe ist jämmerlich, aber die Ministerin immer oben auf.

Immerhin hat Frau von der Leyen im Übereifer alle Traditionen der Bundeswehr so ziemlich abgeschafft. Das wird ihr zweifellos als große politische Leistung hoch angerechnet werden.

Nun, „wolle wir jetzt die Karrenbauer mal ranlasse?“ Gewiss, was die Frau Verteidigungsminister kann, kann diese auch. Na dann, auf geht es. Ob sie die Kuh nun wirklich vom Eis bekommt, muss zwar energisch bezweifelt werden. Dennoch – schau'n wir mal. Die Aussichten dafür sind ziemlich trübe, aber die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

Hans-Joachim Nehring, Neubrandenburg

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Fracksausen

Zu: „Wir sind eins. ARD!“ (Nr. 7)

ARD und ZDF spielen unisono dieselbe Klaviatur, vor allem, wenn es gegen die AfD geht – das kennt man, und es ist auch nur noch lächerlich. Sie sind die öffentlich wahrgenommenen „Hofberichterstatter“ – besser noch – Propagandamedien der Merkel-Politik.

Die „Tagesschau“ hat also eine Frau Lötsch von den Linken um ein Urteil über Peter Boehringer von der AfD gebeten. Das verhält sich in etwa so, als wenn man Dr. Marlboro fragt, ob rauchen gefährlich ist. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Eine 2012 vom Verfassungsschutz beobachtete Gesine Lötsch von der Linken wird von der „Tagesschau“ über Herrn Boehringer von der AfD befragt – ebenso ein Herr Kahrs von der SPD, der auch schon Merkel „entsorgen“ wollte.

Dabei können sowohl Kahrs als auch Lötsch Herrn Boehringer weder fachlich noch sachlich das Wasser reichen. Kurz: Die Altparteien haben ganz einfach das „Fracksausen“ vor echtem Fachwissen und Kompetenz von Seiten der AfD. Deswegen wird im eigentlichen Sinne diese junge Partei als gefährlich eingestuft – gefährlich als sachkompetente Konkurrenz.

Wolfgang Kahl, Augsburg

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Der andere Aufschrei der Frauen

Viele Missbrauchsopfer bewaffnen sich – mit Worten. Auch auf die Gefahr hin, dass Adressaten diese in den falschen Hals kriegen

Die sozialen Medien machen es möglich, dass sich Frauen gegen Männergewalt zur Wehr setzen. Was mit „MeeToo" begann, setzt sich jetzt mit „120 Dezibel" (oder „120db") fort: Frauen beklagen sich über Ausländergewalt – und werden dafür sofort verleumdet.



Bild: Colourbox

Anonymität hilft: Über Twitter oder Facebook lassen sich unbequeme Botschaften verbreiten, die sonst ungesagt bleiben

Eine alles andere als rechts eingestellte sozial engagierte Mutter, die in Kandel ans Mikrofon ging und spontan ihre Erfahrung mit Gewalt durch Immigranten schilderte, wird seither als „Nazi" beschimpft. Seit die Zwischenfälle mit eingewanderten Menschen zunehmen, bei denen Deutsche zu Schaden kommen, hat das linke Lager diesen Begriff immer schnell zur Hand. Des Rassismus und der Ausländerfeindlichkeit wird man sogar von Politikern bezichtigt, wenn man sich lediglich darum sorgt, ob es wirklich klappen kann mit dem Versuch einer Integration, deren Scheitern in Europa fast flächendeckend dokumentiert ist: Allein im Kölner Karneval 2018 wurden bisher an die 70 Sexualstraftaten angezeigt.

Bewegungen im Internet können am Anfang Kampagnen sein. Zu einem großen Thema werden sie aber nur dann, wenn sehr viele Menschen das Bedürfnis haben, sich ihnen anzuschließen. Was Anfang Februar auf Twitter und Facebook unter dem Hashtag „120db" seinen Anfang nahm, hat binnen zwei Wochen Hunderttausende erreicht, sprang auf andere Länder in Europa über und wurde in Russland, Großbritannien, den USA, Frankreich und Italien Gegenstand interessierter Presseberichterstattung. Auch in Tschechien und Polen ist die Aufmerksamkeit dafür groß. Aber nur in Deutschland wird „120db" als eine Art „MeToo" für Ausländerfeinde dargestellt.

„Das ist Unsinn", meint Dunja G., eine Mutter von drei Kindern, die selbst einen Migrationshintergrund hat: „Ich unterstütze die Aktion, weil Frauenrechte nicht davon abhängen, in welcher Partei man ist. Ich wurde in der S-Bahn belästigt. Warum soll ich das nicht twittern dürfen?"

Um „120db" auf die Spur zu kommen, ist es hilfreich, zunächst einmal die Geschichten der Frauen auf sich wirken zu lassen, die angesichts einer radikal veränderten Lebenswirklichkeit dringenden Gesprächsbedarf sehen:

„Seit 2016 bin ich von so vielen Männern/Migranten belästigt worden wie nie zuvor. Habe ich das erzählt, folgten Rassismuskeule und Relativierung. Ich sehe und erfahre die Realität – doch ich darf sie nicht benennen! Deshalb unterstütze ich ‚#120db'", schreibt eine Frau auf Twitter und bringt damit auf den Punkt, weshalb diese Sache zum Selbstläufer geworden ist.

Darren Andrews, selbst ein Schwarzer, twitterte (übersetzt): „Ich bin schwarz. Und ich stehe voll hinter dieser Aktion. Vergewaltigung und Mord einer Frau durch jemanden, der eigentlich nicht in dieses Land gehört, ist sehr schwer zu akzeptieren. Es ist vermeidbar."

Dóra Molnár schrieb: „Mein Erlebnis mit afrikanischen Drogendealern: Gehe mit meinem Freund an der Gruppe vorbei, sie fragen ihn: ‚U want Hasch, Koks, anything?' Er lehnt ab. Nächste Frage: ‚How much is your woman?' Er: ‚Not to buy and not to sell.' Ich seitdem: Pfefferspray und Messer in der Tasche."

Unter dem Namen „Wunderkind" erschien folgender Tweet: „Was ist los in diesem Land? Mütter, die aufschreien. Frauen, die sich bewaffnen. Medien, die wegschauen."

Von Alessandra wurde gepostet: „Ich wurde ausgelacht und beleidigt dafür, dass ich im Bus ein Buch gelesen habe. Weil Frauen sowas nicht dürfen. Ich wurde angefasst, verfolgt, angeschrien. Beim Feiern, beim Kaffeetrinken, beim Nichtsdenkend in der Stadt unterwegs sein."

Und von Christiane: „Meine Tochter wurde im Zug Sobernheim von Arabern ‚angemacht', hatte Angst, weil sechs ‚Refugees' sie im Visier hatten! Sie hielt mit mir Telefonkontakt und bekam Instruktionen, sich in Nähe der wenigen Deutschen zu begeben! Im Windschatten der Deutschen zum Auto geschafft."

Wer solche Beiträge schreibt, muss deswegen nicht automatisch politisch rechts stehen, wird aber von politisch Aktiven aus dem linken Lager sofort dort verortet. Dem liegt eine ähnlich irrige Annahme zugrunde wie die Auffassung, dass Frauen aus dem rechten Lager sich nicht für Frauenrechte einsetzen können, weil sie ja in ihrer politischen Heimat sowieso nichts zu melden haben.

Die nicht unbedingt linke, aber deswegen noch lange nicht dumme Philosophin Caroline Sommerfeld lieferte kürzlich wichtige Anhaltspunkte dafür, wieso sich deutsche Feministinnen der alten Schule die neuen, alltäglich gewordenen Lebenssorgen ihrer Geschlechtsgenossinnen nicht zu eigen machen können. Sie weist darauf hin, dass sich der deutsche Feminismus nach 1968, ausgehend von persönlichen Anliegen, räumlich immer entferntere Kampfanliegen gesucht habe. Heute gehe es dabei um globale Frauenrechtsprobleme. Die Vergewaltigung einer inländischen Frau löse dort keine Empathie mehr aus, folglich stünden diese Leute eher in der Gegendemonstration.

Bleibt die Frage, ob „120db" überhaupt ein feministisches Anliegen ist. „Mit unserer Kampagne wollen wir anderen Frauen Mut machen, aufzustehen und aktiv zu werden gegen eine Tendenz, deren Opfer vor allem wir Frauen sind", schreiben die Initiatorinnen auf www.120db.info. „Wir wollen ein Sprachrohr für jene Frauen werden, die Opfer von Ausländerkriminalität geworden sind und bisher keine Plattform gefunden haben, um ihre Geschichten zu erzählen. Wir wollen ein Bewusstsein dafür schaffen, welche Folgen eine verfehlte Politik nach sich ziehen kann. Nicht zuletzt wollen wir die Sorgen und Ängste derjenigen publik machen, die sich auf dem Weg von der Arbeit oder abends an der Bushaltestelle nicht mehr sicher fühlen."

Das zielt nicht darauf ab, Frauen aus einer behaupteten Zweitrangigkeit zu befreien, wie es linker Dialektik entspricht, sondern formuliert den Anspruch, ein Dasein in Würde zu verwirklichen. Das ist kein Frauenrecht, sondern steht als Recht auf körperliche Unversehrtheit sogar im Grundgesetz. *Alexander Glück*

Bunte Kunst am Bau

Leben in einem »lebendigen Bilderbuch« – Lüftlmalerei in Oberbayern

Als Johann Wolfgang von Goethe im September 1786 auf seiner ersten Reise nach Italien durch Bayern fuhr und in dem malerischen Ort Mittenwald zwischen Karwendel- und Wettersteingebirge Halt machte, schrieb er: „Es scheint, mein Schutzgeist sagt Amen zu meinem Credo, und ich danke ihm, der mich an einem so schönen Tage hierher geführt hat."

Prächtige und ganz außergewöhnliche Bilder zieren die Hausfassaden in der kleinen bayerischen Ansiedlung, sodass man sich in einem „lebendigen Bilderbuch" wähnt. Diese Bezeichnung wird dem großen Dichter ebenfalls zugeschrieben. Und wirklich, als Fremder muss man unweigerlich stehen bleiben und sich die Geschichten anschauen, die die Hauswände erzählen.

In kaum einer anderen Region wie hier zwischen Mittenwald, Krün und Wallgau gibt es so viele Fresken aus dem 18. Jahrhundert zu sehen, obwohl bemalte Fassaden, sogenannte „Lüftlmalereien", so manchen Ort in Oberbayern zieren. So zum Beispiel auch im Passionsspielort Oberammergau.

Wer an einem sonnigen Tag die kunstvollen Gemälde betrachtet, fühlt sich wie in einem Freilichtmuseum. Woher der Begriff „Lüftlmalerei" stammt, ist unklar. Wer dabei an Malereien in großer Höhe denkt, liegt falsch. Eher ist anzunehmen, dass diese Kunst ihren Namen durch den Maler Franz Seraph Zwinck (1748–1792) bekam. Dieser schuf zwischen Mittenwald und Oberammergau beeindruckende Werke, und sein Haus und Hof in Oberammergau hatte den Hausnamen „Lüftl".

Hausnamen sind in Bayern nichts Ungewöhnliches. Sie werden dem Namen des Besitzers vorangestellt und dienten früher den Menschen zur Unterscheidung ihrer Höfe. So könnte die Bezeichnung daraus entstanden sein, dass man sein Haus bemalt haben wollte „wie vom Lüftl".

Die Hausdekorationen zeugen von tiefer Frömmigkeit ihrer Besitzer, berichten aber auch vom Alltagsgeschehen, ihren Berufen oder Lebensvorstellungen. Diese Art der Volkskunst ist Freskomalerei. Auf den noch feuchten Kalkputz wurden die Malereien aufgetragen. Wenn das Wasser verdunstete, verband sich der Kalk durch eine chemische Reaktion mit den Farbpigmenten. So wurde aus der Malerei eine haltbare, wasserunlösliche Schicht, die ihren Reiz über Jahrhunderte bewahrte.

Heute werden diese Malereien nur noch von wenigen Künstlern ausgeführt. Und wenn, dann als „al secco", auf trockenem Putz. Die alte Technik „al fresco", auf feuchtem Putz, forderte eine äußerst rasche Hand. Es wurde immer nur so viel Mörtelschicht aufgetragen, wie der Maler an einem Tage schaffen konnte. Bei der Seccotechnik können große Flächen bearbeitet werden, ohne die „Feuchtzeiten" des Putzes stets zu beachten. Allerdings sind die Malereien auf trockenem Putz nicht so lange haltbar.



Ein ganzer Zoo an der Fassade: Haus in Mittenwald Bild: Friedrich

Doch egal, welcher Technik man den Vorzug gibt, eine sichere Hand, einen ausgeprägten Sinn für Perspektive und Proportionen benötigt jeder Lüftlmaler. Es gibt keine Ausbildung zu diesem Beruf. Künstler, die sich an die Technik heranwagen, müssen es sich selbst aneignen. Die Handwerkskunst hat ihren Ursprung in der italienischen Fassadenmalerei. Die Idee jedoch, Gebäude architektonisch mit Schmuckelementen herauszuputzen, ist bereits in der Antike zu finden.

Dass sich gerade in dieser Gegend die barocke Pracht an Hauswänden entfalten konnte, hat mit der Lage Mittenwalds an der Rottstraße zwischen Venedig und den Reichsstädten Augsburg und Nürnberg zu tun. Auf dieser Handelsstraße wurden Waren, aber auch kulturelle Dinge transportiert. Reiche Bürger wollten durch üppig bemalte Fassaden ihren Reichtum zur Schau stellen.

Nicht verwunderlich ist, dass prächtige Kunstwerke oft rund um Marktplätze an den Hauswänden sehr reicher Bürger zu finden sind. Im 19. Jahrhundert gab es eine Veränderung im Geschmack. Lüftlmalerei wurde uninteressant. Durch Abriss und Übermalung gingen viele Malereien verloren. Heutzutage sind in Mittenwald noch 22 historische Malereien erhalten, aber 100 neue kamen hinzu. *Silvia Friedrich*

Im alten Westen

Wie im Film – Der »Movie Park« in Bottrop

Hollywood hat Winterpause. Jedenfalls in Bottrop-Kirchhellen. Und auch nur noch bis zum 23. März. Denn dann öffnet wieder der Freizeitpark „Movie Park Germany", wo man sich wie im echten Film vorkommen kann. Denn auf einer Fläche von 40 Hektar geht es zu wie in einem wuseligen Freilichtstudio, in dem gerade cineastische Abenteuer gedreht werden.

Auf den ersten Blick wirkt der ehemalige Bavaria Filmpark, der jetzt von einem spanischen Unternehmen betrieben wird, wie ein riesiger Freizeitpark im Stile einer Kirmes. Viele Fahrgeschäfte wie beispielsweise Achterbahnen, ein Freifallturm oder eine Wildwasserbahn sowie Souvenirläden und Fressbuden warten auf den Besucher.

> Der Filmpark öffnet wieder im März

Bei genauerem Hinsehen fällt aber die Struktur des Geländes auf. Der Besucher betritt zuerst den Bereich „Hollywood Street Set". Hier gibt es ein 4-D-Kino (der Film wird in 3-D gezeigt, bewegliche Stühle und Gebläse kommen hinzu) sowie eine Stunt-Show. Im „Adventure Lagoon" daneben wird Rafting angeboten.

Im gegenüberliegenden Teil des „Movie Parks" lernt der Besucher den Wilden Westen kennen. Der hier übliche englische Name dieses Bereiches: „The old west". Mit „Western Lightning" und mit „Highschool Superstar!" gibt es hier jeweils eine Tanz- und Gesangshow. Der „Santa Monica Pier" ist der beliebten Filmkulisse mit dem Riesenrad am Strand von Los Angeles nachempfunden. Deshalb stehen hier Fahrgeschäfte im Vordergrund.

Freunde der Science-Fiction kommen in der „Federation Plaza" auf ihre Kosten. Hier dreht sich alles um die „Star Trek"-Serie. Wer den Grusel mag, schaut sich die Life-Veranstaltung „The Walking Dead Breakout" an.

Der Freizeitpark zieht überwiegend Familien mit Kindern an. Da der Eintritt nicht ganz billig ist und auch Taschenkontrollen am Eingang anstehen, ist ein Besuch sicher nicht jedermanns Sache. Den einen gefällt der Budenzauber, die anderen hätten mehr Film-Qualität erwartet. Denn ein bisschen mehr Show, deutlich mehr Blick hinter die Kulissen einer Filmproduktion und weniger Achterbahn und Fahrgeschäfte wären wünschenswert. So ist man sich als Besucher nicht ganz sicher, ob man nicht zufällig auf einer Kirmes gelandet ist. *Andreas Rüdig/tws*

Warner Allee 1, 46244 Bottrop-Kirchhellen, geöffnet ab 23. März. Die Tageskarte für einen Erwachsenen kostet ab 39 Euro. Internet: www.movieparkgermany.de

Wie der IS einen Genozid an Jesiden verübt

Als Mitte August 2014 zum ersten Mal im Fernsehen Filmaufnahmen von verschleppten jesidischen Frauen gezeigt wurden, die als Sklavinnen an IS-Kämpfer verkauft wurden, lösten die makabren Szenen weltweit Entsetzen aus. Nadja Murad aus dem Dorf Kocho im Nordwesten des Irak war eine von 7000 Jesidinnen, die der Islamische Staat verschleppt, versklavt, gedemütigt und misshandelt hat. Nach drei Monaten gelang ihr in Mossul die Flucht vor ihren Peinigern. Aus einem irakischen Flüchtlingslager wurde sie Ende 2015 im Rahmen eines Sonderkontingents von insgesamt 1100 schutzbedürftigen Frauen und Kindern nach Baden-Württemberg geholt, wo sie Asyl erhielt.

Die heute 24-Jährige mochte sich nicht wie die anderen traumatisierten Frauen aus Scham und Furcht in die Anonymität zurückziehen. Sie trat an die Öffentlichkeit, um über die schweren Menschenrechtsverbrechen der Terrormiliz an ihrem Volk zu berichten und zu helfen, das Martyrium von Tausenden anderen Jesidinnen zu beenden. In Zusammenarbeit mit der Journalistin Jenna Krajeski entstand ihr Buch mit dem Titel „Ich bin eure Stimme“. Die aufwühlende Chronik beleuchtet den Genozid des IS am Volk der Jesiden und liefert darüber hinaus eine Übersicht zur geopolitischen Lage im Irak, wo der Krieg der Amerikaner gegen das Regime von Saddam Hussein einen Bürgerkrieg entfesselte. Es beginnt mit einer warmen, wehmütigen Schilderung ihres früheren Lebens in der Geborgenheit der Großfamilie. Nadja hatte zwölf Geschwister und mehrere Halbgeschwister. Mühsam ernährten sie sich von der Landwirtschaft. Bis zum 14. August 2014. An diesem Tag löschten IS-Kämpfer das Dorf Kocho aus.

Nadja bekennt sich zur jesidischen Religion, erklärt deren Ursprung und Gebräuche. Sie betont, die Jesiden seien eine friedfertige Gemeinschaft. Da sie keine heilige Schrift kennen und auch Engel anbeten, sind sie aus Sicht des IS und streng gläubiger Sunniten Ungläubige, die den Tod verdienen.

Bereits während des Irakkriegs wurden die jesidischen Dörfer von Terroranschlägen heimgesucht. Noch bis zum Frühjahr 2014 schützten kurdische Peschmerga-Milizen die Gebiete südlich des Sindschar-Gebirges und damit auch die jesidischen Ortschaften vor dem IS. Dann aber waren sie plötzlich verschwunden. Die Bewohner von Kocho blieben in ihrem Dorf zurück, da die Kurden keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen wollten. IS-Milizen besetzten die verlassenen Militärposten. Sie töteten die Älteren, verschleppten die Mädchen und jüngeren Frauen mitsamt ihren kleinen Kindern. Jungen wurden entführt, um sie zu IS-Kämpfern auszubilden. Nadja verlor an diesem Tag ihre Mutter und sechs ihrer Brüder. Sie fiel in die Hände von Männern, die sie wie Kriegsbeute behandelten, sie immer wieder vergewaltigten und schlugen, auch nachdem sie in ihrer Zwangslage zum Islam konvertiert war.

Nadjas Flucht begann unter abenteuerlichen Umständen in Mossul und endete in Erbil auf kurdischem Territorium. Eine muslimische Familie half ihr und riskierte für sie ihr Leben. Andere Jesidinnen, die zu fliehen wagten, hatten weniger Glück. Viele Familien in Mossul hielten zum IS, schickten hilfesuchende Frauen weg oder verkauften sie als Sklavinnen.

Warum sympathisierten so viele Menschen im Irak mit dem IS? Diese Frage beschäftigt Nadja bis heute. In den Irak würde sie nur zurückkehren, wenn sich die Lage dort völlig beruhigt hat. Das aber scheint derzeit angesichts der Zersplitterung des Landes in viele, teils gewaltbereite rivalisierende Gruppen kaum im Bereich des Möglichen zu liegen.

Von den Vereinten Nationen wurde Nadja 2016 zur „Sonderbotschafterin für die Würde der Überlebenden von Menschenhandel“ ernannt. Sie kämpft weiter dafür, dass die Ermordung Tausender Angehöriger ihres Volkes als Genozid anerkannt wird. Mit Unterstützung der prominenten Menschenrechtsanwältin Amal Clooney hat sie kürzlich erreicht, dass der UN-Sicherheitsrat eine Ermittlungsgruppe einsetzen will, die Beweise für die vom IS begangenen Verbrechen zusammentragen soll. Clooney schrieb das Vorwort für dieses Buch. *D. Jestrzemski*



***Nadja Murad: „Ich bin eure Stimme. Das Mädchen, das dem Islamischen Staat entkam und gegen Gewalt und Versklavung kämpft“**, Knaur Verlag, München 2017, gebunden, 363 Seiten, 19,99 Euro*

Andere Sicht auf Putin

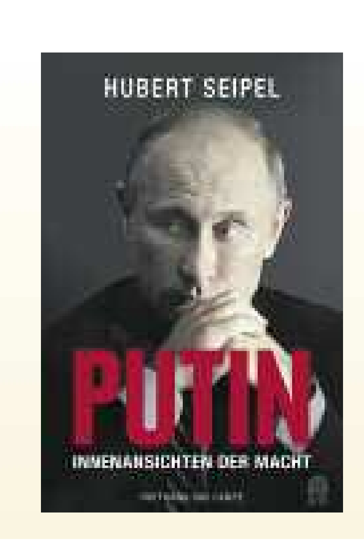
Der Dokumentarfilmer Hubert Seipel, der als Auslandskorrespondent für den „Spiegel“ gearbeitet hat und später zum Fernsehen wechselte, durfte Wladimir Putin seit 2010 auf Reisen begleiten, ein zweifellos bemerkenswertes Privileg und Vertrauensbeweis seitens des im Westen offiziell geschmähten Politikers.

Seine aus nächster Nähe gewonnenen Einsichten hat Seipel nicht nur im Dokumentarfilm „Ich, Putin“, den die ARD 2012 ausstrahlte, veröffentlicht, sondern auch in dem Buch „Putin. Innenansichten der Macht“. Darin schildert er sachlich die Zusammenhänge der konkurrierenden Interessen zwischen dem Westen und dem Osten. Dabei erläutert er den Blickwinkel Putins, wie dieser ihn bei den zahlreichen Treffen geäußert hat.

Seipel berührt Themen wie die Frage nach der Schuld für den Abschuss der Passagiermaschine MH17, geht auf die russische Sicht der Ukrainekrise ein, die NATO-Osterweiterung und die russische Antwort darauf. Er schildert die Rolle amerikanischer NGO bei den Umstürzen in der Ukraine, was Putin schließlich mit der Krim-Annexion beantwortet habe. Der Autor zeichnet Putins Weg vom unterschätzten KGB-Funktionär an die Spitze der Macht nach, und wie er diese mithilfe der russisch-orthodoxen Kirche und der Offensive gegen Oligarchen konsolidierte.

Seipel, der im Gegensatz zu anderen, die wertungsfrei über Putin berichten, nicht als „Putin-Versteher“ stigmatisiert wird, wirft den westlichen Medien vor, Political Correctness statt Analyse zu betreiben. Die Folge sei, dass Putin sich von Deutschland entfremde, obwohl das Land ihn wie kein anderes Land geprägt habe.

Wer einen objektiven Einblick in das Leben im heutigen Russland unter Putin lesen möchte, dem sei die Lektüre dringend empfohlen. *Manuela Rosenthal-Kappi*

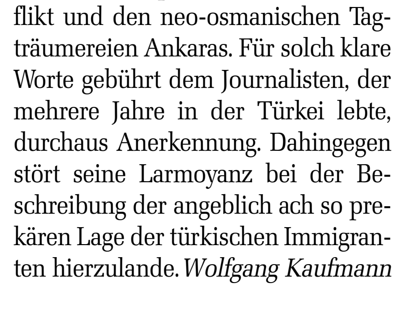


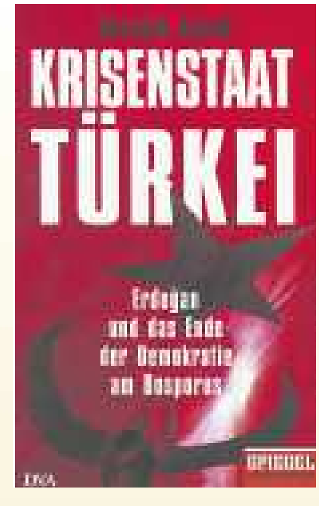
***Hubert Seipel: „Putin. Innenansichten der Macht“**, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2016, gebunden, 385 Seiten, 22 Euro*

Politischer Problemfall

Die Türkei hat sich in den letzten Jahren von einem dynamischen Schwellenland zum ökonomischen und politischen Problemfall entwickelt. Die Gründe hierfür schildert der „Spiegel“-Auslandskorrespondent Hasnain Kazim in seinem Buch „Krisenstaat Türkei. Erdogan und das Ende der Demokratie am Bosporus“. Wie der Untertitel schon sagt, legt er dabei besonderes Augenmerk auf die Rolle des türkischen Präsidenten.

Aus der Schilderung Kazims geht klar hervor, dass der Hang Erdogans und seiner Anhängerschaft zum Islamismus die Ursache für zahlreiche Probleme ist, an denen die Türkei derzeit krankt. Dieses Übel rangiert noch vor der persönlichen Großmannssucht des Staatsoberhauptes, dem Kurdenkonflikt und den neo-osmanischen Tagträumereien Ankaras. Für solch klare Worte gebührt dem Journalisten, der mehrere Jahre in der Türkei lebte, durchaus Anerkennung. Dahingegen stört seine Larmoyanz bei der Beschreibung der angeblich ach so prekären Lage der türkischen Immigranten hierzulande. *Wolfgang Kaufmann*





***Hasnain Kazim: „Krisenstaat Türkei. Erdogan und das Ende der Demokratie am Bosporus“**, Deutsche Verlags-Anstalt München /Spiegel-Verlag, Hamburg 2017, gebunden, 251 Seiten, 20 Euro*

Antike Stoiker erleben eine Renaissance in den USA

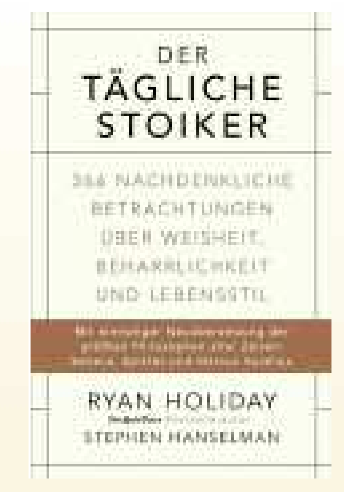
Nach der kulturellen Blüte der griechischen Stadtstaaten und deren Niedergang wurde um 300 v. Chr. die Philosophenschule der Stoa gegründet. Sie wollte den Menschen zeigen, wie sie glücklich werden können aus eigener Kraft. Jeder sollte „seines Glückes Schmied sein“. Nicht der Staat sei der Glücksgarant. Gelassenheit und Seelenruhe seien die höchste Form des Glücks. Auch heute ist der Mensch auf sich selbst zurückgeworfen, und so ist es kein Wunder, dass der Stoizismus in den USA wiederentdeckt wurde und eine Art Renaissance erlebt. Es gibt eine Smartphone-App „Pocketstoic“, über die jeden Tag Zitate antiker Stoiker direkt aufs Smartphone geleitet werden.

Es soll individuelle Lebenshilfe geleistet werden. Stoiker konzentrieren sich auf die Dinge, die veränderbar sind, also das eigene Denken und Handeln. Wer seine Meinung von den Dingen trennt, hat die Chance, glücklich zu werden. Die neue stoische Bewegung ist praxisorientiert. Wie lassen sich Gefühle verändern, damit die Unmenge an Ängsten keine Angst mehr machen? „Stoische Ruhe“ setzt eine Kontrolle über Triebe und Affekte voraus, um frei von Leidenschaften, selbstgenügsam und unerschütterlich zu werden. „Es wäre dumm, sich über die Außenwelt zu ärgern. Sie kümmert sich nicht darum“.

Kontrolle über Triebe und Affekte

Das Buch „Der tägliche Stoiker“ ist eine Herausforderung. Es werden zu Beginn jeder Woche Zitate von Seneca, von Kaiser Mark Aurel und den „Lehrgesprächen“ von Epiktet als Anregung präsentiert mit der Aufforderung, über das eigene Leben zu reflektieren, und zwar am Morgen und am Abend, um selbstkritisch Tag für Tag ehrlich Bilanz zu ziehen. Stoiker glauben an die Kausalität allen Geschehens, an das Prinzip von Ursache und Wirkung. Wo eine lückenlose Kausalkette nicht erkennbar oder nachweisbar ist, bleibt eine Antwort offen. Das Buch verspricht: „Jeder, der in einer immer verrückteren und komplexeren Welt nach innerem Frieden, Klarheit und Gelassenheit sucht, dem wird das Tagebuch durch das Jahr helfen. Und durch den Rest des Lebens.“

Doch um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es eines hohen Maßes an Ausdauer, Fleiß und Disziplin beim Leser. Gelassenheit, Ruhe und Selbstdisziplin sind Tugenden, die schwach entwickelt und damit förderungswürdig sind. Das Buch könnte sehr dabei helfen, dem „mündigen Bürger“ wieder den Stellenwert zu geben, der für eine lebendige Demokratie unverzichtbar ist. *Wolfgang Thüne*



***Ryan Holiday/ Stephen Hanselmann: „Der tägliche Stoiker. Das Tagebuch. 366 Tage schreiben und das eigene Leben reflektieren“**, Finanzbuch Verlag, München 2018, broschiert, 400 Seiten, 19,99 Euro*

Chronik der Leipziger Ereignisse während der friedlichen Revolution von 1989

Leipzig, Herbst 1989: Die Montagsdemonstrationen waren entscheidend auf dem Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands. Die dabei gehaltenen Reden aber blieben zumeist als historische Quellen unbekannt. Erst das Buch „Wir haben nur die Straße“ hat diese authentischen Zeitzeugnisse zusammengefasst und damit ein wertvolles Abbild jener damaligen Monate geliefert.

Unter dem Begriff „Dialog“ forderten bereits seit Mitte der 80er Jahre die DDR-Oppositionsgruppen eine Beteiligung an der Lösung der so vielen Probleme des Landes, was die SED indes verweigerte und den die Stasi als „politische Untergrundtätigkeit“ diffamierte. Seit dem 4. September 1989 fanden in Leipzig allwöchentlich Demonstrationen nach dem montäglichen Friedensgebet statt. Keine vier Wochen später beteiligten sich rund 20000 Menschen daran. Zu der Demonstration am 9. Oktober hatte das Regime „alle Vorbereitungen für eine gewaltsame und blutige Niederschlagung des Protestes getroffen“. Tage zuvor schrieb das dortige SED-Blatt, mit der „Waffe in der Hand“ gegen die „staatsfeindlichen Provokationen“ vorzugehen.

Aus Sorge um den Ausgang des Abends verteilten die „Leipziger Sechs“ zirka 30000 Flugblätter, die

Regime plante Niederschlagung

„einen freien Meinungsaustausch über die Weiterführung des Sozialismus in unserem Land“ verlangten. Sie baten die Demonstranten: „Enthaltet Euch jeder Gewalt, unterbindet Provokationen“. Gleiches appellierten sie an die Einsatzkräfte und ermahnten die „Wir sind das Volk!“ Rufer. Bekanntlich demonstrierten an jenem 9. Oktober 70000 Leipziger (das DDR-Fernsehen berichtete darüber erst am 23. Oktober), erstmals wichen die bewaffneten Organe zurück.

Es war der Anfang vom Ende. Die Reden in diesen Tagen enthalten die Forderung nach freien Wahlen: „Schluss mit dem Obrigkeitsstaat, der die breiten Massen des Volkes zu unmündigen Bittstellern degradiert“, das Wort vom „Sozialismus“ taucht kaum noch auf. Besonders die Redner vom „Neuen Forum“ fordern, „die Verantwortlichen für ihr unverantwortliches Handeln zur Verantwortung zu ziehen“ und politische Häftlinge zu entlassen – ein wenig spät, könnte man kritisch anmerken. Nach einem Bericht des Vorsitzenden des Rates des Bezirks von Anfang November haben die Dialoge zu „keiner Beruhigung“ der Lage geführt, den Funktionären „schlägt eine Welle von Hass und Zorn entgegen“, viele von ihnen würden die Situation „nervlich nicht mehr durchhalten“.

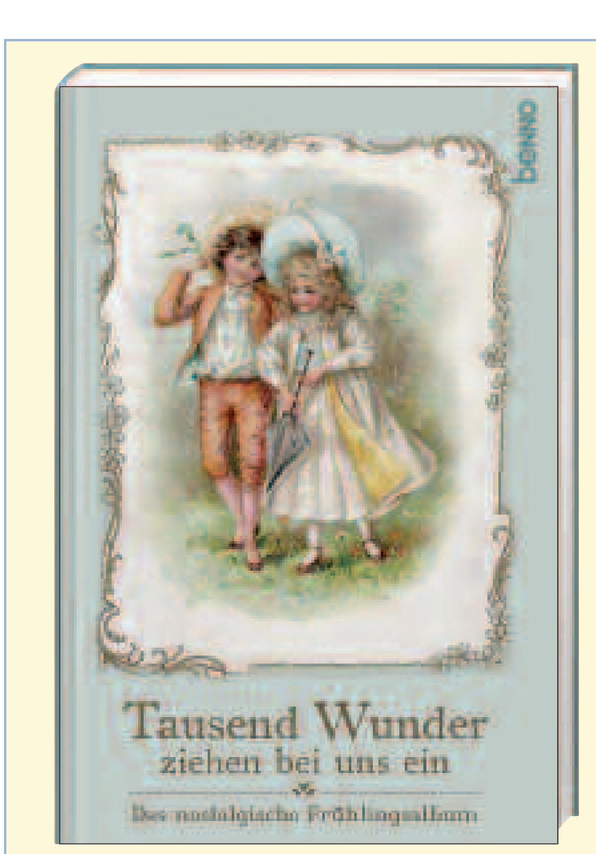
Während anfangs die Bewegung sich in Richtung „einer besseren DDR“ entwickelte, stand nach dem Fall der Berliner Mauer die nationale Frage im Vordergrund. Der bisherige Ruf „Wir sind das Volk!“ wechselt jetzt in „Wir sind ein Volk“. Neu ist die Parole „Deutschland, einig Vaterland!“. Indes wird die Frage der Einheit kontrovers diskutiert: Manche Redner warnen, sich dem Westen anzuvertrauen. Sie fürchten, die DDR würde „das Armenhaus Großdeutschlands werden“. Andere wiederum drängen, die Hilfe der Bundesrepublik anzunehmen. Besonnenes Handeln fordert nunmehr auch die SED in der Hoffnung, ihre Macht retten zu können.

Im Gegensatz zum Westteil Deutschlands durchschauen die DDR-Deutschen sehr schnell das neue Reisegesetz, das sie in ihren Kundgebungen weiterhin als „einen Akt der Gnade von Behörden“ werten. Geklagt wurde, „wir ziehen als Bettler in den Westen, das ist entwürdigend“. Ziel ist die Angleichung der Lebensqualität der Menschen in Ost und West. Dass Derartiges über Nacht nicht möglich war, übersah man zumeist. Eine Anfang Dezember 1989 auf einer Montagsdemonstration durchgeführte Meinungsumfrage ergab, drei Viertel der Befragten sind für eine Vereinigung Deutschlands, ein Viertel ist dagegen.

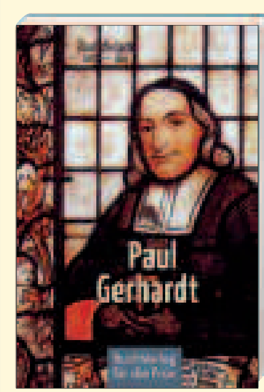
Man spürt in den Reden die verschiedenen Ansichten der Gruppierungen mehr denn je. Am 19. Dezember hält Bundeskanzler Kohl vor den ihm zujubelnden Menschen in Dresden eine Rede, wonach sein Ziel „die Einheit unserer Nation“ bleibe. Weihnachten 1989 wissen auch die Leipziger, das neue Jahr bringt die Wiedervereinigung, ihr Mut am 9. Oktober war nicht umsonst. *F.-W. Schlomann*



***Achim Beier/Uwe Schwabe (Hg.), „Wir haben nur die Straße“**, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2017, gebunden, 250 Seiten, 19,95 Euro*



Tausend Wunder ziehen bei uns ein
Das nostalgische Frühlingsalbum
Trügt die Erinnerung oder waren die Winter früher tatsächlich kälter und schneereicher? Haben wir den Frühling nicht viel stärker herbeigesehnt? In diesem nostalgischen Lesebuch werden die Erinnerungen an Kindheitstage wieder lebendig: Es versammelt Geschichten und Lieder mit Notensätzen, traditionelle Rezepte und Bräuche aus früheren Zeiten. Die stimmungsvollen Geschichten und Gedichte stammen von beliebten Autoren wie Annette von Droste-Hülshoff, Hans Fallada, Johannes Kuhn, Karl Heinrich Waggerl u. v. a. Besonders hübsch sind die liebevoll-nostalgischen Illustrationen. 232 Seiten
Nr. P A1261 Gebunden 14,95 €



Wilma Deißner
Paul Gerhardt
Miniaturausgabe
(Format 6,2 cm x 9,5 cm)
128 Seiten/Gebunden
Nr. P A1049 5,00 €

Der in Gräfenhainichen geborene evangelisch-lutherische Theologe Paul Gerhardt (1607–1676) ist einer der bedeutendsten deutschsprachigen Kirchenlieddichter. Obwohl seine Werke vierhundert Jahre alt sind, sind sie lebendig wie nie: Seine Gedichte wurden nicht nur von Johann Sebastian Bach vertont, sondern sind auch zu Liedern geworden, die bis heute fester Bestandteil vieler katholischer und reformierter Gesangbücher sowie in viele Sprachen übersetzt worden sind. So hat seine Lyrik nicht nur alle Zeiten überdauert, sondern auch konfessionelle und sprachliche Schranken überwunden. Die schönsten Lieder und Gedichte Gerhardts sind in diesem kleinen Bändchen vereint mit einem einfühlsamen Porträt des berühmten Kirchenlieddichters.



Unser beliebter Plüsch-Elch
Der Elch ist ca. 20 cm hoch aus kuschligem Plüschmaterial und weich befüllt.
Nr. P 9869 Plüsch-Elch 8,90 €



Manika Lemanova und Zdenek Miler
Der Maulwurf und das Osterfest
Wie der Maulwurf und seine Freunde Ostern verbringen, erfährt man in diesem wunderschön illustrierten Bilderbuch mit festen Pappbilderbuchseiten. 12 Seiten
Nr. P A1252 Gebunden 5,95 €



Porzellanminiatur Friedrich II.
Porzellanminiatur des großen Preußischen Königs. Der Rahmen aus Vogelaugenahorn hat eine Größe von 9,5 cm x 10,5 cm. Das Medaillon aus echtem Thüringer Porzellan hat eine Größe von 3,5 cm x 5 cm.
Nr. P A1237 Gebunden 49,00 €



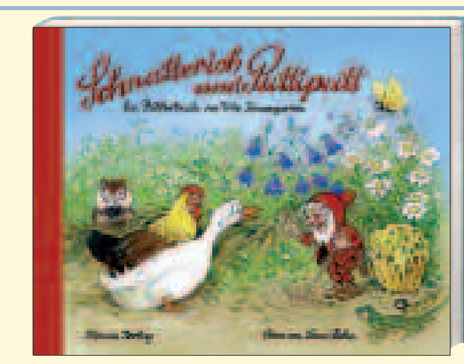
Bernsteinwürfelkette
Elegante zarte Bernsteinkette mit kleinen Würfeln mit unterschiedlichen Bernsteinfärbungen. Die Bernsteinwürfel werden durch kleine Silberperlen getrennt. (Kettenlänge ca. 45 cm)
Nr. P A1179 79,90 €

Fritz Baumgarten
Das Blumenelfchen (Format 27 x 21 cm)
Das Blumenelfchen ist erwacht und hat die Blüten aufgemacht. Klingling, da läutet vor dem Haus die gute Milchfrau Miesemaus! Ein Bilderbuchklassiker des berühmten Bilderbuchillustrators Fritz Baumgartner, dessen Bilderbücher Millionenauflagen erreicht haben. 24 Seiten
Nr. P A1135 Gebunden 8,95 €

Porzellanminiatur Königin Luise von Preußen
Porzellanminiatur von Königin Luise. Der Rahmen aus Vogelaugenahorn hat eine Größe von 9,5 cm x 10,5 cm. Das Medaillon aus echtem Thüringer Porzellan hat eine Größe von 3,5 cm x 5 cm.
Nr. P A1236 Gebunden 49,00 €

Naturbernsteinfisch mit Lederhalsband
Dekorativer Bernsteinfisch von ca. 3 cm Länge mit Silberöse und Lederhalsband (Lederhalsband ca. 45 cm)
Nr. P A1263 22,50 €

Bernsteinanhänger dreifarbig in einer massiven Silberfassung mit Silberschlangenkette (ca. 50 cm Länge)
Apparter Bernsteinanhänger (4 cm Höhe incl. der Öse) in drei verschiedenen Honigfarben
Nr. P A1148 149,00 €



Fritz Baumgarten
Schnatterich und Puttiputt (Format 27 x 21 cm)
Herr Schnatterich, der Enterich, sagt: Puttiputt, so geht das nicht! Willst du in deinen jungen Tagen dich hier mit Eierlegen plagen? Komm mit, wir ziehen in die Welt! Sollst sehen, wie dir das gefällt! Fritz Baumgarten, der ein umfangreiches Werk hinterlassen hat, gehört zu den bekanntesten deutschen Kinderbuchillustratoren. 24 Seiten
Nr. P A1256 Gebunden 8,95 €

Porzellanminiatur Immanuel Kant
Porzellanminiatur des großen Philosophen Immanuel Kant. Der Rahmen aus Vogelaugenahorn hat eine Größe von 9,5 cm x 10,5 cm. Das Medaillon aus echtem Thüringer Porzellan hat eine Größe von 3,5 cm x 5 cm.
Nr. P A1235 Gebunden 49,00 €

Rolf Reinicke
Bernstein – Gold des Meeres
80 Seiten/Kartoniert
Nr. P 9661 12,99 €

Bernstein, das „Gold des Meeres“, gilt als begehrtester Strandfund an Ostsee und Nordsee – und wohl auch der bekannteste Schmuckstein überhaupt. Die Popularität dieses faszinierenden Naturmaterials weckt immer wieder Interesse an seiner geheimnisvollen Enstehung, seinen ungewöhnlichen Eigenschaften, seinen besonderen Fundorten. In diesem Buch erfährt man alles über Bernstein: wie, wann und wo er entstand, welche lange Reise er hinter sich hat, wo und wann man ihn finden kann, wie man ihn sicher erkennt und wozu er verwendet wird. Der Geologe Rolf Reinicke, erfolgreicher Buchautor und bekannter Landschaftsfotograf, hat selbst Bernstein gesammlt. Er versteht es, gleichermaßen informativ wie unterhaltend viel Wissenswertes über ihn zu vermitteln – mit interessanten Fotos und verständlichen Texten.



Volker Bauch
Welch ein Singen Musizieren ...
Geschichten, Lieder & Gedichte aus der guten, alten Zeit
Sich am Frühling erfreuen: Dazu regen die lebensfrohen Geschichten und klassischen Frühlingsgedichte dieses Lesebuchs an. Von den ersten Frühlingsboten über Ostern bis zu Pfingsten und dem Wonnemonat Mai spannen die beliebten Autoren den Bogen: Eduard Mörike dichtet eine humorvolle Ode an das Osterei, Joachim Ringelnatz fragt, wie eigentlich die Schlüsselblumen zu ihrem Namen kamen. Ein heiteres Lesevergnügen. 128 Seiten
Nr. P A1260 Gebunden 9,95 €

Solange der Vorrat reicht
Buntes Osternest mit Trüffel-Ostereiern und Osterhasen
290 Gramm in einem dekorativen Osternest.
Nr. A0730 Buntes Osternest 12,95 €

Solange der Vorrat reicht
Königsberger Marzipan-Eier im Karton in verschiedenen Geschmacksrichtungen
8 Königsberger Marzipaneier in verschiedenen Geschmacksrichtungen z.B. Orange und Marzipan, Pistazie und Marzipan
150 Gramm
Nr. P A1007 8 Marzipaneier 6,50 €



Solange der Vorrat reicht
Königsberg Marzipan-Herz
Schwermer Marzipan-Herz einzeln in Cellophanfolie verpackt
50 Gramm gefämmtes Marzipan mit Zuckerguss in der Mitte.
Das Marzipan-Herz der Confiserie Schwermer aus Königsberg in Ostpreußen ist auch eine traditionelle Muttertagsgabe.
Nr. P 5659 Marzipan-Herz 2,98 €

Solange der Vorrat reicht



Königsberger Marzipan Teekonfekt
225 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5664 Marzipan 11,95 €



Solange der Vorrat reicht
Königsberger Marzipan „Königsberger Schloß“
300 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5666 Marzipan 13,95 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Abschiebungen aus Deutschland

Berlin – Im vergangenen Jahr hat es knapp 24000 Abschiebungen aus Deutschland gegeben. Wie die Regierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der Linkspartei ausführt, wurden davon 21900 auf dem Luftweg, gut 2000 auf dem Landweg und rund 50 auf dem Seeweg vollzogen. Hauptstaatsangehörigkeiten waren Albanien mit insgesamt knapp 3500 Fällen vor Kosovo mit gut 2770 und Serbien mit gut 2370. *J.H.*

Mehr »Migranten« in die Verwaltung

Berlin – Für die Bundesregierung ist die „interkulturelle Öffnung der Bundesverwaltung“ ein zentrales strategisches Ziel. Daher wurde im Nationalen Aktionsplan Integration vereinbart, „dass der Bund den Anteil des Personals mit Migrationshintergrund unter Berücksichtigung von Eignung, Befähigung und Leistung erhöhen wird“. Interkulturelle Öffnung ist laut Bundesregierung ein Prozess, der auf den Abbau von möglichen Zugangsbarrieren und gleiche Teilhabe zielt“. *J.H.*

ZUR PERSON

Eine Kümmerin für die Kanzlerin

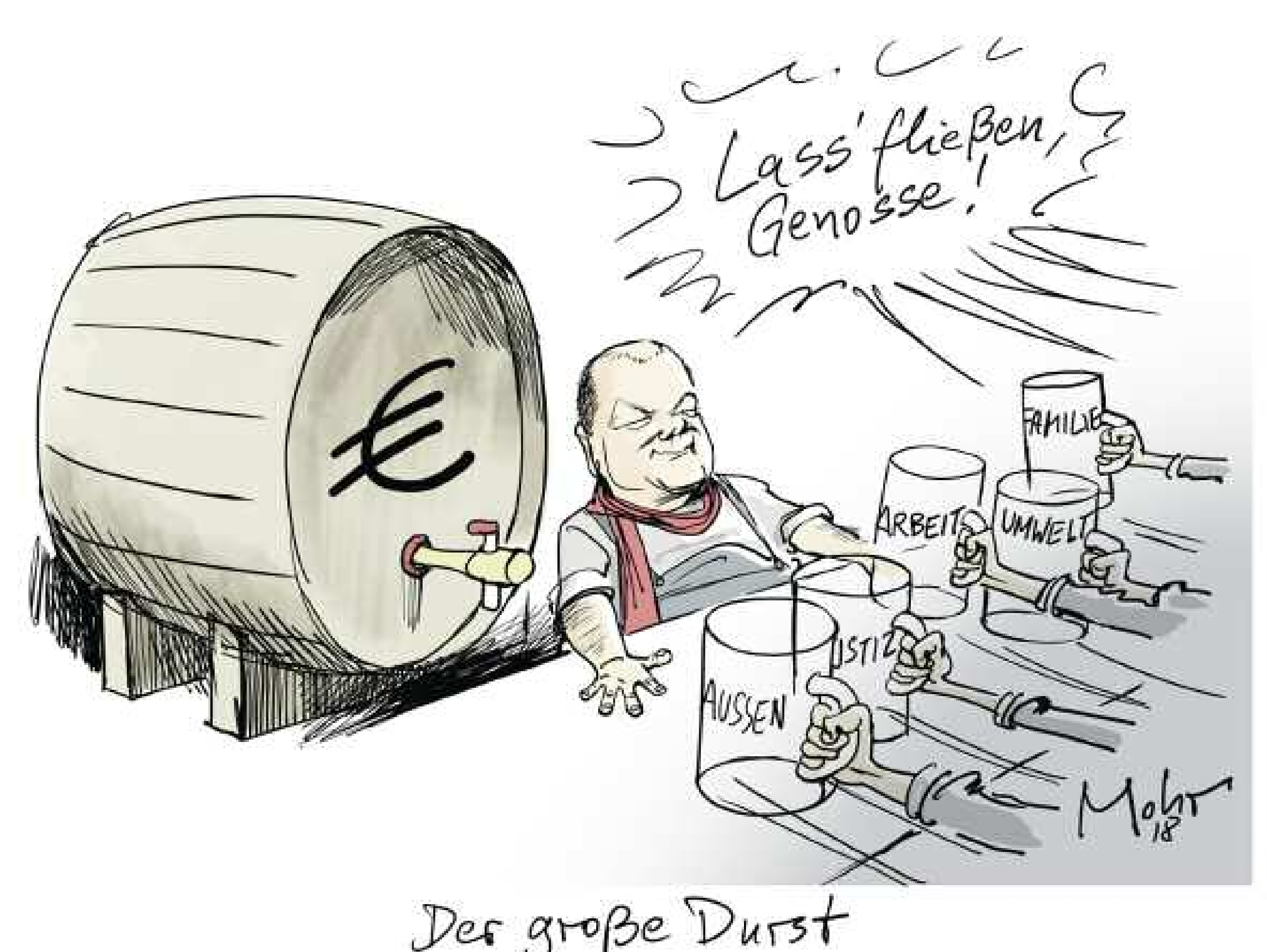
Unter dem Wunsch der Erneuerung versteht die SPD: Es bleibt alles beim Alten, die abgenutzte Groko-Politik wird fortgesetzt, nur eben mit neuem Personal. Dabei sticht **Franziska Giffey** hervor. Die bekannteste Bezirksbürgermeisterin Deutschlands vollzieht einen märchenhaften Karrieresprung und wird als zweitjüngste Ministerin nach Jens Spahn zukünftig das Familienressort der Bundesregierung leiten.

Im Merkel-Kabinett verkörpert Giffey gleich die dreifache Quotenfrau. Die 1978 in Frankfurt an der Oder geborene Diplomverwaltungswirtin und promovierte Politologin ist die einzige Ministerin, die aus den neuen Bundesländern stammt, sie ist jung, und sie ist eine Frau. Und anders als die meisten ihrer Kollegen, die beruflich nur eine Parteikarriere kennen, ist sie eine Pragmatikerin.

Als Bezirksbürgermeisterin von Neukölln war sie seit 2014 immer ganz dicht dran an den Problemen der Bürger in dem Berliner Problembezirk. Geeicht für diese Aufgabe wurde sie von ihrem Vorgänger und Mentor Heinz Buschkowsky, der als Kümmerer vom Dienst in Talkshows und mit politisch unangepassten Buchveröffentlichungen zur Integrationslüge bundesweit zu einer moralischen Instanz wurde.


Bild: Giffey

Giffey hat die bodenständigen Positionen ihres Lehrmeisters nahezu eins zu eins übernommen. Sie installierte in ihrem Bezirk einen Staatsanwalt, der gegen die organisierte Kriminalität vorgehen soll, und sie entlastete ihr Ordnungsamt, indem sie eine private Sicherheitsfirma gegen Bettelbanden aufbot. Nur Buschkowskys Skepsis gegenüber dem Islam teilt die verheiratete Mutter eines Sohnes nicht, die wegen einer Kehlkopfmuskelschwäche wie mit der Stimme eines Kindes spricht und deshalb ein Lehramtsstudium abbrach. Will sie sich in „Muttis“ Kabinett politisch nicht „ummerkeln“ lassen, sollte sie ihre Stimme erheben. *H. Tews*



Der große Durst

Ein standhafter Türmer

Wie man vielleicht beliebt, aber schnell unbeliebt wird und warum ein Mann auf die Isolierstation muss / Der satirische Wochenrückblick mit Klaus J. Groth

Heile, heile Gänschen, wird alles wieder gut. Vorbei ist die schreckliche, die führungslose Zeit. Die Kanzlerin wird wieder in den Sattel gehoben, den sie so prachtvoll eingesessen hat. Zweifel an der Groko schmelzen dahin wie der Schnee unter der Märzsonne. Nachdem auch die letzten Spitzenakteure der Groko vorgestellt sind, ist klar, wer darf und wer nicht darf. Wobei interessanter ist, wer nicht darf. Jedenfalls am Umfang der Berichterstattung gemessen. Barbara Hendricks darf nicht mehr. Mehr als ein Schulterzucken löste die Information nicht aus, sie war eine Pflichtmeldung.

Der Sigmar Gabriel darf auch nicht mehr. Das ist allerdings eine Information von anderem Kaliber, die geht deutlich über eine Pflichtmeldung hinaus. Die jetzt das Sagen haben, und dazu zählt Sigmar Gabriel eindeutig nicht, die wollten nicht mehr mit ihm. Dabei hat er sich solche Mühe gegeben. Es war bestimmt nicht leicht, zu beliebtesten Minister der ganzen SPD-Riege zu werden.

Allerdings schrumpft das Kunststück, wenn man sich ansieht, gegen wen Gabriel konkurrieren musste. Der Mann hat sich geopfert. Er verzichtete auf die Kanzlerkandidatur, auf den Parteivorsitz. Trotzdem wollte ihm sein enger Freund – wie hieß der noch gleich? Der mit den Haaren im Gesicht – trotzdem wollte der ihm den schönen Job als Außenminister wegschnappen. Bei solchen Hahnenkämpfen lässt man Federn. Nun stehen beide gerupft da, kein Hahn kräht nach ihnen.

Ab sofort darf sich Heiko Maas Hoffnung auf ein bisschen Zuneigung machen. Die brandete ihm bisher nicht gerade entgegen. Standhaft hat er sich Klassikern der Ratgeberliteratur verweigert: Standardwerken wie Dale Carnegies „Wie man Freunde gewinnt“ oder dem Buch „Vom Kotzbrocken zu everybodys darling“. Um solche Lektüre machte er einen weiten Bogen. Nun wird ihm gar nichts anderes übrigbleiben, als beliebt zu werden. Schließlich waren alle Außenminister beliebt. Nur Guido Westerwelle nicht. Das lag wohl auch daran, dass er überall seinen Gespielen mitschleppte. Der Positionswechsel des Heiko Maas in der Beliebtheitsskala, das verspricht ein interessanter Versuch am lebenden Objekt zu werden.

Wie man ganz schnell auf die Abschussliste gelangt, das erfährt gerade der Schriftsteller Uwe Tellkamp. Der hat vor längerer Zeit ein wundervolles Buch geschrieben über die Befindlichkeiten einer bürgerlichen Familie zur Zeit der vergehenden DDR. Das Buch „Der Turm“ stand in den Bestsellerlisten. Tellkamp erhielt den Deutschen Buchpreis. Die Verfilmung wurde mit Preisen gewürdigt. Tellkamp war oben angekommen. Dort ist er nun nicht mehr. Während einer Podiumsdiskussion hatte Tellkamp was Rechtes gesagt und das war falsch. Was er sagte, das klang nach AfD und Pegida und entlarvte ihn als Mitteldeutschen durch und durch. Er hatte versucht, sich schützend vor seine Landsleute in Sachsen zu stellen, sie aus dem Dauerfeuer westdeutscher Besserwisser zu holen. Das ging daneben.

> Wer wie Uwe Tellkamp besorgt an die Zukunft denkt, der macht sich verdächtig

Genau die Zeigefinger, die unablässig auf den reaktionären Osten gerichtet sind, schossen umgehend mahnend in die übliche Richtung. Allen voran per Twitter der Suhrkamp-Verlag, der das Buch „Der Turm“ herausgebracht hat. Er distanzierte sich von seinem Autor: „Die Haltung, die in Äußerungen von Autoren des Hauses zum Ausdruck kommt, ist nicht mit der des Verlages zu verwechseln.“ Wer hätte das gedacht? Wer käme auf die absurde Idee, Suhrkamp könnte etwas Rechtes von sich geben? Ausgerechnet Suhrkamp, dieses Sammelbecken links-liberalen, linkslinken bis links-marxistischen Geistes? Linke Systemkritiker waren in diesem Verlang verhätschelte Zöglinge. Kein Wunder, dass die alte Gesinnungs-Gouvernante alarmiert aufschreckte.

Was hatte der Tellkamp denn Schreckliches gesagt, dass Suhrkamp ihn umgehend auf der Isolierstation wegschloss, als verbreite er Pest und Cholera gleichzeitig? Tatsächlich sind solche Meinungsäußerungen akut ansteckend. Tellkamp behauptete von den Asylsuchern: „Die meisten fliehen nicht vor Krieg und Verfolgung, sondern kommen her, um in die Sozialsysteme einzuwandern, über 95 Prozent.“ Da schrillen alle Alarmglokken – error, error. Und dann kommt auch noch so was: Die Öffnung der Grenzen sei am Bundestag vorbei angeordnet worden. Die Medien hätten in der Asylkrise tendenziös berichtet. Viele Journalisten seien auf Regierungslinie. Und überhaupt bleibe einem gar nichts anderes übrig, als die AfD zu wählen, wenn man regierungskritisch sei. Satz für Satz Ungeheuerlichkeiten. Unglaublich.

Dabei hätte man so etwas ahnen können. Zu jeder Geschichte gibt es eine Vorgeschichte. Die nimmt ihren Anfang bei der Buchmesse 2017 in Frankfurt am Main. Dem rechts sortierten Verlag Antaios war ein Stand zugestanden worden. Das schreckte die vereinigte Linke auf. Als dann der Verleger auch noch Björn Höcke einlud, war das Maß voll. Die Tumulte der protestierenden Linken machten den bis dahin wenig beachteten Verlag zwar schlagartig bekannt, zeigten aber einmal mehr die engen Grenzen der Meinungsfreiheit. Gelernte DDR-Bürger haben damit ihre eigenen Erfahrungen. Eine besorgte Buchhändlerin in Dresden verfasste nach den Tumulten in Frankfurt die „Charta 2017“, in der es heißt, die Gesellschaft sei im Kampf gegen rechts „nicht mehr weit von einer Gesinnungsdiktatur entfernt“. Zu den vielen Unterzeichnern gehörte auch ein anderer gelernter DDR-Bürger: Uwe Tellkamp.

Wer wie Tellkamp besorgt an die Zukunft denkt, der macht sich verdächtig. Wer diese Sorgen in Fragen formuliert, der ist schon enttarnt. Worüber machen wir uns eigentlich Sorgen. Ist doch alles in Butter. In vier willkürlich herausgegriffene Nachrichten dieser Woche beschäftigen uns Themen, an die wir vor zehn Jahren nicht einmal im Traum gedacht hätten. Heute würzen sie unseren Alltag.

Die Dar as-Salam-Moschee in Berlin-Neukölln darf nicht mehr „als salafistisch geltend“ bezeichnet werden. Das hat sie beim Berliner Landgericht durchgesetzt. Seit 2015 beobachtet der Berliner Verfassungsschutz die Moschee. Dort predigte ein Religionsgelehrter mit Verbindungen zur Hamas, dort wurden Ehemänner aufgefordert, ihre Frauen zu züchtigen. Kein Grund für die Bezirksbürgermeisterin von Neukölln, Franziska Giffey, der Moschee keinen Besuch abzustatten. Das schadet nicht. Nun ist Franziska Giffey Bundesfamilienministerin.

Der Bayrische Verwaltungsgerichtshof wies die Klage einer muslimischen Rechtsreferendarin ab, die im Gerichtssaal nicht auf ihr Kopftuch verzichten wollte. Der wievielte Rechtsstreit um das Kopftuch ist das eigentlich? Und alle waren reine Herzensangelegenheiten junger Frauen? Da steckte niemand dahinter?

Dem Präsidenten des Verwaltungsgerichts Düsseldorf ist der Papierkragen geplatzt. Er forderte Bund und Land auf, endlich etwas gegen die zunehmenden Fälle von Kirchenasyl zu unternehmen. Für Kirchen dürfe kein Sonderrecht gelten. Wieso denn nicht? Haben sich nicht schon so viele Sonderrechte eingeschlichen, höchstrichterlich entschieden? Konkurriert nicht längst das Strafgesetzbuch mit dem islamischen Recht? Haben arabische Clans sich nicht selbstherrlich das Recht angeeignet? Da hat doch unser schönes, altes Kirchenasyl immerhin noch christliche Wurzeln.

Wenn gerade mal kein Kirchenasyl gewährt wird, wenn gerade mal nicht wegen eines nicht gewährten Asyls geklagt wird, dann könnte abgeschoben werden – Entschuldigung, das muss selbstverständlich „rückgeführt“ heißen. Alle sprechen davon. Und wer macht es? Immer weniger. Dabei werden es immer mehr, die – diesmal aber bitte korrekt formuliert – kein Bleiberecht haben. Im Augenblick sind es, auch das ist eine Zahl dieser Woche, 229000 Ausreisepflichtige. Dennoch geht die Zahl der Abschiebungen ständig zurück. Die überlasteten Verwaltungsgerichte widmen bis zu 90 Prozent ihrer Zeit Asylverfahren. Aber eher lassen wir uns von Donald Trump die Erdnussbutter vom Brot nehmen, als dass wir irgendjemand die deutsche Weidebutter nicht gönnen.

MEINUNGEN

*Russlands Präsident **Wladimir Putin** hat in einem Interview, das im russischen Fernsehen ausgestrahlt wurde (3. März), **einen Rat** an die Deutschen:*

„Wie das Sprichwort sagt, heilt die Zeit alle Wunden. Es gibt keinen Hass unter den Russen auf Deutschland und die Deutschen. Ich bin kein Verfechter davon, alle deutschen Generationen anzuhalten, sich Asche aufs Haupt zu streuen und selbst zu kasteien für die schreckliche Vergangenheit, die ihr Land, ganz Europa und die ganze Welt durchgemacht haben, für die Vergangenheit, die mit dem Nazismus, mit dem deutschen Faschismus in Verbindung gebracht wird. Natürlich sollten wir alle die Schlussfolgerung aus der Vergangenheit ziehen, dass wir Vergleichbares in Zukunft nicht zulassen."

*Sieben Jahre nach Ende der Wehrpflicht warnt der evangelische **Militärbischof Sigurd Rink** im „Tagesspiegel“ (17. Februar) vor einer **„Unterschichtarmee“**:*

„Die Aussetzung der Wehrpflicht führt dazu, dass immer mehr Menschen von der ökonomischen Verliererseite in die Bundeswehr eintreten. Es sind solche Bürger, die auf dem zivilen Arbeitsmarkt kaum Chancen bekommen – neue Söldner. Menschen, die im Krieg ihren Lebensunterhalt verdienen, weil sie wenig andere Möglichkeit finden. Ein Soldat sollte aber zuerst bewusster Demokrat sein und aus dieser Überzeugung heraus sein Land verteidigen wollen.“

*Als **„politisch aufgewühlte Männer“** bezeichnete die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in einer Stellungnahme drei Araber, die auf der **Internationalen Tourismusbörse** in Berlin vor dem israelischen Messestand randalierten (8. März). Nachgefragt, warum diese merkwürdige Formulierung gewählt wurde, antwortete Benjamin Jendro, der GDP-Pressesprecher:*

„Sie waren nicht politisch aufgewühlt, es sind Antisemiten. Wir haben die provokanten Worte bewusst gewählt, um endlich einen offenen Diskurs darüber zu führen, dass offen ausgelebter Antisemitismus in unserem Land nicht nur von Neonazis praktiziert wird.“

***Kolumnist Jan Fleischhauer** hat sich jüngst ein neues Auto zugelegt. Es fährt mit dem **falschen Treibstoff**. Auf „Spiegel-Online“ (8. März) lässt er seiner Wut darüber freien Lauf:*

„Ich habe mir vor zwei Monaten einen Diesel gekauft. Wer hätte gedacht, dass dies einmal ein Bekenntnis sein würde. So wie: Ich habe mich im Januar dazu entschlossen, meine Frau zu verlassen, um einen Mann zu heiraten. Wie soll man das nennen, was gerade mit 15 Millionen Dieselbesitzern passiert? Staatlich verfügte Vermögensvernichtung? Kalte Enteignung? Wir reden hier nicht von Schummelsoftware oder der Manipulation bei den Abgaswerten. Wir reden von Millionen Pkw, die ordnungsgemäß zugelassen und zertifiziert wurden. Wenn man die Berichterstattung liest, ist nie ganz klar, wer an dem Diesel-Debakel eigentlich schuld ist. Die Automobilindustrie, sicher, die hängt immer mit drin. Aber darüber hinaus? Die Politik habe die Autofahrer im Stich gelassen, heißt es. Aber damit ist nur gemeint, dass die Politiker die Autokonzerne noch stärker hätten in die Mangel nehmen sollen. Niemand scheint auf die Idee zu kommen, die dauernde Überbietung bei Grenzwerten selber in Frage zu stellen.“